

Kritik

der westdeutschen Gewerkschaften

Nr. 1

Rationalisierung & Humanisierung

Vom modernen Umgang mit dem Arbeiter

Mit einer Kritik der Streiks bei Druck, Metall, Stahl

- I. Vorspiel - Eine Diskussion zum Thema : Wie menschlich geht
Ausbeutung 1. Die Stimme der Arbeitswissenschaft 2. Der Beitrag des Politikers zur
Würde des Menschen 3. Des Kapitalisten Glaubensbekenntnis: Kalkulation ist human
4. Die Gewerkschaft: Rationalisierung klar - aber bitte mit Respekt vor den Opfern

- II. Was ist Rationalisierung ?** 1. Die einfache ökonomische Wahrheit 2. Rationalisierung - kein Problem der Technik 3. Die "Schwierigkeiten" des Rationalisierens
4. Die "Technik" der Rationalisierung: die Erpressung der Lohnabhängigen
5. Staatliche Beihilfe zur Erpressung

- III. Der Einsatz der Gewerkschaft in Sachen Rationalisierung** 1. Tarifbestimmungen für das Wirtschaftswachstum 2. Von der Realität zur "Wirklichkeit" des Rationalisierungsschutzes
3. Rationalisierungsschutz = geregelter Rationalisierungsfortschritt

IV. Arbeitskämpfe für eine nationale Gewerkschaftsmacht - Metall-, Druck- und Stahlstreik 1978/79

I. Vorspiel

**Eine Diskussion zum Thema: Rationalisierung & Humanisierung
oder Wie menschlich geht Ausbeutung?**

"Normalleistung ist die Leistung, die von jedem geeigneten Arbeitnehmer nach Übung und Einarbeitung mindestens erreicht werden kann, ohne die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu gefährden."

An Klarheit fehlt es dieser Bestimmung aus einem Manteltarifvertrag wahrlich nicht. Man muß nicht Akkordarbeiter sein um zu wissen, daß der für die Normalleistung gezahlte Lohn die beste Garantie dafür ist, daß *mehr* geleistet wird. Es bedarf auch nicht der Teilnahme an einer Gewerkschaftsschulung über "*Humanisierung der Arbeitswelt*", um sich vorstellen zu können, welche Konsequenzen die Anstrengungen eines Akkordlöhners auf seine Gesundheit haben. Und der feine Unterschied zwischen Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, den die Tarifpartner sich da haben einfallen lassen, ist auch ohne Medizinstudium und die Beratung durch einen Vertrauensarzt der AOK verständlich.

Und auch alle, die sich noch nie einen Tarifvertrag angesehen haben und - mit oder ohne Erfahrungen am Arbeitsplatz - ihre Informationen über die "*Arbeitswelt*" aus der Zeitung beziehen, dürften über *ein* Prinzip unserer modernen Volkswirtschaft keinerlei Zweifel ausgeliefert sein: in der Fabrik von heute kommt es auf nichts so sehr an wie auf die *Leistung* der Arbeiter, weswegen sehr genau darauf geachtet wird, wieviel sie schaffen für das, was sie an Lohn kriegen. Der großzügigen Verausgabung ihrer Arbeitskraft entspricht die peinlich genaue Kalkulation mit den *Kosten*, welche ihr Lebensunterhalt vom Standpunkt der Wirtschaft aus darstellt. Lohnerhöhungen, ja selbst die bloße Beibehaltung des Arbeitereinkommens müssen durch gewerkschaftliche Kämpfe und Verhandlungen erstritten werden, während die Leistung mit und ohne technische Veränderungen im Produktionsprozeß ständig gesteigert wird, so sehr, daß diese ziemlich ungemütlichen Fortschritte in der Ruinierung von Arbeitsleuten längst zum allgemein und öffentlich anerkannten *Problem* geworden sind. Unter dem Titel "*Humanisierung der Arbeit*" beschäftigen sich sämtliche Instanzen, deren Worte und Taten Gewicht haben, mit den verheerenden Folgen der Lohnarbeit, die niemand mehr Ausbeutung nennen will. Wissenschaftler, Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter haben sich des *Menschen* im Arbeiter angenommen und beschäftigen sich auf ihre Weise mit den Opfern der Maßnahmen, welche sinnigerweise *Rationalisierung* heißen. Wenn sich Männer der Wissenschaft mit Politikern sowie Vertretern der Unternehmensverbände und Gewerkschaften treffen, um über "*menschengerechte Arbeit*" zu verhandeln, einen "*Erfahrungsaustausch zwischen Forschung und betrieblicher Praxis*" veranstalten, so kommt es - eben wegen des *gemeinsamen* Anliegens - keineswegs zu häßlichen Szenen. Ein solcher Kongreß hat z.B. auf Einladung des Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft stattgefunden, ohne daß sich der Vertreter der Arbeiter, der Rationalisierungs-Geschädigten also, und die Herren von Staat und Wirtschaft, die Macher, in die Haare gekommen wären. Der Verband für Arbeitsstudien-Refa e.V., dessen segensreiches Wirken ja jedem Akkordlöhner hinreichend bekannt ist, hat sich sogar bereit erklärt, die protokollierten Reden und Diskussionen zu veröffentlichen, so daß jeder interessierte Arbeiter schwarz auf weiß nachprüfen kann, wieviel den an der Humanisierungsdebatte Beteiligten an ihm liegt. Was uns an den nicht nur zu solchen Anlässen geklopften Sprüchen aufgefallen ist, läßt sich leicht zusammenfassen: jeder Arbeiter möge sich vor denen hüten, welche die *..Menschlichkeit*" in den heutigen Industriebetrieben zu ihrem Anliegen gemacht haben. Bei diesen Leuten, ganz gleich, ob sie nun im Namen des Bundestages oder des DGB sprechen, handelt es sich nämlich um *ausgemachte Liebhaber der Rationalisierung*; und wenn sie die Wirkungen auf den Arbeiter betrachten und feststellen, wie teuer den Betroffenen die wirtschaftliche Handhabung des technischen Fortschritts zu stehen kommt, dann bewegt sie nur eine einzige Sorge: ob mit der effektiveren Ausnützung des Arbeiters dessen *Brauchbarkeit* auch erhalten

bleibt.

Sicherlich haben wir uns mit dieser voreiligen Bekanntgabe unseres Ergebnisses den Vorwurf eingehandelt, wir würden es uns *zu einfach* machen - oder? Dann bleibt uns eben nichts anderes übrig als einmal zu zeigen, in welcher einfacheren Weise sich diejenigen mit den Nöten der Arbeiter beschäftigen, die es so sehr auf ihre Beschäftigung abgesehen haben, daß es ihnen schon wieder *unmenschlich* vorkommt.

Beginnen wir mit dem Mann der Wissenschaft und seiner Antwort auf die Frage, unter welchen Umständen das Arbeiten nicht mehr human ist - von ihm dürfen wir schließlich die komplizierteste Betrachtungsweise erwarten. Ein Politiker mit viel Gespür fürs Wachstum wird es sich da sicher nicht so schwer machen, und noch einfacher dürfte doch wohl die Stellungnahme eines Unternehmers ausfallen, dem es um sein Geschäft und sonst nichts geht. Die Gewerkschaft sparen wir uns für den Schluß auf.

I. Die Stimme der Wissenschaft

Wenn sich ein Professor der Arbeitswissenschaft (für die es, wie es sich ge hört, einen griechischen Namen gibt: Ergonomie) zu Wort meldet, erlebt der Arbeitsmann, der nie eine Universität von innen gesehen hat, die erste Enttäuschung. "Einfach" ist gar kein Ausdruck für den armseligen Gedanken, den er sich in Sachen "*humane Arbeitswelt*" hat einfallen lassen. Er sagt es selbst:

"Mir scheint, daß die Vorstellung, wann eine Arbeit inhuman ist, inzwischen von den Sozialpartnern mit uns gemeinsam geteilt wird, nämlich dann; wenn sie erstens von einem Menschen nicht ausführbar ist. Das ist wahrlich primitiv."

Für primitiv hält dieser Professor von der TU Darmstadt allerdings nicht seine Unterscheidung zwischen Arbeiten, die "*ausführbar*" sind und solchen, die kein Mensch bringt. Er weiß genau, daß es bei der Frage nach der Humanität darum geht, den Schaden zu beurteilen, den sich einer einhandelt durch die Übernahme gewisser Tätigkeiten im Produktionsprozeß; und er weiß auch genau, daß so manche Arbeit von einem Menschen ausführbar ist und ausgeführt wird, die seiner Gesundheit alles andere als zuträglich ist. Gar nicht ungeschickt aber bedient er sich der Albernheit, welche sich die moralischen Kritiker der Ausbeutung zuschulden kommen lassen, wenn sie das, wozu nur Menschen fähig sind - ihren Willen dafür zu gebrauchen, andere und sich selbst zugrunde zu richten -, als "*unmenschlich*" bezeichnen. So definiert er kurzerhand "*inhumane Arbeit*" als eine solche, deren kein Mensch fähig ist und fordert jedermann dazu auf, dieser Selbstverständlichkeit gefälligst zuzustimmen: das ist wahrlich primitiv, denn mit dieser wissenschaftlichen Leistung hat er sich die Tatsache vom Halse geschafft, die den Ausgangspunkt der ..*Humanisierungsdebatte*" bildet. Denn diese dreht sich eben darum, daß Lohnabhängige zu Arbeiten verpflichtet werden, welche Körper und Geist ruinieren, gerade weil diese beruflichen Tätigkeiten nur mit diesen Konsequenzen "*ausführbar*" sind.

Immerhin hat der gute Mann mit seiner Gleichung *human = ausführbar* erst einmal klargestellt, daß er an den Arbeiten, die heutzutage in den Fabriken des Kapitals verrichtet werden, nichts auszusetzen hat und sie auf keinen Fall als *"inhuman"* bezeichnen möchte. Der Herr Professor nimmt es sehr genau mit den Tatsachen, und von diesen geht seine Wissenschaft aus:

"Die Ergonomie geht davon aus, daß eine Arbeit 8 Stunden lang täglich möglich (!) ist, daß diese 8-Stunden-Schicht täglich wiederholt wird und das Arbeitsleben bis zum 65. Lebensjahr gehen kann. Bis dahin sind gesicherte Erkenntnisse der Ergonomie möglich."

Man sieht, wie leicht es einem Gelehrten fällt, von einem *Urteil* über die Arbeit, die andere aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Kapital ein Leben lang leisten müssen. Abstand zu nehmen. Er begnügt sich ganz einfach mit der Feststellung, was einem Lohnabhängigen abverlangt wird und zieht daraus den messerscharfen Schluß, daß 8 Stunden Arbeit bis zum 65. Lebensjahr *möglich* sind. Fürwahr, ein Trost für alle, die lebenslanges Arbeiten für die Vermehrung fremden Eigentums nicht nur als Möglichkeit, sondern als Wirklichkeit kennen! Bei alledem ist der wissenschaftliche Beobachter der Arbeit keineswegs unehrlich. Er macht kein Hehl daraus, daß er mit seinem Interesse an der Ausführbarkeit von Arbeiten die eindeutige Frage nach der

"Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit"

stellt, insofern die Arbeit *"kurzfristig überhaupt ausführbar sein soll"*- und gibt zu bedenken, daß täglich 8 Stunden gearbeitet werden soll, und das ein Leben lang:

"Darüber hinaus muß es darum gehen, daß diese Arbeit nicht nur ein einziges Mal möglich ist (wie beim Weitsprung in Mexiko City 8,90m), sondern beliebig oft wiederholt werden kann, wobei die Setzung des 'beliebig oft' sehr wichtig ist."

Kann man im Rahmen einer Diskussion über *"humanes"* Arbeiten schöner sagen, daß man nur den *einen* Gesichtspunkt breittreten will: *gearbeitet muß werden und das nicht zu knapp*. Daran erinnert, daß es bei der Diskussion über die Humanisierung eigentlich darum geht, über die Belastung und Schäden zu sprechen, die dem Arbeiter zugefügt werden, indem man ihm *"beliebig oft"* ausführbare Arbeiten ausführen läßt, erklärt er sich als Wissenschaftler kurzerhand für nicht zuständig:

"Aber die Problematik für die Menschengerechtigkeit ist damit sicherlich noch nicht ausgestanden, denn es kann auch das als menschengerecht angesehen werden, was nur von den Betroffenen als solches definiert wird. Dies wäre der Begriff der Zumutbarkeit..."

Diese Auskunft seitens eines Wissenschaftlers erfüllt wahrlich den Tatbestand der Unverschämtheit; ausgerechnet ein Ergonom, einer von jenen Leuten, die für die Ausnützung noch der kleinsten Bewegung und der letzten Zehntelsekunde Rezepte liefern, die mit Stoppuhr und Bleistift auf die letzten *"Leistungsreserven"* Jagd machen - ausgerechnet dieser Mann behauptet, nichts Objektives könne man in bezug auf *"erträgliche Arbeitsbedingungen"* nicht sagen. Er verweist auf die *"Ansicht"* der

Betroffenen, so als sei die Ruinierung von Lohnabhängigen eine Sache der Definition, die jedermann nach seinem höchstpersönlichen Geschmack vornimmt. Einer, der mit nichts anderem befaßt ist als mit Methoden der Leistungssteigerung, weigert sich ganz unschuldig, die verheerende Wirkung der Industriearbeit als etwas Objektives anzuerkennen. So verwandelt man *Tatsachen* in *Ansichtssachen*! Heuchlerisch präsentiert er seinen *"Begriff der Zumutbarkeit"*,

"der leider Gottes nicht impliziert, daß damit erträgliche Arbeitsbedingungen von vorneherein verwirklicht werden können."-

und gesteht in einem Atemzug ein, daß er weiß, worum es geht und seinen Ehrgeiz bei der Schaffung „*erträglicher Arbeitsbedingungen*“ auch weiterhin bremsen möchte: er bezweifelt nämlich ohne die Spur eines Arguments die *Möglichkeit* einer für den Arbeiter vorteilhaften Gestaltung des Arbeitsplatzes, weil ihm aufgefallen ist, daß ein *"Begriff der Zumutbarkeit"* keinen einzigen Handgriff in einer Fabrik gemüthlicher macht und dies vor allem nicht *"von vorneherein"*. Von vorneherein steht eben nur fest, daß die Ausführbarkeit von Arbeit eine Sache ist, die mit ihr verbundenen Zumutungen aber eine andere. Letztere fallen ganz in das Gebiet persönlicher Beurteilung, was der Herr Professor noch einmal bekräftigt:

"Und schließlich ist als letzte Ebene die der individuellen Zufriedenheit zu nennen."

Woraufhin ihm sogleich ein Kollege zuhulfe kam und in ebenso gelehrter Manier seinen Befund zur Kenntnis gab, daß auch er mit so schwierigen Dingen wie *"Erträglichkeit"* und *"Zufriedenheit"* nichts Rechtes anfangen könne:

"... diese Begriffe sind noch gar nicht so ohne weiteres klar. Was ist Zufriedenheit? Was ist Erträglichkeit? Was ist Zumutbarkeit? Das ist recht schwierig."

Sollte er wirklich noch nichts von Berufskrankheiten, Frühinvalidität, bescheidener Alters*"erwartung"* bei Arbeitern und Unfallziffern gehört haben? Oder ist er darüber, daß er in einer Universität und nicht in der Fabrik sein Geld verdient, so zufrieden, daß er sich gar nicht mehr vorstellen kann, welche Zumutungen der Rest der Menschheit ertragen muß?

2. Der Beitrag des Politikers zur Würde des Menschen

Nicht ganz so einfach wie die Wissenschaftler machen es sich die Politiker, wenn sie wie auf dem erwähnten Kongreß oder um den 1. Mai herum ihre Sprüche sortieren, mit denen sie ihre Arbeiterfreundlichkeit unter Beweis stellen wollen. So verständlich dieses Bemühen ist - immerhin möchten Staatsmänner bei ihrem Stimmvieh den Eindruck erwecken, daß sie nichts gegen und alles in ihrer Kraft Stehende für die arbeitende Bevölkerung unternehmen -, so erstaunlich ist andererseits die Offenheit, mit der sie ihrem Publikum im Namen einer humanen Arbeitsplatzgestaltung die Rechnung aufmachen. Als wäre er ein Manager, profiliert sich z.B. Minister Matthöfer mit folgender Kalkulation:

„Selbst dort, wo Arbeitsplatzverbesserungen mit Kostenaufwand verbunden sind, erhöht menschengerechte Arbeitsgestaltung längerfristig die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer.“

Dieser Mann hat mitbekommen, daß die Verminderung der Lasten, die ein Arbeiter im Betrieb auf sich nehmen muß, eine Frage der Kosten ist, welche er denen verursacht, die ihn anwenden. Gegen diese Kalkulation mit den Knochen der Proleten hat er allerdings überhaupt nichts einzuwenden, im Gegenteil: sie liefert ihm *das* Argument für die Berücksichtigung des Menschen, den er im Arbeiter entdeckt. Schließlich schränken seiner Meinung nach die *"inhumanen"* Zustände in den Fabriken den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer ein, so daß aus ihnen nicht all das herausgeholt wird, was herausgeholt werden *könnte*. Auch eine Art, den Arbeitern mitzuteilen, unter welchen Bedingungen sie sich der Wertschätzung ihrer Politiker erfreuen - eben weil und solange sie es nicht an Leistung fehlen lassen! Und wenn ein Minister ausgerechnet im Zusammenhang mit der *"Humanisierung"* diese seine Einstellung zum besten gibt, also heraushängen läßt, daß ihn die Gestaltung von Arbeitsplätzen als *Mittel der Leistungssteigerung* interessiert, so präsentiert er sich als Menschenfreund durch die Gleichung, die jene des Arbeitswissenschaftlers (human = ausführbar) weit in den Schatten stellt: für ihn ist die *„menschengerechte“* Arbeitsplatzgestaltung gleichbedeutend mit der Beseitigung von Leistungsschranken, auf die hinzuweisen er sich gerade gegenüber den Unternehmern gestattet:

"Die in vielen Betrieben nach wie vor angewandte Art einer betriebswirtschaftlichen Milchmädchenrechnung, die sogar quantifizierbare Einflüsse wie Fluktuation und Absentismus unberücksichtigt läßt, stellt für eine vernünftige Entwicklung trotzdem noch ein bedeutendes Hindernis dar."

Diese Werbung für Humanisierungsmaßnahmen leistet sich die Lüge, daß nicht der Zwang zur Leistung das Arbeiten im Dienste des Kapitals so ungemütlich macht, sondern eine fehlerhafte, ja dumme Rechnung der Unternehmer. Wobei der Herr Minister ganz offen zugibt, daß er für angenehmeres Arbeiten eben nur insofern etwas übrig hat, als es dem gesteigerten Einsatz des Arbeitsmannes förderlich ist. Er geht sogar so weit bei seiner Sehnsucht nach einem Arbeiter, der voll und ganz im Betriebszweck aufgeht, daß er den Schaden beklagt, den die Wirtschaft davonträgt, wenn sie die Energie des Proleten nicht ausnahmslos für sich in Anspruch nimmt:

"Wer seinen ursprünglichen Antrieb, eigene und gemeinsame Werke nach eigenen Vorstellungen und in eigener Initiative zu gestalten und seine originäre Leistungskraft zu erproben, in der Arbeitswelt nicht einmal ansatzweise verwirklichen kann, der wird sich von ihr abwenden, sein Engagement und seine Energie in Hobbys oder Nebentätigkeiten investieren."

Es lohnt sich also durchaus, bei den Reden von Politikern genau hinzuhören. Entgegen einem auch unter Gewerkschaftern verbreiteten Gerücht wird da nämlich nichts verschleiert oder vergessen, sondern klipp und klar ausgesprochen, wonach einem Staatsmann der Sinn steht. Das Ideal, das da in so großen Tönen als *"ursprünglicher Antrieb"* ausgepinselt wird - eigenes und gemeinsames Werk, eigene Initiative - blamiert sich ja nicht erst vor der

Realität moderner Fließbandproduktion und dem brutalen Akkordalltag. Es ist nichts anderes als die geschwätzte Umschreibung des Wunsches, ein Arbeiter solle seinen Einsatz nicht nur für das traurige Mittel seiner Existenz halten, sondern für die Verwirklichung seiner tiefsten menschlichen Regungen. Denn daß die Industrieproduktion der Bundesrepublik der Arbeiter *"eigenes"* und *"gemeinsames"* Werk ist, wird wohl auch ein Matthöfer nicht bestreiten - so wenig ein Prolet auf den Gedanken verfällt, die Akkordrichtsätze und die Einführung neuer Maschinen würden der *„Erprobung“* seiner *„originären Leistungskraft“* im Wege stehen!- Seine *"Initiative"* ist da durchaus gefragt, was er auch nach Feierabend am Verschleiß seiner Knochen und Nerven bemerkt - weshalb sich die Hobbys und Nebentätigkeiten im Unterschied zu Politikern bei Arbeitern einigermaßen in Grenzen halten.

Was die Politiker so gekonnt beherrschen, wenn sie in eindeutiger Absicht, mit unverhohlenem Schielen auf den *Wähler* im Arbeiter, den *Menschen* und seine Würde bequatschen, ist die Ausführung eines einzigen traurigen Gedankens, mit dem sie sich - und das ist das Traurige - völlig in Übereinstimmung mit der kapitalistischen Wirklichkeit befinden: bei den *"arbeitenden Menschen"* kommt es eben vor allem darauf an, daß sie *arbeiten* -

"Als rohstoffarmes Land lebt die Bundesrepublik" (hoch soll sie leben!) ..von der Nutzung anderer aber nicht weniger wertvoller Ressourcen: Erfahrung, Geschicklichkeit, Kreativität, Engagement, Organisationstalent, Qualifikation, Intelligenz und Fleiß der hier arbeitenden Menschen".

Wie diese Menschen von und mit ihrem Einsatz leben, auf den ihnen der Herr Minister sicher stolz zu sein empfiehlt, was sie also davon haben, befindet der deutsche Staatsmann gar nicht erst für erwähnenswert. Des arbeitenden Menschen höchstes Gut - dies ist eine ausgemachte Sache - ist nicht seine *Gesundheit*, sein *Geldbeutel* oder was, nein - seine *Arbeitskraft*, und an der soll kein *"Raubbau"* betrieben werden:

"Nur durch sorgsame Pflege und Weiterentwicklung dieser unserer wichtigsten Produktivkraft haben wir eine Chance im internationalen Wettbewerb - ein Raubbau an der physischen und psychischen Arbeitskraft unserer Menschen wäre verhängnisvoll."

Trotz und wegen dieser staatsmännischen Sorge um die rechte Dosierung beim Verschleiß der nationalen Arbeitskraft scheint es ein bißchen Raubbau immer noch zu geben. Der Herr Minister räumt ein:

"Auf vielen Gebieten klaffen noch Lücken zwischen dem, was wir für erträglich halten und dem Zustand, den Arbeitnehmer Tag für Tag ertragen müssen ... Eine Verminderung der physischen Belastung wird nicht selten mit einem Mehr an Arbeitstempo, Monotonie und nervlicher Überanspruchung erkaufte."

Dies ist auch gar nicht verwunderlich! Schließlich ist zumindest vom Interesse des Politikers her die Schonung des Menschen ja ausdrücklich nur für den Fall vorgesehen, wenn sie der *gedeihliche"* Nutzen der Produktivkraft Arbeit zur Durchsetzung im internationalen Wettbewerb dient. Und da ein Arbeiter am wirtschaftlichsten eingesetzt

wird, indem man ihn bis an die Grenzen seiner Belastbarkeit und auch ein bißchen darüber hinaus schaffen läßt, klaffen eben auch die vom Minister erwähnten Lücken zwischen dem, "was wir für erträglich halten," und dem, was Arbeiter ertragen müssen. Zum Beweis seiner rührenden Fürsorge um die geschundenen Arbeitsleute erzählt er mit dem Unterton des Bedauerns von einer Erleichterung der Mühsal in den Fabriken ("Verminderung der physischen Belastung"), die er beobachtet haben will und an der er dann das kleine Bedenken anmeldet, daß sie überhaupt nicht zustandekommt: eine Erleichterung der Arbeit, die mit "Arbeitstempo" und "nervlicher Überbelastung" erkaufte wird, ist nämlich keine. Immerhin leistet er mit seiner Geschichte von physischer Entlastung und nervlicher Überbelastung einen Beitrag zur Ideologie, daß die technischen Veränderungen im modernen Produktionsprozeß irgendwie doch für die Arbeiter und ihr angenehmes Leben durchgeführt werden; wenn die geplante Erleichterung dann doch nicht stattfindet, so aufgrund widriger Umstände, die er als Staatsmann am allerwenigsten zu verantworten hat. Er belegt seine Unschuld denn auch prompt mit den überaus menschenfreundlichen Gesetzen, die er und seinesgleichen für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik erlassen haben:

"Wir haben heute einen Rahmen von Arbeitsschutz- und Arbeitsrechtsvorschriften, der - so vervollkommnungsfähig und verbesserungsbedürftig er noch ist - in der Welt doch seinesgleichen sucht. Unternehmen und Arbeitgeber haben diesen Rahmen akzeptiert und mitgestaltet und tragen auf diese Weise mit zum sozialen Frieden in der Bundesrepublik bei."

Der Herr Minister gehört wie alle Politiker zu den Leuten, die sich immer dann bescheiden auf die Brust klopfen und versprechen, künftig noch alles besser zu machen, wenn sie sich ein kräftiges Lob aussprechen wollen. "Zwar" sind die geltenden Gesetze noch "verbesserungsbedürftig", "aber" im Vergleich mit Hinterindien läßt sich gar nichts gegen sie einwenden. Es lebe der Fortschritt und die tapferen Männer in Regierung und Parlament, die ihr Herzblut dafür opfern, daß es den Arbeitern gut geht! Im Vertrauen darauf, daß niemand den Skandal bemerkt, den er ausspricht, erwähnt er auch noch das Betriebsverfassungsgesetz. Ihm kommt es offenbar überhaupt nicht komisch vor, daß von Staats wegen Schutzvorschriften für die Arbeiter erlassen werden müssen, um das willkürliche Umspringen mit Leib und Leben, das zum Betriebsalltag gehört, wenigstens an einigen Punkten einzudämmen. Er ist sich auch nicht zu schade, das Betriebsverfassungsgesetz als eine brauchbare Sache für die Arbeitnehmer anzupreisen und die künftigen "Erleichterungen" der Arbeitswissenschaft zu überantworten:

"Das Betriebsverfassungsgesetz stellt mit seinem Vertrauen auf die Fortentwicklung der arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse eine Herausforderung an Forschung und Wissenschaft dar."

Auf der einen Seite ist der Schutz, den der Staat so großzügig denen gewährt, die wegen ihrer Abhängigkeit vom Unternehmen allerlei auf sich nehmen müssen, noch keineswegs gewährleistet. Der Staat, der sonst gar nicht zimperlich mit Verstößen gegen seine Gesetze umgeht, hat ausgerechnet im Betriebsverfassungsgesetz festgeschrieben, daß er in der Arbeitswelt so kleinlich nicht sein will, und im Betriebsrat eine *Arbeitnehmervertretung* eingerichtet, die erst noch "darüber zu wachen" hat,

"daß die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden." (§ 80)

Was aber keineswegs heißt, daß die Arbeiter mit ihrem Betriebsrat einen Unternehmer wegen seiner üblichen Verstöße zur Rechenschaft ziehen können. Da sind die entsprechenden Einigungs-, Beschwerde- und anderen Stellen vorgesehen, wenn sich ein Betriebsrat wirklich einmal im Recht befindet und darauf besteht, daß eine Sauerei unterbleibt; ganz abgesehen davon, daß er im Konfliktfall über keinerlei Druckmittel verfügt. und die Verpflichtung auf den Betriebsfrieden sowie auf das Betriebswohl - wie jeder Arbeiter weiß - garantiert, daß für die Arbeiter nichts herauspringt.

Auf der anderen Seite sind in diesem Gesetz Arbeitgeber und Betriebsrat gehalten,

"die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit zu berücksichtigen."

- was den Minister dazu gebracht hat, das Betriebsverfassungsgesetz als eine *"Herausforderung"* an die Arbeitswissenschaft zu bezeichnen. Angesichts dessen, wie diese Pseudowissenschaft mit ihrer Herausforderung fertig wird, können wir recht gut verstehen, weshalb Unternehmer dieses Gesetz akzeptiert haben: es trägt eben wirklich nur zu einem bei, zum *"sozialen Frieden"* in der Bundesrepublik, den die Arbeiter mit ihrem Betriebsrat einhalten *müssen* und die Unternehmer gar nicht brechen *können*. Sie wissen nämlich, wozu sie die Zeit zwischen den Tarifrunden benützen: da finden mit und ohne technische Neuerungen allerlei Veränderungen in der Gestaltung der Arbeitsplätze statt, was sie noch jedesmal dazu berechtigt, das Lohn-Leistungsverhältnis mit Hilfe von arbeitswissenschaftlich gebildeten Refa-Leuten neu festzusetzen. Und wenn sie gar die Arbeitsschutzbestimmungen um *Sicherheitswettbewerbe* ergänzen, also Prämien dafür zahlen, daß Unfälle vermieden werden, zeigen sie, wie genau sie die Arbeitsbedingungen kennen, die sie ihren lieben Mitarbeitern zumuten. Während sie nie auf den Gedanken kämen, durch großzügige Entlohnung die Arbeitshetze zu mindern und den Arbeitsablauf ungefährlich zu machen (also die *Gründe* für Unfälle und gesundheitsschädliche Arbeiten zu beseitigen), fällt ihnen die Rentabilität solcher Zusatzveranstaltungen ohne weiteres ein, wenn der Schaden sich nicht nur auf die Arbeiter, sondern auch auf ihre Kalkulation erstreckt. Doch lassen wir einen Vertreter der Arbeitgeberverbände selbst in Sachen Humanisierung & Rationalisierung zu Wort kommen.

3. Des Kapitalisten Glaubensbekenntnis: Kalkulation ist human

Ein Vertreter der Unternehmer, der auf einen Kongreß über menschengerechte Arbeit marschiert, ist sich natürlich darüber im Klaren, wie es dort zugeht. Einerseits handelt es sich nicht um eine kapitalistenfeindliche Veranstaltung, auf der Kampfmaßnahmen gegen seinen Umgang mit den von ihm gekauften Arbeitskräften diskutiert und beschlossen werden - da hätte er sicher keine Einladung bekommen. Andererseits wird auch der Verdacht zur Sprache kommen, daß seine Entscheidungen als Eigentümer der

Produktionsstätten dafür verantwortlich seien, daß es in den Fabriken mit der "Menschenwürde" nicht so weit her ist. Auf die zu erwartenden Angriffe richtet er sich deswegen ebenso ein wie auf das Verständnis, das seinen rein wirtschaftlichen Überlegungen entgegengebracht wird. Er geht also in die Offensive, wenn man ihn um seine Meinung in Sachen "Humanisierung" bittet. Ohne lange zu fackeln, bestreitet er den Nutzen einer theoretischen Erörterung (in der könnte sich ja tatsächlich herausstellen, aus welchem Grund es so ungemütlich ist, das Arbeiten in seinem Betrieb!), und predigt den praktischen Standpunkt - und das ist der des Betriebs. Er redet also gleich über das Verhältnis von "Humanisierung" und "Rentabilität":

"Auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit gewinnt in der Praxis ein anderes Gewicht als in noch so gutgemeinten theoretischen Erörterungen. In die schlicht-faszinierende Form der Alternative gekleidet, nach dem Prinzip: .bist du für Menschlichkeit oder lieber für mehr Rentabilität?' kann sie bestenfalls Glaubensbekenntnisse provozieren, trägt aber nicht zur Lösung irgendeines praktisch anstehenden Problems bei ..."

Das sitzt! Ohne die Lösungen seiner praktischen Probleme hat er für die Humanisierungsdebatte schon gleich gar nichts übrig. Und alle die, welche meinen, gegen praktische Maßnahmen gäbe es ja nichts einzuwenden, belehrt er sicherheitshalber gleich eines besseren. Er denkt nicht an die Praxis, die sich manche unter „Humanisierung des Arbeitsplatzes“ vorstellen, sondern an die betriebliche Praxis, die sich zuallererst durch Rentabilität auszeichnet:

"In der Realität stehen sich .Humanisierung' und .Rentabilität' nie als entweder/oder gegenüber, sondern als zwei miteinander verknüpfte Ziele, die in Einklang gebracht werden müssen, wobei sie - das wissen wir heute - oftmals nicht einmal konkurrieren. "

Die dicke Lüge, die da mancher vermutet, wenn ein Kapitalist daherkommt und behauptet, die Rentabilität seines Betriebes stünde der "Humanisierung" überhaupt nicht im Wege, liegt nicht vor. Der Mann der Wirtschaft führt sogleich an einem Beispiel aus, daß bei seiner Betrachtungsweise eine solide „Humanisierung“ geradezu ein Erfordernis des an seinen Gewinn denkenden Arbeitgebers darstellt:

"Vielfach führen bessere Arbeitsbedingungen gleichzeitig zu Leistungssteigerungen. Dies kann jedenfalls kein Nachteil sein."

Natürlich ist es für den Betrieb nicht von Nachteil, wenn die verbesserten "Arbeitsbedingungen" zu einer Leistungssteigerung führen - der Witz daran ist bloß, daß es sich dann auf keinen Fall um eine Verbesserung für die Arbeiter handelt! Denn wenn sie mehr leisten, dann verausgaben sie sich mehr und es kann ihnen keine allzu große Freude machen, wenn die gesteigerten Ansprüche an ihre Nerven und Knochen mit Hilfe einer blitzblanken neuen Maschine durchgesetzt werden. Und für alle, die die von Unternehmern geforderte friedliche Koexistenz zwischen Rationalisierung und Humanisierung bezweifeln, erläutert der Anwalt der Praxis,

"daß Initiativen zu Veränderungen von Arbeitsstrukturen vom Management ausgegangen sind. Ausgangspunkt waren dabei in der Tat in vielen Fällen auch Wirtschaftlichkeitsüberlegungen."

Ist so die schwerwiegende moralische Frage der "Humanisierung" endgültig ihrer Klärung zugeführt - es geht um wirtschaftliche "Veränderungen von Arbeitsstrukturen", also um das, was Unternehmer seit Jahr und Tag verordnen und dessen ungemütliche Folgen für die Arbeiter gerade in der Humanisierungsdebatte zur Sprache kommen -, so kann der Arbeitgebersprecher endgültig zur offensiven Belehrung darüber schreiten, worauf es heute und morgen und immerdar ankommt:

"Insofern wäre jedes Bemühen um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das ohne Beachtung seiner wirtschaftlichen Konsequenzen begründet würde, 'unglaublich und realitätsfremd. "

So wenig er einen Gegensatz zwischen der Veränderung von Arbeitsstrukturen-und "Rentabilitätsorientierung" entdecken mag, so klar ist ihm andererseits, daß "Verbesserung der Arbeitsbedingungen", die ausnahmslos wegen der Berücksichtigung der Arbeiter und nicht zur Steigerung des Gewinns vorgenommen werden, den von ihm gewünschten "wirtschaftlichen Konsequenzen" durchaus widersprechen. Und wie es sich für einen gehört, der vom Gewinn lebt, für die er andere arbeiten läßt, gibt er zu bedenken, daß er außer dem Streben nach Gewinn auch noch höhere Regungen kennt, die sich mit diesem Streben gut vertragen, aber sich einer vernünftigen Erklärung entziehen:

"Unternehmenspolitik ist ein ungleich komplizierterer Prozeß der Abstimmung unterschiedlicher Kräfte und Faktoren, die auch in ihrer Motivation nicht allein aus dem Streben nach Gewinn erklärbar ist. Hier spielen im Einzelfall neben den wirtschaftlichen auch nicht beweisbare soziale, ethische, religiöse und andere Triebkräfte eine wichtige Rolle."

Schamlos verkündet er den Teilnehmern der Humanisierungs-Diskussion, daß er nicht nur auf Gewinn aus ist, sondern sich auch noch ein gutes Gewissen bei seinem Geschäft zugelegt hat: er handelt verantwortlich, läßt sich von lauter edlen Triebkräften treiben, ist sozial, ethisch, glaubt an den Herrn Jesus - und hat wohl deswegen herausgefunden, wo die "künftigen Schwerpunkte" einer Humanisierungspolitik zu liegen haben:

"Auch ein anforderungs- und leistungsgerechtes Entgelt ist Bestandteil einer humanen Arbeitswelt. Eine systematische Leistungsbeurteilung, die ein offenes Gespräch mit dem Betroffenen einschließt, kann dazu beitragen, daß das betriebliche Entgeltsystem als gerecht empfunden wird. Eine solche nach Leistungsgesichtspunkten differenzierende Gerechtigkeit trägt entscheidend zur Arbeitszufriedenheit bei, nicht aber eine falsche Nivellierung und Gleichmacherei, die das Leistungsprinzip letztlich aushöhlt."

Ganz in Fortführung seiner Gedankenblitze über das Verhältnis von Wirtschaftlichkeit und Humanität bietet sich dieser Kenner des betrieblichen Rechnungswesens freundlich an: auch hier nimmt er kein Blatt vor den Mund, sondern sagt frei heraus, daß für ihn die Arbeitswelt human aussieht, wenn die Entlohnung als gerecht empfunden wird.

Differenzierende Gerechtigkeit erscheint ihm, offenbar als ein passables Verfahren, das Los seiner Arbeiter zu erleichtern, wobei er hier seine Absicht, die *Steigerung der Leistung* mit Hilfe seiner vergleichenden Gerechtigkeit, als das Selbstverständlichste von der Welt verkündet. Er ist sogar noch so ehrlich, den Effekt seiner Leistungsbeurteilung nicht zu hoch zu veranschlagen - er weiß, daß die Erleichterung, die er den Proleten verschafft, auf ihre *Einstellung* zur Arbeit beschränkt bleibt. Und für den Fall, daß sein gerechtes und leistungsförderndes Umspringen mit dem Personal das angestrebte Wohlbefinden nicht herbeiführt, hat ein Unternehmer nicht nur Verständnis, sondern auch Rat und Trost zu bieten. Einmal wirft er sich in die Pose des Ohnmächtigen und sinniert darüber nach,

"daß die Lebensprobleme des modernen Menschen nicht allein in der Arbeitswelt gelöst werden können",

verweist also ganz bescheiden darauf, daß er nur für die *Schaffung* von *"Lebensproblemen"* zuständig ist, die Bewältigung derselben aber den Geschädigten und Vater Staat obliegt. Dann fällt ihm auch noch ein, daß die Staatsgewalt, die außerhalb der Fabrik darüber wacht, daß die Proleten mit ihrem Kram selber fertig werden, für, die korrekte Abwicklung der Unzufriedenheit im Betrieb schon gesorgt hat - er erinnert an den Betriebsrat und die mit ihm gegebenen Möglichkeiten einer herrlichen Kooperation:

"Das Betriebsverfassungsgesetz räumt den Arbeitnehmern und ihren Betriebsräten funktional abgestufte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Betrieb ein. Die Betriebe sollten die hier gegebenen Möglichkeiten der Kooperation konstruktiv nutzen und damit einen sicherlich entscheidenden Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt leisten."

Die einvernehmliche Ausgestaltung der betrieblichen Notwendigkeiten, bei der sich der Betriebsrat für die Wahrung seiner Rechte starkmachen darf . und die nächsten Sonderschichten vereinbart, bisweilen auch einen Sozialplan aushandelt und am Jahresende "Frohes Fest" wünscht - diesen Zirkus, in dem sich ein Arbeiter schon verdächtig macht, wenn er mit einer Beschwerde zum Betriebsrat rennt, verkauft der Industriellen-Boß als Beitrag zur Humanisierung. Mit der Einrichtung des Betriebsrats sind die Arbeitnehmer schließlich höchstoffiziell anerkannt, mitsamt ihren *Rechten*, so daß ihrer *Pflichterfüllung* gemäß Tariflohn und Arbeitsplatzbewertung nichts mehr im Wege steht.

Das einzige, was in diesem Zusammenhang von einem Unternehmer noch zu verlangen ist: ein kurzes Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, die allein für die Arbeiter erfunden worden ist, läßt da nicht lange auf sich warten.

"Die auf Privateigentum gegründete Marktwirtschaft hielt und hält dafür große Chancen bereit; der einzelne in der Arbeitswelt ist darin gut aufgehoben. Die Unternehmer werden dafür wirken, daß es so bleibt!"

Richtig betrachtet wird aus jeder Zumutung an die Lohnarbeiter eine große Chance für den einzelnen, die er gefälligst gescheit nutzen soll. Und mit dieser Betrachtungsweise hat der Sprecher des Kapitals den Einstieg der letzten Partei bestens vorbereitet. Als wäre das

ganze Jahr der I. Mai, wo es um die Feier der Arbeit geht, ergreift der Mann vom DGB das Wort, um seine Auffassung von humaner und rationalisierter Ausbeutung darzulegen.

4. Die Gewerkschaft: Rationalisierung klar - aber bitte mit Respekt vor den Opfern

Ein Mitglied des DGB-Bundesvorstandes entdeckt in den eindeutigen Stellungnahmen von Staat und Kapital keineswegs Unverschämtheiten, sondern einen Standpunkt, dem er seine Zustimmung nicht versagen kann. Es ist kein Akt berechnender Höflichkeit, wenn sich der Gewerkschaftsmensch nach allen Seiten hin bedankt für die Beiträge, in denen die Redner frank und frei erklärt hatten, daß und wie sie den *"Fortschritt"* zum Wohle des Ganzen betreiben. Angesichts der offenen Worte über die Art und Weise, wie die Arbeiter von der Wirtschaft hergenommen werden, bekundet der Mann vom DGB sein ehrliches Einverständnis mit dem ersten Glaubensartikel der freien Marktwirtschaft, der auf der Humanisierungsveranstaltung immer wieder breitgetreten wurde - daß der *"arbeitende Mensch"* eben zum Arbeiten da ist und zu sonst nichts. Er beginnt mit einem *Lob der Arbeit*.

"Arbeit gehört zum zentralen Kern des gesamten menschlichen Lebens. Auch von hier aus erlebt der Arbeitnehmer, d.h. der Arbeiter, der Angestellte und der Beamte seinen Selbstwert. Er erfährt seine persönliche und soziale Selbstachtung, er lebt von der Arbeit."

Wo seine Diskussionspartner über nichts anderes laut nachdachten als über die *Brauchbarkeit* des Arbeiters, über seine bestmögliche *Ausnutzung*, geht der Gewerkschafter mit der Lüge hausieren, daß niemand mehr von der Arbeit habe als eben der Arbeiter. Wo die Wortführer der Ausbeutung aussprechen, daß es nur auf die Leistung und die Billigkeit der Proleten ankommt, setzt der Arbeitnehmervertreter die Lüge in die Welt, die Arbeit sei das Mittel derer, die arbeiten - sie befördere sein seelisches Gleichgewicht, trage zu seiner Zufriedenheit nicht nur bei, sondern sei geradezu ihre Quelle. Der Gewerkschafter zieht es vor, von *der Arbeit*, von der seine Mitglieder leben *müssen*, durch die sie körperlich und seelisch ruiniert werden, gar nicht erst zu reden. Er äußert sich über *"die Arbeit"* schlechthin, und über die erfindet er die rührseligen Geschichten vom *Selbstwert*, den *der Mensch* aus ihr bezieht. Er sieht einfach davon ab, was die Lohnarbeit *ist*, zu der ein Arbeiter täglich antreten muß, vergißt erst einmal den kleinen Unterschied zwischen einer Arbeit, von der man leben *kann* und einer, von der man leben *muß* mit allen ihren Zumutungen, um sein Gemälde vom großartigen Erlebnis Arbeit an den Mann zu bringen. Das tut der Hänger vom DGB freilich nicht, weil er sich unter Wissenschaftlern befindet und meint, mit philosophischen Sprüchen seine Selbstachtung sichern zu müssen. Er hat eine *Anklage* vorbereitet an die Welt der Arbeit, wie sie wirklich ist, und will den Anwesenden klar machen, daß die heutigen *Bedingungen* all das Schöne, was in der Arbeit *"eigentlich"* steckt, nicht recht zur Entfaltung kommen lassen. Wenn der Sprecher der Arbeitnehmer die Wirklichkeit mit seiner Erfindung konfrontiert, stellt er Schlimmes fest -

"... unbarmherziges Arbeitstempo und ein unerbittlich zugeteiltes Arbeitspensum, ...eine erschreckend hohe Zahl an Frühinvaliden und arbeitsbedingt Erkrankten, ...aufgelöste Arbeitsplätze, Stammebelegschaften schrumpfen und der verbleibende Rest der Beschäftigten hat nachweisbar eine höhere Belastung zu ertragen..."

- und all das paßt nicht zu seinem Bild vom hohen Wert der Arbeit. Darauf freilich hat er es abgesehen, weil er nun der Welt vorrechnen kann, daß alles ganz anders sein müßte und *könnte*, wenn man bei der Gestaltung der Arbeit auf den DGB hören würde. Sein Ideal „menschwürdiger“ Arbeit erspart ihm die Kritik an Kapital und Staat - stattdessen kann er eine Auseinandersetzung darüber anzetteln, wie man es besser machen könnte. Statt ein *Gegner* der Herren Unternehmer zu werden, die für möglichst wenig Lohnkosten viel Leistung aus ihren Belegschaften herauspressen, die *deswegen* rationalisieren, auf schlechtere Arbeitsplätze umsetzen und entlassen, die tagtäglich mit Menschen ebenso wie mit Material und Maschiner kalkulieren und dabei mit ersteren verschwenderischer umgehen als mit den übrigen Produktionsmitteln, tut er so, als müßte das alles gar nicht sein, und empfiehlt einen "vernünftigen" Umgang mit den Arbeitern:

"Der DGB hat sich noch nie einer vernünftigen Rationalisierung entgegengestellt. Wir sind keine Maschinenstürmer, das haben wir oft genug gesagt und auch bewiesen. Aber, ...wir sollten die Rationalisierung auch nicht als heilige Kuh betrachten und hinnehmen als Tabu, als etwas, über das nicht geredet werden darf, weil es eben heilig ist. Wir sollten vielmehr prüfen, ob es nicht um einen Rationalisierungswildwuchs geht, der einer Sicherung der Arbeitsplätze im Wege steht und dabei prüfen, ob der damit verbundene Belastungsanstieg nicht zu vermeiden ist. Ist dem so, haben wir einen Rationalisierungswildwuchs, dann erhöht dieser wildwuchsartige Prozeß der Rationalisierung und der Intensivierung auch die Gefahr (??) der Arbeitslosigkeit."

Der gute Mann läßt es sich tatsächlich nicht nehmen, über die Rationalisierung zu reden - und zwar in einer Weise, die den Verdacht, er sei ein *Gegner* dieses Unternehmens, ganz energisch bestreitet. Er will nicht nur herausbekommen haben, daß Rationalisierung „an sich“ - also wenn man davon absieht, wie sie geht - gar nichts Übles sei; er hat auch entdeckt, daß die beklagenswerten Folgen lediglich dem "Wildwuchs" entspringen, und dem möchte er Einhalt gebieten. Mit dem Spruch, der DGB hätte mit Maschinenstürmerei nichts im Sinne, will er nämlich nicht sein Wissen zu Protokoll geben, daß die ganze Sache keine Frage von technischen Neuerungen ist - er gibt der wirtschaftlichen Verwendung von EDV-Anlagen, Mikroprozessoren und NC-Maschinen seinen Segen. Die alberne Beteuerung, man würde *nicht* zur Zerstörung der modernen Maschinen schreiten, hat mit der Überlegung, was sich Richtiges tun lasse zur Abwehr von "Belastungsanstieg" und Arbeitsplatzverlust, eben überhaupt nichts zu schaffen. Wie sonst käme einer darauf, die eindeutigen Wirkungen der Rationalisierung auf das Konto "Entgleisungen" der Unternehmer, unter die Rubrik "Wildwuchs" zu buchen? Wie sonst könnte sich einer die ihm bekannten *Tatsachen* zu einer *Frage* zurechtlügen, die er stellen will, und so tun, als wüßte er über die Antwort so recht noch nicht bescheid! Die Arbeitslosigkeit, die Herr Stingl vom Bundesarbeitsmarktamt jede Woche sechzig mal in Prozenten bekanntgibt, hält dieser Gewerkschafter für eine "Gefahr"!

Kurz: diese Sorte von gewerkschaftlichem Mut, aus der Rationalisierung "kein Tabu"

werden zu lassen (für die Unternehmer ist es sicherlich nie eines gewesen), ist ein einziges *Angebot*; der DGB stellt sich mit seiner ordnenden Vernunft, die er bei den Unternehmern so vermißt, zur Verfügung, um gemeinsam - am besten in den vorgeschlagenen "Innovationsberatungsstellen" mit den Urhebern und Nutznießern der Rationalisierung den Wildwuchs unter Kontrolle zu kriegen. Mit der Vorstellung einer Rationalisierung ohne Gefahr (!) von Intensivierung, Einsparung von Arbeitsplätzen, Umsetzungen (Abgruppierungen) etc. setzen die Gewerkschaftsvertreter die Lüge in die Welt, daß die wohlkalkulierten Maßnahmen von Kapitalisten den Schaden für den Arbeitsmann gar nicht unbedingt nach sich ziehen müßten. Die Rationalisierung erscheint diesen Leuten tatsächlich als die Einführung "*neuer Techniken*", und ihre Folgen sind durch *Fehlentscheidungen* verursacht - so daß sich Tausende von ausgebildeten REFA-Leuten mit dem verblüffenden Vorwurf konfrontiert sehen, sie würden von ihrem Geschäft nichts verstehen.

So zehrt noch jede gewerkschaftliche EntschlieÙung der letzten Jahre von der Verrücktheit, anläßlich gesteigerter Arbeitshetze, Abgruppierungen und Entlassungen *durch* Rationalisierungsmaßnahmen in eine Lobeshymne *auf* die Rationalisierung auszubrechen. Der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall erkannte über die Gleichung Rationalisierung = technischer Wandel = gesellschaftlicher Fortschritt in den einschlägigen Maßnahmen geradezu *das* Mittel zum Schutz der Arbeiter:

"Rationalisierung und technischer Wandel wird von uns gefordert, wenn es darum geht, die Gesundheit des arbeitenden Menschen zu erhalten oder zu schützen, bessere Methoden der Arbeitssicherheit zu entwickeln, unerträgliche Belastungen an den Arbeitsplätzen abzubauen, wo es also um die humane Gestaltung der Arbeitswelt geht." (EntschlieÙung 24)

In solchen Formulierungen beweist eine Gewerkschaft, wie wichtig ihr die Vorstellung geworden ist, es gäbe einen unabhängig von den ökonomischen Zielsetzungen des Kapitals vollzogenen "*technischen Wandel*", der eigens zum Wohle der Arbeiter in Szene gesetzt wird. Weil dergleichen nirgends stattfindet, hat die Gewerkschaft etwas gefunden, wofür sie ohne Rücksicht auf das, was in den Betrieben läuft, eintreten kann: sie verfügt über ein *gesellschaftspolitisches Programm*, und dem wird sie gerecht, wenn sie die *praktizierte* Rationalisierung immerzu an der menschenfreundlichen, *eingebildeten* Veranstaltung mißt, für die sie sich den Namen Rationalisierung ausgeliehen hat. Die ganze Rederei von den betroffenen Proleten bildet die Begleitmusik für die Erledigung der ehrenvollen Aufgabe, an der Rationalisierung *mitzuwirken*, die ja "an sich" mit lauter Segnungen schwanger geht:

"Prinzipiell (!) dienen Rationalisierung und technischer Wandel der Erhaltung des Wettbewerbs, der Modernisierung der Produktion und Verwaltung und der Verbilligung von Produkten und Leistungen."

Sieht sich ein Sprecher des DGB die Industrie und den Markt des Kapitals an, so gelangt er zu verblüffenden Diagnosen, die sich nicht einmal ein vom Kapitalismus begeisterter Ökonomieprofessor zum Lob der schönen freien Marktwirtschaft zueigen machen würde: daß "die Druckunternehmer rationalisieren, um den Preis ihrer Zeitungen zu senken; daß die Autos billiger werden, weil mehr NC-Maschinen in der Fertigung und EDV-Anlagen im Büro eingesetzt werden, ist eine Lüge, die nur jemand in die Welt setzt, der um jeden Preis den

kapitalistischen Gang der Geschäfte als *Dienst* an der Menschheit darstellen möchte. Dies geht auch daraus hervor, daß die *"Erhaltung des Wettbewerbs"* sowie die *"Modernisierung der Produktion und Verwaltung"* umstandslos begrüßt werden - als ob Wettbewerb und das moderne Zeug für jedermann auf der Welt ein Genuß wären. Wie überall leistet die Gewerkschaft hier schon wieder recht viel in der Kunst des Übersehens, der Abstraktion vom Zweck des *"Fortschritts"* und von seinen *Wirkungen* auf die, die ihn schaffen müssen. Die Pflege dieser Kunst hat den entscheidenden Vorteil, daß so ein DGB-Hänger im Streit mit dem Rest der Humanisierer als ein *Parteigänger* der Rationalisierung auftreten kann, aber als einer, der sich mit dem Elend der Rationalisierungsoffer profiliert, der seine Begeisterung über die Rationalisierung mit den moralischen Bedenken ergänzt, ob nicht an der einen oder anderen Stelle *zuviel* des Guten getan wird, also *"Wildwuchs"* vorkommt:

"Kaum ein Wort(!) wird zur Zeit in der betrieblichen Praxis so gefürchtet wie das Wort Rationalisierung ... man kann mittlerweile fast von einem Rationalisierungswettkampf reden, von einem Wettkampf um die bestmögliche Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Leistung! Leistung! Leistung!"

Da muß doch etwas schief laufen bei der im Grunde so guten Sache! Will denn von den gesellschaftlich verantwortlichen Kräften niemand was gegen den Skandal unternehmen?

"Von der Humanisierung, einer menschengerechten Arbeitsgestaltung ist nicht die Rede."

Erst der DGB hat den Stein ins Rollen gebracht und die Macher auf die menschliche Seite aufmerksam gemacht. Dabei verzeichnet er trotz der steigenden Belastung seiner Mitglieder *in den Betrieben außerhalb* derselben schon einen Riesenerfolg - inzwischen wird über seine Vorstellungen geredet; die Mannen vom DGB können sich freuen,

"daß die von den Gewerkschaften ausgegangenen Impulse aufgegriffen und zu einem erklärten Schwerpunkt der staatlichen Reformpolitik gemacht worden sind. Der Bundesregierung einen recht herzlichen Dank"

dafür, daß sie sich von der Arbeitnehmerorganisation hat überzeugen lassen, daß es doch nur um die Wirtschaft geht, wenn der DGB den arbeitenden Menschen und sein Wohlergehen ins Feld führt. So hat die Gewerkschaft nämlich die Geschichte mit der Humanisierung gemeint:

"das, was dem arbeitenden Menschen zugute kommt, findet sich tausendfach wieder im Erfolg und in der Leistungskraft unseres (!) Staates und unserer (!) Wirtschaft." Wenn sich die Unternehmer "ihrer Verantwortung wirklich bewußt sind ... und menschengerechte Arbeitsplätze schaffen, dann steht einem gesunden und vernünftigen Aufschwung nichts entgegen"

Diese Zustimmung zu ihrer Auffassung, daß Wirtschaftlichkeit und Humanisierung im Grunde haargenau dasselbe sind, freut die Unternehmer sicher - diese Sorte Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die *zu mehr Leistung* führt, haben sie ja schon immer gemeint. Allerdings ist man sich in einem Punkte noch immer nicht einig: wer hat sich denn eigentlich als -erster für diese Veränderungen in der Arbeitswelt stark gemacht? Der DGB-Fritze behauptet hier, den Nutzen der Rationalisierung *als Humanisierung* hätten

die Gewerkschaften entdeckt - wie anders wären wohl die Forschungsprogramme *"Humanisierung des Arbeitslebens"* beim Bundesministerium für Forschung & Technologie zustande gekommen? Aus der Sicht der Unternehmer geht es darum,

"eine höhere Elastizität der Produktion und eine höhere Arbeitsproduktivität sicherzustellen",

wenn geforscht wird; aus der Sicht des DGB geht es dagegen erstens um dasselbe -

"daß selbstverständlich auch wir, die Gewerkschaften, in unserem Lande uns nie begründeten Wirtschaftlichkeitserwägungen verschlossen haben" -

zweitens aber um eine „ humane Arbeitsplatzgestaltung“ sowie um „Vollbeschäftigungspolitik“, welche die Wirtschaft erst so richtig wirtschaftlich machen. *"Humanisierung" ist eben das Ideal der Brauchbarkeit*, das sich die Gewerkschaft ausgedacht hat für die Arbeiter - und mit dem kommen sie den Unternehmern und dem Staat daher, die den Gebrauch der Arbeiter so flott organisieren, daß sie manche von ihnen glatt entbehren und auf ihre Bezahlung verzichten können. Dazu fällt dem DGB-Sprecher der originelle Gedanke ein, daß sich ein eingesparter Arbeitsplatz nie und nimmer "menschengerecht" gestalten läßt, weil der ist ja weg:

"Wir wollen die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder, der Arbeitnehmer (korrekt !) verbessern, nicht den Arbeitsplatz vernichten" (das besorgt schon die andere Seite !) ..dann wären wir ja außerstande, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern."

Kann man es noch verrückter sagen als einer vom DGB, daß man um Gottes willen den Umgang mit den Arbeitern, der in den Fabriken üblich ist, nicht *stören* will? Kann man noch armseliger die *Verantwortung* für Entlassungen übernehmen, welche die Gegenseite vornimmt, als durch die Übernahme der Ideologie, eine falsche Gewerkschaftspolitik sei schuld an den Arbeitslosen? Läßt sich noch eindeutiger der Wille kundtun, die tagtäglich stattfindende Ruinierung der Leute *hinzunehmen* und dafür auf dem Feld der politischen Verwaltung der Folgen große "mitverantwortliche" Töne zu spucken?

Die Arbeitsmarkt - und Ausbildungspolitik, die betriebliche Beschäftigungspolitik, die gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik müssen stärker konzeptionell entwickelt und miteinander verzahnt werden. Wir - der DGB und seine Mitgliedergewerkschaften — stellen uns keineswegs einem notwendigen Strukturwandel entgegen"

Schön gesagt, fürwahr! Während sich der DGB für einen *"Strukturwandel"* ins Zeug legt und all seine Kampfkraft in die Waagschale wirft, um fünf verschiedene Politiker miteinander zu *"verzahnen"*, wandelt sich in den Fabriken mit der neuen Maschinerie und Arbeitsteilung erstens die *Leistung* der Leute, zweitens - in die umgekehrte Richtung - ihr *Lohn* und drittens, weil das dazugehört, die *Anzahl* der Beschäftigten ! Wenn das kein Beitrag zur *"Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses"* und zur *..Humanisierung der Arbeit"* ist !

II. Was ist Rationalisierung ?

Jeder Verein, der seine Verantwortung für *"die Gesellschaft"* heraushängen läßt sagt, daß er nichts gegen Rationalisierung hat. Gott und die Welt beteuern, daß man den Fortschritt nicht bremsen darf, der da über die Menschheit hereinbricht. Das wäre wohl nicht der Fall, wenn die Veranstaltung für jedermann ein Segen wäre - über so etwas gibt es nämlich kein großes Theater. Denn jedermann begrüßt seinen Vorteil als eine gelungene Sache und andere, die ebenfalls davon profitieren, braucht er nicht von der *Notwendigkeit* der entsprechenden Maßnahmen zu überzeugen. Daß so viele Bekenntnisse zur Rationalisierung fallen, hat einen ziemlich einfachen, aber triftigen Grund: die Parteigänger des Fortschritts wissen, daß die *"Modernisierung"* der Arbeitswelt ihre *Nachteile* hat, und daß diese Nachteile ebenso einseitig verteilt sind wie die Vorteile. Deswegen ist auch immer vom *'Preis* die Rede, den der *Fortschritt* fordert - weil *"wir mit ihm leben müssen"*, werden die *"arbeitenden Menschen"* zur Kasse gebeten. Und diesem Werk haben sie sich alle verschrieben, die Fachleute und Nutznießer des *"Fortschritts"*.

Ganzen *Wissenschaftler*generationen eröffnen sich neue Betätigungsfelder. Arbeitswissenschaftler entdecken an der Humanisierung vielfältige Chancen für die Rationalisierung und umgekehrt. Soziologen stöbern - bisweilen im Auftrag des DGB - an entlassenen Arbeitern Sinn- und Identitätskrisen auf, von denen diese sich in ihren kühnsten Alpträumen keine Vorstellung gemacht haben. Angesichts der psychologischen Begutachtung seiner Armut kann sich mancher schämen, jemals an sein materielles Wohl gedacht zu haben. Die Vertreter des *Staates*, Regierungs- wie Oppositionsmenschen, berichten von ihren fürchterlichen Anstrengungen, von den in die Humanisierungsforschung und in Investitionshilfen gesteckten Geldern, wobei sie ihre leistungsfördernden Maßnahmen stets als Wohltat für die Opfer der Rationalisierung verkaufen, die ihnen mit viel Vertrauen vom Volk entgolten werden muß. Die *Unternehmer*

werden nicht müde, sich als die wahren Humanisten und Fortschrittsmenschen aufzuspielen; von den Ergonomen kriegen sie manchen Tip und bezichtigen die *Gewerkschaften* als die großen Bremser in Sachen Rationalisierung, was diese nicht auf sich sitzen lassen wollen. Sie legen es darauf an, nicht nur keine Maschinenstürmer, sondern überhaupt *die* Kraft zu sein, die sich am meisten am Gedeihen der rationalisierten Wirtschaft abarbeitet. Den Beweis liefern sie am eindrucksvollsten in den Tarifrunden, aus denen sie den Lohnkampf gestrichen haben, weil es angeblich "um mehr" geht. Den "Faktor Arbeit" bringen sie in Erwägung des langfristigen Nutzens, den er für die nationale Wirtschaft, ihren Aufschwung, ihre Konkurrenzfähigkeit haben soll, mit dem Anspruch zur Geltung, daß seine Verwaltung und sein Gebrauch unbedingt der Mitwirkung des DGB bedarf.

Das praktische Interesse an einer ordentlichen Abwicklung der Rationalisierung ist so selbstverständlich geworden, daß ihre unangenehmen Folgen für die Leute, die mit ihren Knochen und Nerven die Durchführung dieses "Fortschritts" zu gewährleisten haben, nur noch in einer Weise zur Sprache kommen: *sie müssen ertragen werden*, und ein Argument gegen Rationalisierung sind sie auf keinen Fall! Dabei bedient sich das Interesse der geschäftstüchtigen Fortschrittmacher der in Teil I besichtigten Unverschämtheit, *die Wirkungen der Rationalisierung von ihrem Zweck zu trennen*: was jedermann als Folge dieses Geschäfts kennt, wird als *Begleitumstand* "besprochen, der mit dem Anliegen der Rationalisierer nichts zu tun haben soll. So daß man erstens an der Rationalisierung keine Kritik haben braucht und zweitens aus ihren Folgen ein "gesellschaftliches Problem" zu verfertigen hat, mit dem die Betroffenen zurecht kommen müssen. Kein Mensch will behaupten, daß die Investitionen in neue Maschinerie, mit denen Leute entlassen werden, der Rest zu mehr Arbeit gezwungen wird und weniger Lohnkosten verursacht, eben *der Witz* an der Rationalisierung *sind*.

I. Die einfache ökonomische Wahrheit

Wie jede Maßnahme, mit der sich der Kapitalist seinen Profit verschafft, ist auch die Rationalisierung eine durchgeführte *Kalkulation*. Bestrebt, auf dem Markt einen Preisvorteil zu erhalten/auszubauen oder einen Nachteil wettzumachen, drängen sich ihm die Produktionskosten seiner Ware auf. Will er mit der Konkurrenz fertig werden und sie auf dem Markt schlagen, ohne Abstriche beim Gewinn zu machen, hat er die *Stückkosten* zu senken. Die Differenz zwischen den Produktionskosten und dem erzielten Preis begrenzt seinen Spielraum auf dem Markt und verweist ihn auf die Sphäre, in der er diesen Spielraum ausweiten kann. Durch Veränderungen in der *Produktion* erzielt er eine Senkung der Kosten für Maschinen, Material und Löhne. Die Rechnung, die zur Entscheidung führt, neue Maschinen anzuschaffen (dasselbe gilt für Umstellung in der betrieblichen Organisation mit nur geringer technischer Umrüstung), besteht in einem *Vergleich* zwischen Maschinenkosten und Lohnkosten. Die Betriebswirte haben festgestellt, daß die Steigerung der Arbeitshetze *allein* keinen weiteren Vorteil bringt oder am alten Gerät beim besten Willen nicht mehr möglich ist. Die Intensivierung der Arbeit, welche den *Lohnanteil* an den Kosten pro Stück senkt - ein Vorgang, den jeder Akkordler an der Veränderung der Vorgabezeiten spürt -, wird mit der Einführung der neuen Technik nicht fallengelassen, sondern *bezweckt*. Der Unternehmer hat nämlich die

neue Maschinerie nicht mit der Absicht eingeführt, um die Arbeiter zu schonen, sondern um mehr aus ihnen herauszuholen. Seine Kalkulatoren haben ihm mitgeteilt, daß durch die Verwendung der neuen Maschine dieselbe, wenn nicht eine größere Stückzahl durch weniger Arbeiter hergestellt werden kann. Sie haben ihm vorgerechnet, daß die Kosten, die mit der neuen Maschinerie entstehen, *unter* den Kosten der eingesparten Arbeitskräfte liegen. (Wer meint, das könne bei den Millioneninvestitionen doch wohl kaum der Fall sein, soll nachrechnen und nicht vergessen, daß sich die Auslagen für den neuen Kram über Jahre hinweg auf eine stattliche Anzahl von Produkten verteilen - er soll sich also den Kopf des Kapitalisten zerbrechen, der sein *Geschäft* machen will und nicht die Welt moderner) Durch die Anwendung der neuen und "produktiveren" Maschinen fallen weniger Kosten an als durch die Löhne der Arbeiter, die überflüssig werden. Da winkt ein feines Profitchen; um es einzustreichen, hat der Herr Unternehmer nur noch *ein* Problem: die Eigenschaften der neuen Technik optimal *dem* Zweck zu unterwerfen, für den sie eingekauft worden ist.

Damit ist eine dreifache Entscheidung *gegen* die Arbeitskräfte gefallen:

Erstens hat die neue Maschine die hübsche Eigenschaft, daß zu ihrer Bedienung vielleicht nur noch zwei Leute nötig sind, wo vorher vier an dieser Stelle in der Produktion ihr Geld verdienten. Die Einsparung von *Arbeitszeit*, die dieses "Wunderwerk der Technik" erlaubt, gestattet einem *Kapitalisten, Arbeiter* einzusparen! Entlassungen stehen an und beweisen die Ansicht des alten Marx: weil *Lohnarbeit* die Quelle des Profits ist, wird aus der Einsparung von *Lohnarbeitern* ein Mittel zur Steigerung des Gewinns. Der erste Teil des Rationalisierungsvorhabens ist erledigt - die Lohnkosten sind reduziert. Mit dem allergrößten Bedauern wird den Leuten mitgeteilt, daß für sie in dem Unternehmen nichts mehr zu tun ist. Wenn die Einsparung von Löhnen mittels der technischen Veränderung beschlossene Sache ist, haben Betriebsrat, gewerkschaftliche Festredner und die Arbeitslosenversicherung das Wort.

Zweitens reduziert die neue Maschinerie die Arbeitsschritte und vereinfacht sie enorm. Sie entpuppt sich als Musterexemplar durchgeführter Arbeitsteilung, die es nun auch dem Ungelernten oder Angelernten gestattet, einzusteigen. Aber ebensowenig, wie die mit ihr gegebenen Möglichkeiten - dasselbe Quantum von Produkten kann in kürzerer Zeit hergestellt werden - dafür eingesetzt werden, den Arbeitstag zu verkürzen, ebensowenig kann es des Gewinns wegen zugelassen werden, daß es mit der Vereinfachung der Arbeit auch dem *Arbeiter* einfacher gemacht wird. Auch diejenigen, die ihre Papiere nicht erhalten haben, kriegen nichts zu lachen. Die Vereinfachung und Reduzierung der Arbeitsschritte wäre unter dem Gesichtspunkt des *Geschäfts* eine verschenkte Gabe der Wissenschaft, würde sie nicht dazu genutzt, das Prinzip "*Wenn einfacher, dann auch schneller*" anzuwenden. Der verschwundene Unterschied zwischen einem Un- oder Angelernten und dem ehemals an dieser Stelle beschäftigten Facharbeiter muß außerdem in Heller und Pfennig *dem* Fortschritt zugutekommen. So kann mit der *neuen* Technik wieder voll auf die Arbeitshetze gesetzt werden, die unter alten Bedingungen nicht mehr *m* steigern war - und zugleich kann der Kapitalist als Feind jeglicher Ungerechtigkeit etwas gegen das Lohngefälle unternehmen: ohne Rücksicht auf die Qualifikation, die *er* ja nicht

mehr brauchen kann, zahlt er jedem den Lohn für ungelernte oder angelernte Arbeit. Somit ist auch der zweite Segen der Rationalisierung eingetreten: die Lohnkosten sind einerseits durch Abgruppierungen absolut, andererseits durch Verschärfung des Arbeitstempes, durch Intensivierung auf Basis der fortgeschrittenen Arbeitsteilung relativ gesunken.

Drittens verliert die neue Apparatur an Funktionstüchtigkeit, wenn sie nicht ununterbrochen im Einsatz ist. Zwar wird sie durch ihren Gebrauch nicht neuer, jedoch besteht ihre Funktion allein darin, daß sie Kosten einsparen hilft und die Arbeitsleistung erhöht - deswegen hat der Unternehmer eine hübsche Stange Geld locker gemacht. Jetzt, wo das Zeug herumsteht, bedauert er folgerichtig jede Minute, in der sie nicht zweckmäßig eingesetzt wird. Seine Investitionskosten dienen ihm als Argument dafür, daß er den Arbeitstag um einige Überstunden, die Arbeitswoche um ein paar Sonderschichten verlängert - und in so manchem Betrieb wird überhaupt Schichtarbeit eingeführt. Eine verantwortungslose Haltung gegenüber dem Arbeitsmarkt, den er um ein paar Arbeitslose bereichert hat, läßt sich dabei der Kapitalist nicht vorwerfen. Er denkt wie immer an sein Geschäft, das ja wohl flutschen muß, wenn er weiterhin die großmütige Rolle des Arbeitgebers spielen soll, und statt neue Arbeiter einzustellen, läßt er seine Kapazitäten durch die Leistungssteigerung der Belegschaft auslasten, die er nun einmal hat. Er steht ganz auf dem Standpunkt des Kapitalisten, dem Marx das Wort erteilt: "Man denke nur! Ein Kapital, das 100 000 Pfd. Sterling gekostet hat, auch nur für einen Augenblick .nutzlos' zu machen. Es ist in der Tat himmelschreiend, daß einer unserer Leute überhaupt jemals die Fabrik verläßt." Und wem da einfällt, daß dies eine Sauerei den Arbeitern gegenüber ist, dem macht der Unternehmer *seine* Rechnung auf: je schneller sich das eingesetzte Kapital amortisiert hat, je besser eben die Geschäfte unter Ausnützung der Marktlage gehen, desto geringer ist die Gefahr, daß der Betrieb von der nächsten „Rationalisierungswelle“ erfaßt wird. Und wenn das passiert, sind die Arbeitsplätze aber gefährdet. Womit jenes freundliche und so überzeugende Argument gefallen ist, nach dem der Kapitalist ein *Opfer* der Konkurrenz darstellt, in der er sich bewährt. Nach dem aber auch klar ist, daß die Arbeiter jetzt *und* später für die Kalkulation ihres Arbeitgebers ohne Ansprüche geradezustehen haben.

2. Rationalisierung - kein Problem der Technik

So sehr der durchgeführte Vergleich zwischen Maschinenkosten und Lohnkosten, der Rationalisierung heißt, gerade den betroffenen Arbeitern vor Augen führt, daß sie *nicht von der Maschine* auf die Straße gesetzt oder zu verstärkter Leistung für weniger Lohn verdonnert werden, so wenig will man gerade in Gewerkschaftskreisen auf die Rede von den „*technologisch bedingten Entlassungen*“ verzichten. Man betrachte sich nur einmal die folgende These von der DGB-Humanisierungskonferenz 1974:

"Die Technik darf nicht länger als etwas Unabänderliches betrachtet werden, dem sich der Mensch anzupassen hat."

An dieser These kann man zweierlei bewundern - ihre Blödheit und ihre Konsequenz. Blöd ist sie, weil 1. kein Kapitalist die Technik als etwas *Unabänderliches* ansieht, sondern sich 2.

ihre Beherrschung sehr geschäftstüchtig zunutze macht, indem er ihre Veränderung anordnet; 3. muß sich also nicht *der Mensch* anpassen, sondern *der Arbeiter* dem Kommando seines Arbeitgebers - und 4. liegt nur beim DGB eine falsche Betrachtung der *Technik* vor, weil er sie mit ihrem kapitalistischen Einsatz in der *Rationalisierung* verwechselt.

Konsequent ist die These darin, daß sie über ein Problem von *Mensch und Technik* redet, wo nichts anderes zur Debatte steht als das Verhältnis von *Kapital und Arbeit*. So vermeidet sie jede Kritik am Produktionsverhältnis der schönen Welt des Privateigentums, das den Arbeitern zu schaffen macht. Die Anwendung der Technik ist nämlich eine Frage der Ökonomie, und was es mit der so beliebten Verwechslung des *Grundes* der Rationalisierung mit ihrem *Mittel*, der Technik eben, auf sich hat, ist bereits vor mehr als hundert Jahren von einem der ersten Gewerkschaftsfeinde geklärt worden:

"Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum der 'Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw., erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten beweise haarscharf, daß alle jene handgreiflichen Widersprüche bloßer Schein der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also auch in der Theorie gar nicht vorhanden sind. Er spart sich so alles weitere Kopfzerbrechen und bürdet seinem Gegner obendrein die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst. Keineswegs leugnet der bürgerliche Ökonom, daß dabei auch zeitweilige Unannehmlichkeiten herauskommen; aber wo gäbe es eine Medaille ohne Kehrseite! Eine andere als die kapitalistische Ausnutzung der Maschinerie ist für ihn unmöglich. Ausbeutung des Arbeiters durch die Maschinerie ist ihm also identisch mit Ausbeutung der Maschine durch den Arbeiter. Wer also enthüllt, wie es um die kapitalistische Anwendung der Maschinerie in Wirklichkeit bestellt ist, der will ihre Anwendung überhaupt nicht, der ist ein Gegner des sozialen Fortschritts." (MARX, Das Kapital 1/465)

Damit ist in der Tat alles Nötige gesagt - und es ist sicher keine Frage der mangelhaften Marx-Kenntnis, wenn unsere Gewerkschaften da anderer Meinung sind. Die *"gebrannten Kinder"* der IG DruPa haben in Sachen Rationalisierung die größte Virtuosität entwickelt. So heißt es z.B. in einer EntschlieÙung:

"Sie (die Gewerkschaften) sind dagegen, daß die neue Technik von den Unternehmern ausschließlich zur Profitmaximierung mißbraucht wird."

Die Urheber dieser EntschlieÙung wissen, daß die Profitmaximierung, der Zweck der Kapitalisten, zur Einführung der Bildschirmterminals geführt hat; für die Härten, welche die Belegschaften dabei zu spüren kriegen, möchten sie jedoch den Profit und seine Prinzipien nicht verantwortlich machen, weshalb sie von einem *"Mißbrauch"* sprechen. Offenbar wollen sie auf keinen Fall als Feinde des Kapitals auftreten, so daß sich der Vorwurf gegen die Kapitalisten in Grenzen hält: der *"Mißbrauch"* besteht darin, daß die Profitmaximierung *"ausschließlich"* den Einsatz der neuen Technik bestimmt. Dieses

Wörtchen *"ausschließlich"* verrät, wes Geistes Kind die Ideologen der Druckergewerkschaft sind: der wortstarke Einsatz für ihre Mitglieder besteht in dem Vorwurf an die Kapitalisten, sie würden von dem Interesse an Profitmaximierung, das ihnen keiner streitig machen will, nicht auch ein bißchen Abstand nehmen - von wegen der Rücksicht auf die Arbeiter. Der Luxus an antikapitalistischen Sprüchen, den sich dieser Verein leistet, erschöpft sich in Bekehrungsversuchen gegenüber den Unternehmern, die das Profitmachen als Beruf betreiben: laut angesprochen wird der Wunsch nach einer Rationalisierung *ohne* all das, weswegen sie durchgeführt wird:

"Dem einzelnen Unternehmer genügt es offensichtlich nicht, eine anlage zu kaufen, die das 100fache von 40 Setzmaschinen leistet. Nein, an den wenigen verbleibenden Arbeitsplätzen sollen die Arbeiter auch noch (!) unter akuter gesundheitsgefährdung arbeiten! Mit der Folge, daß diese Menschen mit 50 Frühinvalide sind und nicht mehr arbeiten können. Vernünftig? Nein, das ist menschenverachtend, rückschrittlich, unvernünftig."

Das Problem der *"wenigen verbleibenden Arbeitsplätze"* würde einem Detlef Hensche kaum Kopfzerbrechen bereiten - *diese* Konsequenz der Rationalisierung nimmt er in Kauf, und nicht einmal ohne einen gewissen Respekt vor dem *"Fortschritt"*, den das Kapital da bewerkstelligt. Die zweite Konsequenz: daß die einmal aufgestellten Anlagen auch kräftig ausgenützt werden durch die Leistungssteigerung der *"Verbleibenden"*, mag er nicht leiden. In dieser Konsequenz wittert er Charaktermängel und niedere Machenschaften der Unternehmer, die *nicht* dazugehören. Und diese Albernheit hat Leuten wie Hensche einerseits den Ruf verschafft, radikal zu sein und am Kapitalismus etwas auszusetzen zu haben; andererseits hat die moralische Denunziation der Unternehmer denselben Leuten erspart, je etwas gegen die Rationalisierung zu unternehmen, was im Interesse der von ihnen vertretenen Leute durchaus nötig wäre! Ihre Kritik an den Machenschaften der Kapitalisten ist bestens dafür geeignet, sich den angeprangerten Figuren zu unterwerfen. Es stimmt nämlich, daß die neue Anlage mit ihren schönen Möglichkeiten einem Unternehmer nicht genügt. Er will ihre optimale Ausnutzung - und die geht gegen die Arbeiter. Betrieben wird diese Ausnutzung so lange, wie sie die Geschädigten nicht verhindern!

Die Gewerkschaft hat in dieser Hinsicht wenig im Sinn, was sie nicht erst durch ihre Taten beweist: die Strategie des konjunkturgerechten Verhandeln pflegt sie dadurch vorzubereiten und zu rechtfertigen, daß sie lauter krumme Stellungnahmen zur Rationalisierung in die Welt setzt, in welchen sich das Verständnis für die *"Schwierigkeiten"* der Unternehmer harmonisch mit der matten Klage über die Arbeitslosigkeit verbindet:

"Kurz und konkret heißt dies, daß aufgrund einschneidender Veränderungen in der Struktur unserer Wirtschaft die Unternehmer immer mehr menschliche Arbeitskraft durch den Einsatz von mehr Kapital in Form von Automaten und Computern ersetzen, mit dem Ziel, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren."

Wo der *"Referentenleitfaden des DGB 1978/79"* die Gewerkschafter dazu anhält, von einschneidenden *"Strukturveränderungen"* zu faseln, handelt es sich ganz einfach um die *durchgeführten* Rationalisierungen, die in ganzen Branchen den Produktionsablauf und den Arbeitsmarkt auf Kosten der Arbeiter verändern. Die gar nicht *"konkrete"*, sondern falsche Ausdrucksweise gestattet es jedoch, die anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen als *"Reaktion"* der Kapitalisten auf Prozesse hinzustellen, für die sie nichts können. Darüber hinaus wird hier die Verharmlosung der Rationalisierung zum *"technischen Problem"* solide fortgeführt: die Unternehmer vergleichen nicht die *Kosten*, die ihnen Maschinen und Menschenkraft verursachen, sondern die *Leistung* von Arbeitern und Apparaten, so daß schließlich der *Ersatz* menschlicher Arbeitskraft zum Ziel der Rationalisierung erklärt wird. Und das ist trotz Entlassungen falsch.

Ebensowenig wie Rationalisierungen das sind, was die Sprecher von Staat und Wirtschaft der Menschheit weismachen - sie betonen stets, daß auf diese Weise Arbeitsplätze *erhalten* und *geschaffen* werden -, ebensowenig steht Rationalisierung im Gegensatz zur Ausweitung in der Produktion. Keinem Industriellen liegt daran, mit neuen technischen Mitteln mehr produzieren zu lassen, solange er kein Geschäft damit macht: es gibt nämlich auch Kurzarbeit und Entlassungen, in Krisenzeiten zumal, die bezeugen, daß es nur unter gewissen Umständen darauf ankommt, *"mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren"*. Und andererseits weitert jeder Unternehmer auch die rationalisierte Fertigung fröhlich aus - kauft noch mehr Maschinen und stellt zusätzliche Arbeitskräfte ein -, wenn die Marktbedingungen ihm gestatten, seinen Warenhaufen loszuschlagen. Die Umkehrung des Mists, den die Unternehmer erzählen, ergibt keineswegs eine Richtigstellung, sondern neuen Mist. Auf den scheinen die Gewerkschaftsideologen scharf zu sein: daraus, daß Rationalisierungen zur Einsparung von Lohnkosten vorgenommen werden, geht für einen gestandenen Bildungsreferenten gleich die Lüge hervor, *Maschinen* würden *Arbeiter "ersetzen"*. So genau nämlich ein Unternehmer in seiner *Kalkulation* die *Auslagen* für Mensch und Maschine vergleicht, so albern ist die Vorstellung, er ließe deshalb den Arbeiter mit einer Maschine um die Wette arbeiten, um dann zu entscheiden, wem er aufgrund der bewiesenen *Leistung* den Vorzug gibt!

Kapitalisten wissen da besser bescheid; ihre Rechnung mit den Lohnstückkosten schließt von vornherein ein, daß sich die Neuinvestition *lohnt* - und zwar dadurch, daß sie das Leistungsvermögen der Arbeiter gesteigert in Anspruch nehmen, ohne dafür zu bezahlen. Nicht selten buchen sie die gesteigerten Produktionsziffern auf das Konto der *"neuen Technik"*, welche schließlich von den Unternehmern eingeführt wird. Sie machen für ihre *"Mitarbeiter"* geradezu eine *Verpflichtung* daraus, daß sie die technischen Mittel für die Produktivität ihrer Arbeit nicht zur *Erleichterung* ihres Aufenthalts in der Fabrik *"mißbrauchen"*. Was sie so sicher auftreten läßt, ist die Gewißheit, daß sich mit Hilfe der Technik an der *Leistung* des *"Faktors Arbeit"* ganz schön drehen läßt. Auch diese Tatsache sieht im Lichte der gewerkschaftlichen Betrachtungsweise etwas anders aus: die IG Metall will entdeckt haben, daß Unternehmer weniger auf die rücksichtslose Ausnutzung von Arbeitskräften aus sind, als darauf, sie *loszuwerden*. Warum? Weil der Mensch im Vergleich zur Maschine nur Schwierigkeiten macht; er stört!

"Blickt man aber ein bißchen genauer dahinter, wird klar, warum Rationalisierung aus Unternehmersicht den hohen Stellenwert hat: Eine Fabrik oder eine Verwaltung, in der bei

steigender Produktion immer weniger Menschen eingesetzt werden müssen, wird für den Unternehmer in gewisser Weise 'problemloser'. Maschinen klagen nicht und fordern nicht. Der Unternehmer verfügt so frei über sie wie (?) über sein Kapital. Menschen dagegen sind doch sehr viel schwieriger zu 'handhaben'."

Ausgerechnet bei der Rationalisierung, deren Vorzüge für das Geschäft des Kapitalisten auf der konsequenten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft *mit Hilfe* der Maschinerie beruhen, will die IG Metall festgestellt haben, daß sich Unternehmer mit Vorliebe ihres Ausbeutungsmaterials, des "*Menschen*" *entledigen*! Der Schmarrn, es ginge darum, die aufsässigen Arbeiter *loszuwerden*, nimmt sich allerdings recht lächerlich aus angesichts der Bereitschaft der westdeutschen Gewerkschaften, *nichts* gegen die Rationalisierung zu unternehmen (weil "*wir sind ja keine Maschinenstürmer*"), andererseits über die *Folgen* der Rationalisierung bei staatlichen Stellen zu *klagen*, weil eine Million Arbeitslose vielleicht ein "*Problem*" für "*unsere Wirtschaft*" werden und zu viel kosten!

Immerhin erklärt sich aus der Art und Weise, wie unsere Gewerkschaftsführer "*genauer dahinter*" blicken, die Praxis der "*konjunkturgerechten Lohnforderungen*" in den Tarifrunden!

Kündigen die Unternehmer großangelegte *Rationalisierungsmaßnahmen* an, um ihr Geschäft dem Aufschwung entgegenzuführen, so erwidert ihnen diese Gewerkschaft mit einem kräftigen "*Ja, gegen die Einführung neuer Technik waren wir noch nie, aber auf Kosten der Arbeiter und ausschließlich für den Profit soll es nicht sein!*" Bereiten die Unternehmer die Rationalisierung vor und setzen eine Million Leute vor die Tore, so reagiert die Gewerkschaft mit einem erneuten Bekenntnis zur Wirtschaft und ihrem Aufschwung, warnt noch einmal vor Maschinenstürmerei und hält sich vor lauter Solidarität in den Tarifrunden zurück. Aus den Arbeitslosen wird für sie ein Anlaß, die Wirtschaft "*konjunkturgerecht*" vor Lohnerhöhungen zu bewahren, selbstverständlich nicht ohne die bittende Klage, bei Gelegenheit das zu erwartende Wachstum auch wieder den Beschäftigten und Unbeschäftigten zugutekommen zu lassen. Ist die Rationalisierung in vollem Gange und die Unternehmer warnen vor jeder Gefährdung des Aufschwungs, den die Arbeiter recht unangenehm zu spüren kriegen, so zettelt die Gewerkschaft ihre Rationalisierungs- & Humanisierungsdiskussion an, in der sie beständig beteuert, daß sie nichts gegen Rationalisierung tun will, aber in der Bewältigung der Folgen für die Arbeiter mitreden möchte. Das Recht auf Mitbestimmung leitet sie dabei in aller Offenheit aus der "*Vernunft*" ab, die sie schon immer unter Beweis gestellt habe - und für die ihre Mitglieder bezahlen müssen. Und wenn die Unternehmer das gewerkschaftliche Ansinnen in der Gewißheit ihres Erfolges zurückweisen, vor das Verfassungsgericht marschieren und die Grenzen gewerkschaftlicher Einmischung in ihre Geschäfte festsetzen lassen, so sind die Mannen vom DGB sauer und hetzen die Arbeiter in Streiks für die Anerkennung der Gewerkschaft, bei denen weder für die Beschäftigten noch für die Arbeitslosen etwas herauspringt. Währenddessen nimmt die *Rationalisierung* munter ihren Lauf, und die Gewerkschaft bespricht im Angesicht der Opfer lauthals die *Humanisierung der Arbeit* sowie das von ihr erfundene Problem von Mensch und Maschine, das viel wichtiger sei als

der Lohn ...

3. Die "Schwierigkeiten" des Rationalisierens

Weil Rationalisierung kein Problem der Technik ist, sondern eine Frage des berechnenden Umgangs mit Kapital und Arbeitskraft, sind die Schritte ihrer Durchführung auch völlig von den kalkulatorischen Zielen der Unternehmen her bestimmt.

So wird eine neue Maschine bzw. ein neues Herstellungsverfahren nicht einfach eingeführt, weil es auf dem Markt angeboten wird, also wenn es etwas Neues gibt. *Billig genug* muß die „neue Technik“ sein im Verhältnis der mit ihr einzusparenden Lohnkosten! Von diesem Gesichtspunkt aus interessiert sich selbst ein Kapitalist für das *Funktionieren* des modernen Geräts, wobei er allerdings nicht zum Techniker zu werden braucht: er läßt die von ihm bezahlten Techniker eben die *"Ausgereiftheit"* des neuen Verfahrens prüfen, weil ihm Produktionsausfälle seine Rechnung versauen. So sehr er darauf erpicht ist, möglichst *vor* der Konkurrenz die höhere Arbeitsproduktivität zur Senkung seiner Produktionskosten auszunützen, so vorsichtig verhält er sich bei seinen *"Pionierleistungen"* - das Risiko eines zeitweiligen Produktionsstillstands will er nicht eingehen. Dieses Risiko ist für ihn eine quälende Last, und ein Unternehmer pflegt so etwas nicht auf sich sitzen zu lassen, wenn er seinem Berufsethos gemäß die Früchte des *"technischen Fortschritts"* einstreicht: vom Staat läßt er sich Zuschüsse zu seinen Rationalisierungsinvestitionen verabreichen, seinen Arbeitern rechnet er Störungen auf den Lohn an, und *"die Gesellschaft"* kriegt seine Abneigung vor Risiken am Preis des Produkts zu spüren.

Neben den Kosten der neuen Gerätschaften im Verhältnis zu den einzusparenden Lohnkosten ist dem Unternehmer auch die *Art und Menge* der Produkte eine genaue Überlegung wert. Die neue Technik, mit der in der gleichen Zeit ein Vielfaches ausgestoßen wird von dem, was die alte Fertigung hergab, muß mit ihrem Produktionsumfang auch *ausnutzbar* sein. Die zahlungsfähige Nachfrage muß absehbar einen Umfang erreichen, der ihm einen flotten Umsatz garantiert - ein Kapitalist weiß sehr genau, daß sich mitten in der Krise eine Rationalisierung nicht lohnt. Erst wenn die Aufträge wieder steigen, in anderen Branchen sich das Geschäft wieder belebt und die Banken samt Staat wieder billige Kredite vergeben, ist die hohe Zeit des Rationalisierens gekommen. Für den Fall, daß er sich im Zeitpunkt seiner Umstellung etwas vertan hat, hat er deswegen auch Mittel und Wege parat, sein Risiko zu mindern: die ärgerliche Tatsache, daß die frisch geschaffenen Kapazitäten nicht ausgenutzt werden können, bewältigt er durch den Einschub einer Kurzarbeitsphase, wobei sich ein weiteres Mal der Staat nicht lumpen läßt. Zur Zahlung *existenznotwendiger* Löhne greift er dem Unternehmen unter die Arme, so daß ausnahmsweise auch aus dem *Verzicht* auf einige Stunden Arbeit ein probates Mittel für das riskante Geschäft wird.

Die *finanziellen* Mittel für die kostspieligen Neuanschaffungen erwirbt sich ein Unternehmer aus der Quelle, die ihm in einer freien Marktwirtschaft ja niemand streitig macht: die *Gewinne*, welche sein Vermögen abwirft, weil andere an seiner Vermehrung arbeiten, sind allerdings umso ansehnlicher, je besser er seinen alten Maschinenpark ausnützt. So nimmt es nicht wunder, daß gerade in Betrieben, in denen eine Rationalisierung

ansteht, mit der *Abschreibung* der einmal angelegten Kosten für die Produktionsmittel ihre *Ausnutzung* noch lange nicht beendet ist: die Kasse läßt sich prima aufbessern durch innerbetriebliche Sondereinsätze, in denen die Arbeiter zusätzliche Mittel für die geplanten Umstellungen erarbeiten. Intensivierung und Ausdehnung der Arbeit mittels Überstunden und Sonderschichten, auch kleine Schiebereien in der Organisation des Urlaubs stehen auf der Tagesordnung - angeordnet mit der im ganzen Betrieb ausgestreuten Drohung, Rationalisierungen stünden *noch nicht* an, seien aber unausweichlich, wenn die Belegschaft Schwierigkeiten machen sollte ...

Die Lüge solcher gezielten Gerüchte besteht darin, daß die Entscheidung über die Rationalisierung als eine ausgegeben wird, die vom Wohlverhalten der Arbeiter abhängt. Richtig an ihnen ist allerdings, daß dem Kapitalisten das veränderte Verhältnis von Lohn und Leistung die Durchführung der Rationalisierung erleichtert. Die gesteigerten Leistungen der Belegschaft erlauben ihm, die ihm genehmen Konsequenzen zu ziehen: er entläßt die ersten Leute, weil die übrigen den Beweis angetreten haben, daß es auch weniger schaffen; häufig braucht er nur gelassen Kündigungen von "*Mitarbeitern*" in Empfang zu nehmen, die es nicht mehr aushalten, und auf ihren Einsatz zu verzichten - zur Not stellt er ein paar leicht kündbare Hilfskräfte ein. Die Belegschaft wird reduziert; unauffällig, nach und nach verschwinden Leute - und der Betrieb kann sich rühmen, daß er das *Gespens* der Massenentlassung gebannt hat. Die fortwährend praktizierte Aufteilung der "*Masse*" in kleine Portionen macht im übrigen ganz nebenbei deutlich, daß die öffentliche Beschwörung von "*Massenentlassungen*" nichts mit den Sorgen von entlassenen Arbeitern zu tun hat: sie verdankt sich der Befürchtung, daß mit der plötzlichen Auffüllung des Arbeitsmarktes "*soziale Probleme*" entstehen, die einem sozialstaatlich, auf den sozialen Frieden hin "*Denkenden*" gar nicht schmecken. So macht unser Staat den Unternehmern bei einer größeren Anzahl von Rausschmissen gewisse Auflagen, während gleichzeitig Politiker aller Couleur die Arbeitslosen als "arbeitsscheu" beschimpfen, wenn sie nicht unter *allen* Bedingungen neue Arbeit annehmen und tatsächlich auch einmal ein paar Mark von der Versicherung erhalten, die sie ein Leben lang bezahlen.

Durch dieses Vorgehen fließt dem Kapitalisten sein früher ausgelegtes Kapital zügig zurück und bringt noch einigen Gewinn mit, der für Neuanlagen zur Verfügung steht. Doch nicht nur finanziell hat sich der Betrieb für die Rationalisierung flott gemacht. Wenn das Aufstellen der neuen Anlagen fällig ist, so kommt ein Prozeß zu seinem *Abschluß*, in dem der Vergleich zwischen Auslagen für Sachkapital und Lohnkosten - um den es bei der Rationalisierung geht - bereits durchgezogen worden ist. Mit der Steigerung der Arbeitsleistung ist noch während des Gebrauchs der alten Produktionsmittel ernst gemacht worden, ebenso wie mit der Reduktion der Belegschaft. Dies war dem Unternehmer unter den alten Bedingungen einige Zuschläge für Überstunden etc. wert, zumal ihm die an höhere Leistungen gewöhnte Belegschaft die beste Gewähr dafür bietet, daß die mit den neuen Herstellungsverfahren Einzug haltenden Leistungsgebote nicht zu häßlichen Szenen führen.

Durch die innerbetriebliche Vorbereitung auf Kosten manchen Arbeitsplatzes und einiger freien Stunden bei den Arbeitern hat sich der Kapitalist auch noch bei seinen Geschäftspartnern *Vertrauen* erworben: sein "*Management*" ist in Ordnung, hat auf dem Markt noch vor der Umstellung Erfolge erzielt - und solch ein Betrieb kriegt auch den

nötigen Kredit. Insbesondere dann, wenn ein Unternehmen aufgrund seiner Größe in der Lage ist, mit besseren Angeboten auf dem Markt die Konkurrenz konkurrenzunfähig zu machen, wirkt es nicht nur auf die Kreditgeber vertrauensenerweckend, weil diese ihr Geld natürlich sicher und gewinnträchtig anlegen wollen. Auch die *"Kooperationsbereitschaft"* kleinerer und nicht aus eigener Kraft rationalisierungsfähiger Unternehmen wächst enorm. Da findet so mancher Zusammenschluß statt, der aus doppelten Abteilungen einfache macht. Und wo die Kleinen und Nachzügler in Sachen Produktivitätssteigerung für sich versuchen, mit der alten Produktionsweise über die Runden zu kommen, bleiben ihnen nur *"Geschäfte am Rande des großen Geschäfts"*, und ihre kleinen vollziehen sie mit Hilfe des „Abfalls“ der Rationalisierung, die ihre Branche ergriffen hat - wobei die Erpressung ihrer Belegschaft mit dem *"Zwang zur Konkurrenz"* Formen annimmt, die den alten Fachkräften für die Illusion, es käme noch auf *ihre* ganz spezielle Qualifikation an, einen hohen Preis abverlangt. So räumt die Rationalisierung in der ganzen Branche auf, und die Beschäftigten müssen den *"Fortschritt"* ausbaden, sei es in einem Betrieb, der rationalisiert, sei es in einem, der auf der Strecke bleibt und dessen Eigentümer sich zur Tröstung seines armseligen Lebensabends nach Ibiza zurückzieht!

Diejenigen Betriebe, die sich mit der Vorbereitung der Rationalisierung im eigenen Hause zugleich auf dem Markt durchsetzen, sich also das Auftragsvolumen sichern, das die *"neue Technik"* lohnend macht, sehen sich nur noch einer Aufgabe gegenüber, die ihnen Kopfzerbrechen bereitet. Aber auch für die *Übergangsphase* der eigentlichen Umstellung steht ihnen in ihrer Belegschaft *das Mittel* zur Verfügung, um mit den betriebswirtschaftlichen *"Schwierigkeiten"* fertigzuwerden. Diese Schwierigkeiten bestehen ganz einfach darin, daß das Abbauen der alten und das Aufstellen der neuen Anlagen einen Abzug von der produktiven Nutzung des Kapitals darstellt. Ein Unternehmer unternimmt daher alles, um ein Durcheinander in der Organisation der Arbeit zu vermeiden und gar nicht erst Produktionsausfälle auftreten zu lassen. Er mutet seinen Arbeitern einiges zu, wenn ihnen die Installateure der neuen Anlagen auf den Füßen stehen, wenn sie sich in die neue Fertigung einarbeiten und zugleich mit Hilfe der alten Arbeitsweise den Ausstoß sichern müssen, wenn irgend etwas nicht klappt. Ohne laufende Doppelbelastung geht es einfach nicht ab, auch wenn in dieser Phase wieder einmal Hilfskräfte und auf dem Arbeitsmarkt leicht zu kriegende Fachkräfte dosiert angeworben werden. Eine zusätzliche Schicht erweist sich auch als recht nützlich, zumal sich die nach dem Abschluß der Umstellungen gut beibehalten läßt. Bei alledem zeigt sich das Unternehmen ein letztes Mal erkenntlich gegenüber der *Qualifikation* der Facharbeiter, die sich während der Umrüstung einbilden können, ohne sie ginge es doch nicht: so vollziehen viele von ihnen als Werkzeugmacher, Setzer etc. ihren abschließenden Dienst am alten Arbeitsplatz und in der alten Lohngruppe.

Sobald nämlich die Fertigung nach dem neuen Verfahren klappt, sind die Fertigkeiten so manchen altgedienten Mitarbeiters, und in vielen Fällen er selbst, ziemlich überflüssig. Der Arbeitsmarkt erhält einige Zufuhr an Unbeschäftigten, die dann von Gott und der Welt als *"Problem der Arbeitslosigkeit"* besprochen werden und sich lebhafter Beschimpfungen kaum erwehren können. Weil der Staat ihre diversen Beiträge zur Versicherung für den Ernstfall lieber anderweitig verwendet, verfährt er recht sparsam bei der Auszahlung von

Arbeitslosenunterstützung, setzt neue Richtlinien über zumutbare Dienste am Kapital fest und das Gerücht in die Welt, daß wohl die Arbeitsscheu für die Arbeitslosenziffern verantwortlich sei. Der DGB behauptet dagegen, daß 1. nur ein Teil der Betroffenen selbst schuld sei und 2. unbedingt von staatlicher Seite etwas gegen die Arbeitslosigkeit getan werden müsse. Dazu bringt er seine Wirtschaftsexperten auf Trab, und die erfinden Geschichten über das "Problem Nr. I", in denen die Kapitalisten überhaupt nicht vorkommen mit ihren Rationalisierungsgeschäften. Dafür aber werden die Proleten zum Opfer von zwei Gespenstern, nämlich der *Konjunktur* und der *Struktur*:

"Zweifellos läßt sich ein Teil dieser Arbeitslosigkeit durch die Verbesserung der konjunkturellen Situation abbauen. Deshalb begrüßen wir die konjunkturpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung (die natürlich seit 3-5 Jahren keinen anderen Zweck als den Abbau der Arbeitslosigkeit verfolgen). Aber allein durch die Konjunkturpolitik ist die alte Vollbeschäftigungssituation nicht wieder zu erreichen. Wir müssen (!) mit struktureller Arbeitslosigkeit rechnen (!). Und nur strukturpolitische Konzepte helfen uns hier, die Gefahren zu bannen."

Mit erfreulicher Offenheit gibt hier der Vorsitzende der größten Gewerkschaft der Welt zu Protokoll, wie sein Verein das Umspringen der Kapitalisten mit den Arbeitsleuten beurteilt. Loderer hat Verständnis dafür, wenn die Unternehmer das Auf und Ab ihres Geschäfts so regeln, daß sie einer stattlichen Anzahl von Arbeitskräften ihren Lebensunterhalt streitig machen: sie können ja nichts dafür, daß es *Konjunkturen* gibt in der Welt; wer möchte ihnen da den rauhen Umgang mit denen zum Vorwurf machen, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen! Und wenn das Kapital in ganzen Branchen seinen Aufschwung und seine Konkurrenzfähigkeit durch den Rausschmiß von Tausenden bewerkstelligt, dann spricht der flotte Eugen von einer *Strukturkrise* und verlangt vom Staat konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen! Sollte ihm tatsächlich entgangen sein, daß der Staat für die übliche Manier der Kapitalisten, mit den Schwierigkeiten ihres Geschäfts fertig zu werden, einiges springen läßt? Die Stellungnahmen der IG Metall und des DGB deuten nicht darauf hin, daß sich gewerkschaftliche Konjunkturverbesserer über irgend etwas *täuschen* - sie akzeptieren das, was in den Betrieben gespielt wird, als eine *Notwendigkeit*, für die kein Unternehmer nichts kann, und gefallen sich mit politischen Alternativvorschlägen in Sachen "*Stabilisierung der Wirtschaft*". Schöner kann man seine Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern, welche die recht stabile deutsche Wirtschaft den Arbeitern aufhalst, nicht mehr ausdrücken, als durch die staatsmännisch vorgetragene Sorge um den Gang der Konjunktur. Denn *der* ist es, der für einen Gewerkschafter von heute das "*Arbeitslosenproblem*" so schwierig macht:

"Es ist noch gar nicht so lange her, daß man die Gefahr langanhaltender Arbeitslosigkeit ein für allemal für gebannt hielt. Wir wissen heute: Das war ein Irrtum."

Es ist schon eine Frechheit, wie die Phase des „Wirtschaftswunders“ mit ihren für die Lohnabhängigen gar nicht rosigen Bescherungen - ganze Branchen in der Textilindustrie, im Kohlebergbau hatten da „schlechte Konjunktur“ und vollzogen "strukturelle Krisen", daß es nur so krachte - als bessere Zeit hingestellt wird! Bei solchen rabiaten Sprüchen denkt

aber ein Loderer nicht an seine Mitglieder, sondern an das problemlose Gedeihen der Wirtschaft, die sich damals wie heute auf Kosten der Arbeiter sanierte :

"Der oft verharmloste Konjunkturunbruch der Jahre 1966/67, der (der war es also !) alles in allem rund eine Million Arbeitsplätze stilllegte, war ein Vorläufer der viel gefährlicheren Strukturkrise von heute."

Davon, wie die Million aus den Betrieben hinausmanövriert wurde, sagt ein Loderer ebensowenig wie darüber, was die restlichen Proleten, die ihren "Besitzstand", einen Arbeitsplatz, wahren durften, täglich auf sich nehmen müssen. Er beklagt sich nämlich nicht über die diversen Sorten von *Ausbeutung*, sondern über ihre mangelhafte politische Steuerung, für die er konstruktive *Gegenvorschläge* mit der ganzen Wucht der gewerkschaftlichen Organisation vorbringt. Auf *diesem* Gebiet will die Gewerkschaft - anders als vor Ort, wo die Rationalisierung ihren Gang geht - nicht *passiv* bleiben. Denn, so meint Loderer gar nicht ironisch:

"Passivität in dieser Frage verletzt fundamental die Arbeitnehmerinteressen. "

Der Mann der Gewerkschaft nimmt die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital zum Anlaß, daß man für die Abhängigen nur noch eines tun kann: sich um das konjunkturelle und strukturelle Wohlbefinden der Wirtschaft kümmern, denn allein von ihr kann auch Segen für die von ihr Abhängigen kommen! Wahrlich ein schwerer Schlag gegen die tüchtigen Rationalisierer in den Chefetagen der deutschen Industrie!

4. Die "Technik" der Rationalisierung: Die Erpressung der Lohnabhängigen

Die offensichtlichste Härte der Rationalisierung - Leute, die von ihrem Dienst am Kapital leben müssen, werden außer Brot gesetzt - muß für eine Ideologie herhalten, die den Zweck und Verlauf der Rationalisierung auf den Kopf stellt. Ihre Kurzfassung lautet: *"Der Einsatz neuer Techniken ersetzt Arbeit, und dies in einem Maße, daß nicht mehr genug da ist für die, die von ihr leben."*

Ungerührt von den eindeutigen Stellungnahmen der verantwortlichen Leute in Sachen Arbeitszeitverkürzung ("unmöglich, wirtschaftlich nicht zu verkraften und technisch gar nicht durchzuführen"), ungerührt auch von der lauthals in die Welt gesetzten Befürchtung, die tatsächlich Arbeitenden und Versicherungszahler (Renten !) würden nicht genug Nachwuchs hervorbringen ("Sterben die Deutschen aus?"), unbeeindruckt auch von den Leistungen, die den "Arbeitsplatzbesitzern" jeden Tag abgenötigt werden und die das Modell Deutschland so stark machen, wie es ist - ohne Rücksicht also auf die Tatsache, daß *immer mehr* gearbeitet wird in diesem Land, wird so getan, als wäre ausgerechnet die Rationalisierung mitsamt ihren Opfern der Beleg dafür, daß die Mühsal *geringer* wird, die der Großteil der Menschheit zu erledigen hat.

Daß immer mehr gearbeitet wird, kann jedermann auch ohne jegliche Befassung mit der Rationalisierung merken, wenn er nur will: dem täglichen Fernsehprogramm läßt sich entnehmen, welch ungeheure Masse an Reichtum für- Werbung, Bundeskanzlerfeste, politische Propaganda gelehrter Art sowie Schlagerflittchen und Militär zur Verfügung steht - und dieser Überfluß, ausschließlich zur Aufrechterhaltung der schönen Welt des Privateigentums verwendet, will eben *erarbeitet* sein. Wie die Rationalisierung nur dem *einen* Zweck dient, eben dem der Vermehrung der Arbeit, entgeht allerdings denen, die an den Arbeitslosen nicht ihre Not, sondern ein Versäumnis entdecken: die meinen, daß hier ein vorhandenes Reservoir an Arbeitskraft *nicht* volkswirtschaftlich *genutzt* wird. Diesen Zeitgenossen - ob rechts- oder links- volkswirtschaftlich inspiriert - fällt an den Mitteln des Kapitals, möglichst *viel*, aber *billig* arbeiten zu lassen, nur noch eines auf: daß noch mehr dienstbare Hände zur Verfügung stünden als die, welche genutzt werden. Dabei übersehen sie in ihrem Eifer, daß die Unternehmer, denen es nicht nur um viel Arbeit geht, sondern um viel *kostensparende* Arbeit, auch aus den Arbeitslosen manchen Nutzen ziehen. Sie bemerken nicht einmal, daß die Rationalisierung ein großangelegtes Manöver darstellt, die von der Verrichtung der Lohnarbeit Abhängigen zu *erpressen*: ihnen beizubringen, daß sie in ihrer Abhängigkeit von den *Arbeitgebern* nur zurechtkommen, wenn sie sich deren Ansprüchen auch beugen und zur Leistung auch und gerade dann bereit sind, wenn sich der Lohn nicht an ihr bemißt. Der Zwang zur Unterwerfung unter die Leistungsgebote des Kapitals ohne Anspruch auf "humane Behandlung" oder anderen Lohn macht die Technik der Rationalisierung in all ihren Verlaufsformen aus - und ihr Erfolg besteht wie bei jeder Erpressung darin, daß sich die Opfer für die Ziele dessen, der Macht über sie hat, hergeben.

Der Druck, der hier wie bei jeder Erpressung notwendig ist, besteht in der Mitteilung einer unangenehmen Konsequenz, welche fällig wird, sobald gewissen Bedingungen nicht entsprochen wird. Diese Mitteilung erfolgt in einem modernen Betrieb, in dem sowieso nicht viel gesprochen und geschrieben wird, nicht in Worten, sondern durch Taten. Da werden für jeden merklich Zeitverträge nicht verlängert, ein Einstellungsstop erlassen, so daß die Belegschaft merkt, daß sie die Folgen dieser "natürlichen Fluktuation", eben gewisse Arbeiten miterledigen muß. Am schwarzen Brett oder in der Betriebszeitung erscheint eine Notiz, daß "*entgegen anderslautenden Gerüchten (die es gar nicht gab) kurzfristig keine Rationalisierungen geplant seien*". Oder umgekehrt: "*Der Betrieb wird angesichts der angespannten Geschäftslage um gewisse Rationalisierungsmaßnahmen nicht herumkommen, dennoch sind zur Vermeidung von Härtefällen Entlassungen nicht vorgesehen.*" Dergleichen wirkt Wunder, weil da nämlich nicht - wie ganz clevere Kritiker des Betriebsrates meinen - Informationen vorenthalten werden, sondern alles Nötige gesagt wird. Keinem wird verschwiegen, daß der Betrieb auf die Leistung jedes einzelnen gesteigerten Wert legt; jeder bekommt mit, daß man auf den Unterschied zwischen brauchbaren und überflüssigen Mitarbeitern scharf ist, weil rationalisiert werden wird. Und wenn es auch bei keinem einzigen Arbeiter größere Überlegungen zum "Problem Arbeitslosigkeit" hervorruft - eine gewisse Dienstbeflissenheit ruft dieses Verfahren allemal hervor. Man ist sich im Klaren darüber, daß mancher seine Stellung ganz verliert, andere eine schlechtere Arbeit mit weniger Lohn in Kauf nehmen müssen, und keiner will sich dem Verdacht aussetzen, daß er ein Kandidat für solche Vorhaben sei. Die Firma hat es also mit denkbar einfachen Mitteln geschafft, ihre Auseinandersetzung mit der Belegschaft zu einem Problem der *Arbeiter untereinander* zu machen. Da will dann mancher

aus seiner Not eine Tugend machen und dem Meister beweisen, daß er auf alle Fälle brauchbar ist. Zu einem Zeitpunkt, da die Betriebsleitung ankündigt, daß ihr die Belegschaft zu teuer ist, will ihr jeder beweisen, wie gut man mit ihm fährt. Verrückt? Keineswegs, sondern die banale Konsequenz von Leuten, die wissen, daß ein Vergleich zwischen ihnen angestellt wird, ob sie wollen oder nicht, und *deswegen* den Vergleich in ihrem eigenen Interesse betreiben. Wie anders soll man als Arbeitsmann seine Brauchbarkeit unter Beweis stellen als im Kontrast gegenüber dem Kollegen, wenn ohnehin klar ist, daß nicht mehr *jeder* gebraucht wird? Der Haken bei der ganzen Anstrengung - daß für den extra Einsatz kein Pfennig mehr gezahlt wird - zählt da nicht viel. Zu *gewinnen* gibt's ja nichts, wo es um die Vermeidung von *Verlusten* geht. Im Messen mit dem von der gleichen Drohung angesprochenen Kollegen (der auch gewerkschaftlich, sehr solidarisch organisiert ist !) liegt nun einmal die Chance, und wenn das Auge des Meisters die Güte der eigenen Arbeit begutachtet, so mag auch einmal der Hinweis auf die Schwächen anderer dienlich sein, um klarzustellen, daß bei aller Selbstkritik die eigene Leistung die schlechteste nicht ist. Außerdem ist man sich für keine Arbeit zu schade, nichts wird mehr als Zumutung empfunden, und eine halbe Stunde länger dageblieben wird auch einmal: in Betrieben mit persönlichem Bewertungssystem ist dies Verfahren ohnehin üblich.

Das Gelingen der ganzen Veranstaltung beruht also auf einer bitteren Notwendigkeit, der die Arbeiter gehorchen: davon, daß ihre Leistung für brauchbar gehalten und deswegen auch *bezahlt* wird, hängt ihre Existenz ab. Über ein anderes Mittel verfügen sie nicht, weshalb sie den Kampf um ihren Lohn eben mit ihrer *Arbeit* führen. Die Konkurrenz, die sie dabei austragen, kennt allerdings im Unterschied zu sportlicheren Wettbewerben keinen Sieger, sondern nur einen Nutznießer - und der ist nicht unter den Arbeitern zu finden. Denn die Steigerung ihrer Leistung, mit der jeder seine Brauchbarkeit unter Beweis stellen will, ist genau das, worauf das Unternehmen scharf ist. Mit Zufriedenheit nimmt die Betriebsleitung zur Kenntnis, daß dieselbe Arbeit, die früher mit der Bezahlung von drei Mann verbunden war, nun von zweien erledigt wird; welche zwei sich im glücklichen Besitz eines Arbeitsplatzes behaupten, ist Gegenstand einer recht einfachen Entscheidung des Meisters - wenn nicht die in Gang gekommene Hetze den einen oder anderen Mitarbeiter "von selbst" veranlaßt zu gehen, was der Firma ganz nebenbei noch ein paar soziale Verpflichtungen vom Hals schafft.

Die Genugtuung, die all diejenigen an den Tag legen, welche vom Unternehmen weiterhin als tatkräftige Mitarbeiter "beschäftigt" werden, ist mit einem *Erfolg* kaum zu verwechseln. Die Gnade, daß man zur Stammbeflegschaft weiterhin zählt, läßt Freude nur aufkommen, wenn man sich die schlimmere Konsequenz vor Augen hält, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes eingetreten wäre. Es ist nämlich kaum zu übersehen, daß der erhaltene Arbeitsplatz nicht mehr derselbe ist wie früher, und das noch *vor* jeder Umstellung oder offiziellen Abgruppierung: das Verhältnis von Lohn und Leistung *ist* verändert.

Verrückt ist die Reaktion der Arbeiter auf die eindeutigen Absichten der Kapitalisten also schon: die Abwehr der ruinösen Arbeitsbedingungen ebenso wie der Entlassungen ausgerechnet durch *Mehrarbeit* vollführen zu wollen, garantiert dem rationalisierungsbeflissenen Unternehmer die Mehrarbeit, die Einsparung von Lohnkosten

und die beabsichtigte Reduktion der Belegschaft - den Arbeitern gewährleistet sie die harte Auslese zwischen Arbeitslosen und Arbeitsplatzbesitzern, wobei letztere sich durch gesundheitszerstörende Leistungen auszeichnen können.

Noch verrückter allerdings ist die gesamtgesellschaftliche Begleitmusik, die vor allem von den Gewerkschaften höchst offiziell beige-steuert wird. Die an die Ouvertüre der Erpressung in den Fabriken sich anschließende Umstellung, Dequalifizierung und Abgruppierung erfreut sich des gar nicht lustigen Kommentars derer, die "keine Maschinenstürmer" sein wollen: Solidarität der Arbeiter, auch und insbesondere mit den Arbeitslosen, Humanisierung der Arbeit, Einstieg in die 35-Stundenwoche und Aufschub der Arbeitszeitverkürzung usw. usw.

Im Betrieb geht die Rationalisierung von der Vorbereitungsphase zur tatsächlichen Umstellung über: die glücklichen „Arbeitsplatzbesitzer“ haben sich den neuen Arbeitsbedingungen zu fügen, weil die *Arbeitsverweigerung* als ein Mittel, den Unternehmern Bedingungen zu diktieren, unter denen man arbeitet, gar nicht erst in Betracht gezogen wird (wozu heutzutage Streiks inszeniert werden, steht in Teil IV!). Da findet sich dann mancher in einer neuen Lohngruppe, andere betreiben ihre Umschulung auf eigene Kosten an Zeit und Geld - und das allgemeine Gesetz der Erpressung bleibt in Kraft: Nachgeben setzt sie fort!

Die gelungenste Form, in der die Mehrarbeit zum Hebel der Rationalisierung wird, stellt zweifelsohne der *Akkordlohn* dar. Auch wenn niemand an das Gerücht glaubt, daß der Akkordlohn etwas ungeheuer Gerechtes ist, weil sich da die Bezahlung an der Leistung bemißt - wer im Akkord arbeitet, muß sich praktisch an dem Versprechen orientieren, das ihm da präsentiert wird: mit der Steigerung deiner Leistung kannst du deinen Lohn erhöhen. Damit die Bäume der Arbeiter nicht in den Himmel wachsen, hat der Betrieb unter Zuhilfenahme von REFA-Experten eine flotte Normalleistung festgesetzt, die man ständig zu bringen hat, ohne krank zu werden. Darüber hinaus zu arbeiten ist für den Akkordlöhner des Geldes wegen eine *Notwendigkeit*. Dabei offeriert er dem Unternehmen nicht nur seine Höchstleistung, sondern auch einen ständigen Leistungsvergleich mit seinen Kollegen. Der Betrieb macht sich umgekehrt dies nicht nur zunutze, indem er die "Normalleistung" immer wieder einmal zu seinen Gunsten korrigiert, wenn er 130 % ige Leistungsträger entdeckt - er ist auch brennend daran interessiert, die technischen Bedingungen für Leistungswillige zu *verbessern*. Freilich nicht, um dann auch mehr zu zahlen, wenn sich die Stückzahlen erhöhen, sondern um die Arbeitserleichterungen als Lohnsenkung in Anrechnung zu bringen. Die Mittel, die die Arbeitsgänge *vereinfachen*, jede kleine Veränderung der Ausstattung des Arbeitsplatzes macht es dem Akkordlöhner wieder *schwerer*, seinen alten Lohn zu erhalten. Längst sind deshalb die Kinderkrankheiten des Akkords verschwunden, die für einen Kapitalisten darin bestehen, daß ein Facharbeiter, ein Könnler mit besonderem *Geschick*, aus der Akkordbezahlung tatsächlich ein paar Mark für sich herausschlägt. Der Einsatz moderner Maschinerie hat dafür gesorgt, daß die anfallenden Tätigkeiten nach einer Anlernzeit von jedermann verrichtet werden können, so daß die Steigerung des Lohnes nur auf *einem* Wege möglich ist. Durch die „einfache“ Schinderei, durch den unmittelbaren Verschleiß von Körperkraft und Nerven. In den Akkordabteilungen moderner Fabriken treiben die Herren Arbeitgeber ihrem lebendigen Produktionsmittel die Einbildung gründlich aus, es käme auf ihre

Qualifikation an; dafür treiben sie die Arbeiter umso gründlicher an, bis über die Grenze des ‚Erträglichen‘ hinaus; für jeden Pfennig Lohn fordern sie ein Stück Gesundheit, indem sie die Arbeiter wie Maschinen behandeln und immer dann, wenn sie an ihnen eine Grenze der Produktivität bemerken, zum „technischen Fortschritt“ greifen. Hier ist die Rationalisierung das *alltägliche Geschäft*, sie wird in vielen kleinen Veränderungen des Arbeitsplatzes ständig praktiziert, die allesamt prompt als „Erleichterung“ verbucht und zur Steigerung der Leistung über Senkung der Vorgabezeit verrechnet werden. Von der kleinsten technischen Veränderung bis zur Einführung von NC-Maschinen wird alles zum „Anlaß“ (also deswegen durchgeführt), Lohnkosten zu senken und den Akkordlöhner zu zwingen, seine Gesundheit für die Firma zu opfern.

Dieses Geschäft ist für einen modernen Kapitalisten (der auf jeden Pfennig achtet, wenn ein Arbeiter ihn haben will) so lohnend, daß er eine Reihe studierter Menschen bezahlt, die in sauberen Gewändern in den Hallen auftauchen und mit Bleistift, Stoppuhr und Tabellen ausgerüstet nichts anderes ausrechnen als die *Höchstgrenze der Dauerbelastbarkeit* eines Arbeiters. Das ist ihr Beruf, und den betreiben sie, wenn sie nicht gerade auf einer Veranstaltung der Rationalisierungskommission und des DGB über „menschwürdige Arbeit“ quatschen, mit dem angemessenen Ernst. Die wissenschaftlichen Leistungen dieser Sorte Mensch seien einem Publikum nicht vorenthalten, bei dem die Studierten nicht gerade schlecht wegkommen - im Unterschied zu Studenten, die etwas gegen Ausbeutung haben.

Weil ein Arbeitswissenschaftler und sein Kleinformat in Gestalt eines Refa-Kurslers daran interessiert sind, Methoden der *Leistungssteigerung* aufzuspüren, sehen sie in der Arbeit ein riesiges Bündel von *Faktoren*. Da tauchen auf: Bewegung, Entfernung, Zeit, Kraft, Geschwindigkeit - und der Arbeiter ist eine *„subjektive“* Bedingung der Arbeit, die der Höchstleistung lauter Schranken entgegensetzt, und die wollen ausgelotet sein. Ganz wichtig ist dabei, daß die Beanspruchung von Herz, Muskel, Kreislauf oder Wirbelsäule gleich als Dauerbelastung in die anstehende Berechnung eingeht. Denn erst nach 40 bis 50 Arbeitsjahren darf die Natur des Arbeiters aufhören, etwas anderes zu sein als Mittel zur Vermehrung von Kapital - dann kann sie es allerdings auch ganz gut, weil der Arbeiter dann zum gesellschaftlich anerkannten Schrott gehört. Als *„objektive“* Bedingungen gelten Maschine, Werkstoff und so Zeug, bei denen selbstverständlich auf den optimalen Nutzeffekt aufgepaßt werden muß. Der stellt sich dann ein, wenn sich der Arbeiter unter Aufbietung aller Kräfte auf die objektiven Bedingungen einstellt.

Ein Arbeitswissenschaftler tut ständig so, als wäre es ein Gebot all der schönen Maschinerie, daß sich Leute an ihr ruinieren. Was sollte Arbeit denn anders sein, als eine einzige Bemühung um die Steigerung der Leistung? Wo läßt sich eine Bewegung, eine Sekunde sparen? - lautet die eintönige Fragestellung dieser Wissenschaft. Daß die Antwort auf diese Frage immer haargenau mit dem Interesse des Kapitalisten an der Lohnarbeit zusammenfällt, macht einem in der *„Arbeitsvorbereitung“* tätigen Fachmann wenig zu schaffen, weil er nämlich der festen Überzeugung ist, daß sein Wirken mit der *Nachbereitung* der Chose im Lohnbüro nichts zu tun hat. So dient die Konzentration auf die *technische Seite* der Ausbeutung hervorragend der Kalkulation!

Entsprechend sehen die Fortschritte aus, die dieser Beruf in die Arbeitswelt eingebracht

hat. Der alte Witz, daß beim Auftauchen der Stopper die Arbeiter ihre Leistung zurückhalten und nicht alles verraten, was sie können, hat sie auf die Überlegung geführt, daß das Messen nicht an *individuellen* Leistungen stattzufinden habe, sondern gerade ohne Berücksichtigung der Beteiligten abgewickelt werden muß. *Objektiv*, d.h. unabhängig davon, wie ein *Arbeitersubjekt* so arbeitet, "mißt" er die Leistung; jede Tätigkeit wird auf eine Handvoll von Bewegungen reduziert, für die er Zeiten festschreibt und einen Kraftaufwand „bewertet“. Im MTM-System und ähnlichen Sorten der Arbeitsplatzbewertung wird die Ausführung einer Arbeit an dem so zurechtberechneten *Ideal* gemessen, und jede Abweichung davon, jede Ausgleichsbewegung gilt als überflüssig - und wenn sie sich der Arbeiter dennoch leistet, geht sie zu seinen Lasten. Kein Wunder, daß bei solcher Behandlung des Arbeitsviehs auch der *Wille* der Arbeiter als Schranke aktenkundig geworden ist - und in "Meckerkästen", wo man seinen Ärger reinschmeißen soll, damit er sich anderweitig zurückhält, aber auch in "humaner", "selbstverantwortlicher" Gruppenbildung seine wenig störende Berücksichtigung findet.

5. Staatliche Beihilfe zur Erpressung

Der demokratische Staat fördert seine Wirtschaft. Als diese den Weg aus der Krise zu gehen hatte, ließ es sich die Regierung nicht nehmen, 17 Milliarden "*Konjunkturspritzen*" lockerzumachen, über die Verwendung solcher Gelder aus der Staatskasse bestehen weder beim Finanzminister noch bei den Unternehmern größere Zweifel: dem *Wachstum* sollen sie dienen; sie müssen so angelegt werden, daß die Betriebe "aus den roten Zahlen" kommen, so daß sie wieder kräftig Steuern zahlen können, statt Staatsgelder in Anspruch zu nehmen. Dann, ja *dann* können sie bei gutem Geschäftsgang auch etwas für das Problem Nr. 1, die Arbeitslosen, tun und Arbeitsplätze schaffen. Das Dumme ist nur, daß die *Gesundung* erst einmal so vonstatten geht, daß Arbeitslose geschaffen werden.

Wie man sieht, ist es keine harmlose Sache, wenn der Staat seine Wirtschaft fördert: Sein Wunsch ist ihr *Gebot*, und *wie* die Unternehmer für die Sanierung der Wirtschaft sorgen, ist bekannt. Für jedes "*Problem*", das sich ihnen in den Weg stellt, wissen sie eine "*Lösung*", und die steuern immer die *Arbeiter* bei. Und daß "unser Staat" den Unternehmern bei ihren erpresserischen Umtrieben in der "Welt der Arbeit" manche eindeutige Unterstützung zuteil werden läßt, ist allgemein bekannt. Zur Erinnerung an die Leistungen der letzten Zeit, die mancher aufrechte Sozialdemokrat vor lauter Begeisterung für Willy und Helmut vielleicht vergessen hat, hier eine kleine Liste:

- Neben den 17 Milliarden gab es noch ein paar Steuergeschenke, etliches an günstigen Aufträgen und direkten Subventionen; daß dies die Staatskasse gehörig ins Minus brachte, hat niemanden gestört - für seine Lieblingsbürger bringt so eine Regierungsmannschaft schon manche Opfer, schließlich setzt sie ja auf die Vermehrung von *Kapital*, und wenn das wächst, steht es auch wieder in der Bonner Kasse gut.
- Die Unternehmer haben sich nicht lange bitten lassen, sind zu ihren Rationalisierungs-Taten geschritten und haben die entsprechenden Opfer geschaffen: doch beim Auszahlen von Renten-, Sozial- und Arbeitslosenversicherungsgelder sind dem Staat seine Schulden eingefallen. Bei den

Renten hat er beschissen und ein riesiges Geschrei angezettelt, daß die Rentenkasse leer ist (wo sind denn die zweckgebundenen Gelder nur geblieben ?), und daß daran die Leute schuld seien, die nicht genug Kinder machen, um den „Generationenvertrag“ in Schwung zu halten; die Beiträge zur Sozialversicherung hat er gleich *erhöht* - und beim Auszahlen der von den "arbeitenden Menschen" zwangseingetriebenen Arbeitslosengeldern hat er sich ganz vornehm zurückgehalten. Da war gleich ein neues Gesetz auf dem Tisch mit modernisierten "Zumutbarkeitsbestimmungen" für die Annahme eines neuen Arbeitsplatzes. Die Dequalifizierung und Abgruppierung in den Betrieben hat er durch die außerbetriebliche soziale Erpressung kräftig unterstützt, damit jeder Arbeitslose ganz willig und billig, also den Erfordernissen einer rationalisierten Wirtschaft gemäß, zur Stelle ist.

- Dazu haben die Herren Politiker propagandistisch ungeheuer viel geleistet und je nach Phase der Konjunktur bzw. Rationalisierung 1. immer dafür geworben, daß alle ganz viel leisten; 2. daß alle gesund leben sollen, insbesondere nach Feierabend; und zur Bekräftigung dieses Wunsches haben sie *ihre* Kosten gedämpft, indem sie die der Kranken Leute erhöht haben; 3. gegen Lohnerhöhung agitiert und die entsprechenden Richtlinien unter die Tarifpartner gebracht, deren einer auch verantwortungsbewußt brav gewesen ist; 4. aber auch die Leute mit den vernünftigen, weil bescheidenen Löhnen zum Kaufen und Sparen aufgefordert, damit die Geschäfte der Unternehmer sich auch gut erholen.
- Einiges Geld hat der rührend um die Wirtschaft bemühte Staat auch in die Atomenergie gesteckt, damit der Industrie der Strom nicht ausgeht. Die Dinger gehen zwar über Leichen, müssen aber sein wegen der Lüge mit den Arbeitsplätzen - der kleine Mann soll Energie sparen, deswegen wird der Preis für Strom und Benzin immer höher, denn Energie sparen ist ja nicht dasselbe wie Geld sparen.

Usw. usw. Die flankierenden Maßnahmen der Regierung für die Rationalisierung stehen in ihrer Brutalität also nicht hinter den betriebsinternen Manövern der Unternehmer zurück. Sie bilden die passende Ergänzung, indem sie den Opfern der "Weniger Lohn - Mehr Leistung - Spirale" das Zurechtkommen mit ihrer Ausbeutung aufherrschen. So daß ein Arbeiter eben immer mehr arbeitet, immer weniger kostet und immer mehr zahlt. Auch seinen Gewerkschaftsbeitrag darf er bezahlen, denn die "Organisation der Arbeitnehmer" hat viel zu tun in Zeiten, da sich alle Welt darüber einig ist, wie wichtig die "arbeitenden Menschen" und ihr Einsatz für das Blühen von Wirtschaft und Nation sind.

Angesichts der Tatsache, daß ihr Beitrag zum Modell Deutschland den Arbeitern gar nicht gut bekommt, muß nämlich auch einer sagen, daß ihm zu wenig auf die Vollbeschäftigung geachtet wird. Ein Gewerkschaftsmensch meint daher, daß

"die Bereitstellung von 17 Milliarden für die deutsche Industrie an Hilfen im Laufe der letzten Jahre ganz klar beweist, daß diese Mittel nicht dazu verwandt werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ganz im Gegenteil. Damit wurden bestehende Arbeitsplätze rücksichtslos wegrationalisiert."

Eugen Loderer, der hier Klage führt über die Verwendung der staatlichen Gelder, ist selbstverständlich auch dafür, daß der Staat den Unternehmern hilft, damit sich ihr

Geschäft wieder lohnt. Er hat sogar noch einige Milliarden *mehr* verlangt, für die notleidende Werftindustrie und für den Aufschwung überhaupt. Andererseits will er keineswegs behaupten, daß die Kapitalisten ihren Aufschwung nicht zustandegekriegt haben. Er weiß also sehr genau, daß sich eine florierende Wirtschaft mit Wohlstand und Sicherheit der Arbeiter *nicht* verträgt. Angesichts der gar nicht rosigen Konsequenzen der Wirtschaft, deren Förderung er für unerläßlich hält, für seine Mitglieder *tut er aber so*, als wäre das wirtschaftliche Wachstum *eigentlich* zu nichts anderem da als zur Herstellung der Vollbeschäftigung. Die recht flotte Unterstützung der Rationalisierung durch den Staat übersieht er mit der Brille des verantwortungsbewußten Fortschrittmenschen, der ja nichts anderes sein will als das von den Arbeitnehmern angestellte bessere Gewissen des Staates. Er leistet sich sogar die Unverschämtheit, die "unsachgemäße Verwendung" besagter Gelder als einen Verstoß gegen die besseren Absichten seiner SPD-Freunde hinzustellen -, um vor aller Welt zu demonstrieren, wie *einverstanden* ein Gewerkschaftshänger mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik heute *wäre*, wenn ihm die Kapitalisten nicht immerzu in die Quere kämen und ihn daran erinnern würden, daß doch noch nicht alles zum Besten steht. Natürlich *ist* er einverstanden, möchte aber darlegen, wie wichtig angesichts der Arbeitslosigkeit und anderer "sozialer Härten" der Beitrag der Gewerkschaft zur *Ausgestaltung* des Sozialstaats ist. Diese Heuchelei ist gekonnt. Sie bedient sich der Lüge der Politiker, in der ihre Maßnahmen *gegen* die vom Kapital geschädigten Arbeiter ständig als nicht endenwollender *Kampf* um ihr Wohl ausgegeben werden - weswegen sich Vetter, Loderer und andere Menschen auch mit Willy Brandt und Helmut Schmidt gern gemeinsam in die Pose des *Kämpfers* um den sozialen Fortschritt werfen. Als ob die Entlassungen und sonstigen Übergriffe auf Lohn und Gesundheit der Arbeiter nicht staatlich gefördert tagtäglich in den Betrieben stattfänden ! Als ob die Gewerkschaften da nicht allerhand zu tun hätten, *wollten* sie sich wirklich für die Arbeiter gegen die Rationalisierung stark machen !

Das öffentliche Gejammer über die ausbleibende Vollbeschäftigung und die "unsoziale" Verwendung der Staatsgelder ist der *Ersatz* für entsprechende Aktivitäten, und als solcher sagt er alles über den Ehrgeiz dieser Sorte von Gewerkschaft aus. Da werden Interessen der Arbeiter nicht *durchgesetzt*, sondern politisch vertreten, also dazu verwendet, um beim Fortschritt des kapitalistischen Wachstums mitzumischen. Die Kritik eines Loderer an den Investitionshilfen macht ebenso wie die vielfältigen Wortmeldungen des DGB deutlich, daß dieser Haufen sich längst der Aufgabe entledigt hat, gewisse Angriffe auf die von ihm Repräsentierten *abzuwehren* und ihnen ein etwas leichteres Leben zu erstreiten. Wer das Gelingen des *Ganzen* (ob er es nun "Gesellschaft", "Demokratie", "Fortschritt" oder sonstwie nennt) für *die* Voraussetzung und *das* Mittel hält, die Arbeitnehmer zufriedenzustellen, und das zu einem Zeitpunkt, da diesen "arbeitenden Menschen" im Betrieb und vom Staat allerhand reingewürgt wird, der faßt *seine* Aufgabe in der Welt der Politik ganz anders auf, als sich das ein Arbeiter vorstellt, der seinen Beitrag bezahlt und meint, mit seiner Gewerkschaft würde es irgendwie besser. Hier wird die in der Gewerkschaft organisierte Unzufriedenheit der in den Fabriken geschundenen und sonst zur Kasse gebotenen "arbeitenden Menschen" schamlos ausgenutzt für die politische Karriere eines Vereins, der *im Staat* die zweite Geige spielen will. Wie das geht, haben die westdeutschen Gewerkschaften gerade in ihrer besorgten, aber strammen Haltung zur Rationalisierung und den wüsten Arbeitskämpfen der siebziger Jahre vorgeführt. Diese Leute wissen, wofür die Tarifautonomie gut ist !

III. Der Einsatz der Gewerkschaft in Sachen Rationalisierung

Wenn die westdeutsche Arbeiterklasse sich als *Opfer* der Rationalisierung bestens bewährt und ihre Mitglieder sich auf den Umgang des Kapitals mit ihrer Arbeitskraft wie auf eine unausweichliche Notwendigkeit einstellen, mit der jeder für sich zurechtkommen muß, dann geht dies nicht ohne entscheidende Impulse durch ihre Interessenvertretung, zumal diese sich - zu recht rühmt, eine starke Gewerkschaft zu sein. Wie sollten sich auch ohne Einwirkung ihrer Gewerkschaft diejenigen, die von der Rationalisierung nichts zu erwarten haben als eine Verschlechterung ihrer ohnehin nicht rosigen Situation, der unternehmerischen Gestaltungsfreiheit in Sachen Arbeitsbedingungen widerspruchslos fügen. Allerdings heißt das nicht, daß die Gewerkschaft untätig dem Treiben der Kapitalisten zusieht und ihre Mitglieder der Konkurrenz unter verschärften Bedingungen überläßt. Es steht schlimmer! Wer sich mit Managern, Staatsagenten und Wissenschaftshängern an einen Tisch setzt und über die beste Weise der *Modernisierung und Humanisierung der Arbeitswelt* diskutiert; wer für das Ideal "*vernünftiger Rationalisierungen*", für den Fortschritt der nationalen Wirtschaft mit etwas weniger verheerenden Folgen für die Proleten eintritt; wer diese Folgen dem Staat als Problem sozialer Unruhe unterbreitet, der hat nicht nur ein positives Interesse am Fortschritt des *„Modell Deutschland“*, der läßt seinen Bekenntnissen zur Rationalisierung auch die entsprechenden Taten folgen und verhilft mit seiner Vernunft bezüglich des nationalen Wohls der Unternehmervernunft beim Profitmachen zum Durchbruch. Ihrer überall lauthals geäußerten Sorge um die angeblichen gesellschafts- und demokratieschädigenden Folgen des an sich segensreichen *„technischen Fortschritts“* gehorcht unsere staatstreue Gewerkschaft auch dort, wo es um die praktische Festlegung der Opfer geht - im Tarifstreit um die Durchsetzung der Rationalisierung -, nur daß auf dem praktischen Felde die Unumgänglichkeit der unternehmerischen Kalkulation größer, die sozialstaatlichen Bedenken bezüglich der Ausbeutungsobjekte kleiner geschrieben werden. Denn wer die *Ausnutzung der Abhängigkeit*, in der die Arbeiter zum Kapital stehen, durch die rationalisierenden Unternehmer als eine notwendige und brauchbare *Voraussetzung* seines Einsatzes für die Arbeiter betrachtet, der anerkennt auch, wenn es ans Streiten um das Ausmaß der Opfer geht, die Anforderungen der Gegenseite und überläßt damit die Arbeiter nicht ihrem Los, sondern *verpflichtet* sie auf die Konkurrenz unter verschlechterten Bedingungen. Die sozialpolitischen Einwände gegen die *Alleinherrschaft des Profitprinzips* führen praktisch zur Korrektur der sozialpolitischen Ideale durch die Realität der Profitproduktion, die eine rücksichtslose Rationalisierung gebietet. Die in allen Sprüchen der Gewerkschaft demonstrierte Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Erfordernisse, also die unternehmerische Kalkulation, garantiert den Einsatz der

Gewerkschaft für eine *Regelung* der ungeliebten *Folgen* im Sinne des Fortschritts, weil sie zu ihren *Ursachen* positiv steht und daher *Folgen* für unausweichlich erachtet. Die Rationalisierungsschutzabkommen, mit denen sich die Gewerkschaft brüstet, sind das Resultat von Auseinandersetzungen, bei denen die Notwendigkeit, daß auf Kosten der Arbeiter rationalisiert werden muß, von *keiner* Seite angezweifelt wird - und dementsprechend sehen sie auch aus. Ganz wie der Staat die dauerhaften Opfer der Konkurrenz liebevoll unter seine Fittiche nimmt und vor dem unmittelbaren Ruin bewahrt, den sonst Obdachlosen ein Obdach, den Hilflosen Sozialhilfe gewährt, also ihrem Elend einen geordneten Verlauf gibt, ganz so bieten die Schutzabkommen den schutzlos Gelassenen die Sicherheit, daß die Rationalisierung einen geregelten Gang nimmt, und der Rationalisierung damit den Schutz, vertraglich abgesichert zu sein.

I. Tarifbestimmungen für das Wirtschaftswachstum

a. Rationalisierungsschutz Nr. 1: Lohnersparnis fürs Kapital!

Nach der Devise „Alles, was man will, das kann man nicht haben“ erbringt die Gewerkschaft zunächst einmal Vorleistungen, die demonstrieren, daß sie nichts Ungebührliches haben will. Kaum jammern die Unternehmer über die schlechte Geschäftslage und kündigen die Unumgänglichkeit von Rationalisierungen an, erinnert die Gewerkschaft daran, daß sie *„keine Lohnmaschine“* ist, und erfindet den *„Vorrang qualitativer Forderungen“*. Sie rechnet zynisch Rationalisierungsschutz gegen Lohnforderungen auf, spielt sie also *gegeneinander* aus und leugnet damit den zentralen Angriff, den jede Rationalisierung auf den Geldbeutel der Leute führt. Ihren Rationalisierungsschutzforderungen verleiht sie mit unverblühten Lohnverzichtserklärungen und -abschlüssen Gewicht und erlaubt damit zur Unterstützung ihrer Manteltarifverhandlungen über Abgruppierungen, Leistungssteigerungen, Arbeitsplatzwechsel und -Verluste, also über das neu zu regelnde Verhältnis von *Lohn* und *Leistung*, die Senkung des *allgemeinen Lohnniveaus*. Der erste Rationalisierungsschutz besteht also in der tariflichen Abstützung des Lohnabbaus *unabhängig* von der Rationalisierung, damit aber für sie. Der Spruch von der *„Lohnmaschine“* kehrt sich in fataler Weise um: Die Gewerkschaft betätigt sich als *Lohneinsparungs Maschine* für die Unternehmer!

b. Rationalisierungsschutz Nr. 2: Entlassungen müssen sein!

Die entsprechende Rücksichtnahme kennzeichnet auch die Vorschläge und die Ergebnisse der Rationalisierungsschutzverhandlungen. Hier kämpft die Gewerkschaft nicht um Schadensverhütung für ihre Mitglieder, sondern um soziale Gerechtigkeit bezüglich der *„qualitativen“* Opfer nach der Devise: *Gerecht verteilen, was nicht zu vermeiden ist*. Und was nicht zu vermeiden ist, das sagt ihr der eigene wirtschaftliche Sachverstand und der Widerstand der Unternehmer. Deswegen legt sie z.B. den von der IG Metall als Paradestück für den Durchbruch zur *„qualitativen Tarifpolitik“* so hochgelobten Lohnrahmentarifvertrag II der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden von

1973 auf den Tisch, der folgende *Kündigungsschutzbestimmung* enthält;

"Einem Arbeitnehmer, der das 53. Lebensjahr, aber noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet hat und dem Betrieb mindestens drei Jahre angehört, kann nur noch (!) aus wichtigem Grund gekündigt werden."

Dieser *Schutz* vor Kündigung besteht in nichts anderem als der generellen *Zustimmung* zur Kündigung und der Aufzählung einer einzigen Bedingung für die Entlassung älterer Arbeiter, die alles andere als eine Beschränkung ist. Denn daß Entlassungen von Unternehmern aus anderen als aus "*wichtigen*" Gründen vorgenommen werden, ist nur die Ideologie einer Gewerkschaft, welche das gedeihliche Wachstum der Wirtschaft durch die permanente Willkür derjenigen gefährdet sieht, die die Wirtschaft unternehmen. Solche Ideologien, zum Bestandteil eines Tarifvertrags gemacht, bleiben keine Ideologien, sondern werden in die Form von Einschränkungen gekleidete Angebote an die Unternehmer, aus *ihren* Gründen zu entlassen. Das Kündigungsschutzgesetz, auf das der Tarifvertrag sich beruft, legt ja in § 1 unmißverständlich fest, was ein "*wichtiger Grund*" ist:

"Sozial ungerechtfertigt ist die Kündigung, wenn sie nicht durch dringende betriebliche Erfordernisse, die einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers in diesem Betrieb entgegenstehen, bedingt ist."

Daß Entlassungen bei Rationalisierungen immer ein dringendes betriebliches Erfordernis darstellen, weiß auch die Gewerkschaft. Die Bestimmung ist also nichts weiter als der Anschein, den sich die Gewerkschaft gibt, sie hätte die Unternehmer zu besonderer Rücksicht gegenüber den älteren und damit besonders entlassungsanfällig¹ Arbeitern gezwungen. Die über 53jährigen mit einigen Betriebsjahren auf dem Buckel können einer Zukunft als "*schwer vermittelbarer Arbeitsloser*" oder Frührentner in dem tröstlichen Bewußtsein entgegenblicken, dank gewerkschaftlichen Einsatzes nicht unter die "*sozial ungerechtfertigten Kündigungen*" zu fallen. Das hätte ihnen freilich das Arbeitsgericht im Zweifelsfall auch ohne diesen Erfolg der "*qualitativen Tarifpolitik*" bestätigt.

Bezahlter Gang zum Arbeitsamt

Die im gleichen Tarifvertrag vereinbarte Erhöhung der Kündigungsschutzfristen macht eine ohnehin nicht gerade berauschende *Leistung*² der Unternehmer von Gegenleistungen der Arbeiter abhängig, die es in sich haben: Mehr als fünf Jahre Betriebszugehörigkeit sind verlangt, um eine Gnadenfrist von drei Wochen eingeräumt zu bekommen, und der 46jährige mit 10-jähriger Betriebszugehörigkeit wird der gleichen sozialen Verantwortlichkeit für würdig befunden, wie sie das Kündigungsschutzgesetz bei Massenentlassungen vorsieht. Er erfreut sich einer zweimonatigen Schonzeit. Es gehört also zu den Erfolgen der Gewerkschaft in der sozialsten aller freien Marktwirtschaften, nach jahrelangem Dienst an einem Unternehmen eine kurze Frist zu erhalten, in der man sich zum alten Lohn selbst um einen neuen Job kümmern darf. Daß es dabei der Gewerkschaft wirklich nur darauf ankommt, die Entlassung reibungslos über die Bühne zu bringen und dem Sozialstaat samt Unternehmern (lebende) Steine aus dem Weg zu räumen, zeigt die Geltung dieser Regel: Sie gilt nur dort, wo es der *Umfang* der Entlassungen oder das *Ausmaß* der bereits ruinierten Arbeitskraft den

Rationalisierungsoffern zusätzlich erschweren, wieder zu Arbeit zu kommen.

Billig abstoßen!

Denselben Zweck verraten die Regelungen, in denen die Gewerkschaft ihre Zustimmung zur Entlassung davon abhängig macht, daß der Betrieb eine *Abfindung* zahlt, deren Name schon keinen Zweifel über ihren sozialen Charakter aufkommen läßt. Für ihre Höhe gilt § 10 des Kündigungsschutzgesetzes:

"Als Abfindung ist ein Betrag bis zu zwölf Monatsverdiensten festzusetzen."

Wie es sich für eine Gesellschaft gehört, in der nicht die Bedürfnisse der ‚lieben Mitarbeiter‘ und Gewerkschaftsmitglieder, sondern die Gerechtigkeit zählt, ist die ausbezahlte Abfindung wiederum von den Verdiensten abhängig, die sich der vom Betrieb und von der Gewerkschaft für überflüssig erachtete Arbeiter bereits um den Betrieb erworben hat. So wird der Betrieb die Leute billig los, und der Arbeiter - bestenfalls Besitzer einiger Tausender - kann den „Reichtum“, von dem sich nicht leben läßt, dafür benutzen, die Differenz zwischen altem Lohn und dem Arbeitslosengeld für eine Weile zu überbrücken.

Dem BVG und KSchG zum Durchbruch verhelfen!

Der Fortschritt all dieser (und weiterer) manteltariflichen Regelungen besteht darin, daß in ihnen die Unternehmer auf *bereits bestehende gesetzliche* Regelungen verpflichtet werden. Der zwischen den Tarifparteien des Druckgewerbes 1978 ausgehandelte Tarifvertrag „*Neue Technik*“ (!) bemerkt zu Entlassungen lapidar:

"Arbeitnehmer, die infolge der Einführung des rechnergesteuerten Textsystems aus betriebsbedingten Gründen entlassen werden und keinen Anspruch auf Abfindung aus dem betrieblichen Sozialplan gemäß §§ 112, 113 BVG haben (dazu muß es sich um Massenentlassungen handeln!), erhalten eine angemessener!) Abfindung. Für die Höhe der Abfindung gilt §10 des Kündigungsschutzgesetzes entsprechend. "

Angemessen ist, was dem Gesetz entspricht! Damit bekommt der großartige tarifvertragliche Rationalisierungsschutz seine ganz besondere Note. Es ist alles andere als unbekannt, daß BVG und KSchG keine Gesetze sind, mit denen Kündigungen bzw. ihre Folgen verhindert werden sollen; auch hat die Gewerkschaft immer wieder getönt, daß es *zusätzlich* zu den bestehenden Arbeitsgesetzen tarifliche Schutzabkommen geben muß. Und nun laufen diese darauf hinaus, eben jene als „*unzureichend*“ bezeichneten Maßnahmen noch einmal zu sanktionieren. Der Rationalisierungsschutz stellt damit nichts weiter dar als eine *Treueerklärung* gegenüber sozialstaatlichen Regelungen, die verhindern sollen, daß die Entlassenen dem Staat allzusehr auf der Tasche und in den Ohren liegen! Die mageren Abfindungen, die die Gewerkschaft so verzichtsbereit wie staatstreu tarifvertraglich bekräftigt hat, taugen deshalb auch nur und sollen auch nur dazu taugen, die *„Hilfe zur Selbsthilfe“* zu befördern, indem sie die Arbeitslosenversicherung entlasten. Es ist also nur zu wahr, wenn Franz Steinkühler seinen letzten Jahrhunderttarifvertrag von 1978

folgendermaßen anpreist:

"Der neue Tarifvertrag zur Sicherung der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung birgt für uns die Chance, den Begriff technologischen Wandel sozialstaatsgemäß zu definieren."

Die Eignung vorführen!

Auf eine besonders arbeiterfreundliche Entlassungsregelung haben sich 1978 die IG Druck und der Druckverband geeinigt. Sie setzen vor die Entlassung einen Wettstreit der *Fachkräfte* der Druckindustrie untereinander und mit anderen Arbeitern. In dem Tarifvertrag *"Neue Technik"* ist der Zwang, mit Arbeitseinsatz dem Betrieb zu beweisen, wie wertvoll man für ihn ist, gleich mitkodifiziert:

"Im rechnergesteuerten Textsystem werden Gestaltungs- und Korrekturarbeiten für einen Zeitraum von acht Jahren nach Umstellung der jeweiligen Tätigkeit durch geeignete Fachkräfte der Druckindustrie, insbesondere Schriftsetzer, ausgeübt. Von der Verpflichtung kann abgewichen werden, wenn ... dadurch die Arbeitsplätze unmittelbar betroffener Arbeitnehmer fortfallen würden."

Nach acht Jahren herrscht also unternehmerische Freiheit, und die vielgeschätzte gewerkschaftliche Kernmannschaft der Setzer darf sofort entlassen werden, wenn der Betrieb sie für die neue Tätigkeit nicht als geeignet erachtet, was sich wohl kaum an den fachlichen Kenntnissen allein entscheidet, die vor der Rationalisierung gefragt waren. Worauf die Betriebe der Druckbranche spekulieren und was ihnen die Gewerkschaft mit dem damals so *"heiß umkämpften"* Wörtchen *"geeignet"* zugesteht ist die Ausnutzung der hoffnungslosen Lage der Setzer: Wer bis zur völligen Umstellung den alten Rotz bewältigt und zugleich die *"Mobilität"* für die neuen Anforderungen aufbringt, erhält die *Chance*, weiterbeschäftigt zu werden. Sofern nicht schon angelernte Schreibkräfte einen Teil der neuen Arbeitsplätze eingenommen haben und auf den restlichen nur noch wenige geeignete gebraucht werden. Die zusätzlichen *Selektionskriterien*, nach denen ausgewählt wird, hat die Gewerkschaft gleich dazu offeriert. Da gibt es die Regelung, daß die *"Einweisung"* die *"Dauer von einem Monat nicht überschreiten soll"*, und die Verpflichtung, die *Mitarbeiter medizinisch auf ihre Eignung (für die Bildschirmarbeit) untersuchen zu lassen*.' "

c. Rationalisierungsschutz Nr. 3: Weniger Lohn mit Leistungsanreiz

Für die Gewerkschaft sind die Kündigungsschutzbestimmungen allein schon deshalb ein Erfolg, weil *nicht jedem* Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, gekündigt wird. Die vertragliche Fixierung der schlichten Tatsache, daß auch die rationalisierte Produktion nicht ohne Arbeiter auskommt und die Unternehmer an einem Teil der alten Arbeiter unter den *neuen* Bedingungen durchaus noch ein Interesse haben, vollendet die Gewerkschaft mit Festlegungen, die genau diesem Interesse genügen. Nicht umsonst heißt eine dieser tarifvertraglichen Errungenschaften zur *"Sicherung des Besitzstandes"*, der Tarifvertrag von Nordwürttemberg/Nordbaden von 1978 *"Sicherung der Eingruppierung"*

Tarifvertraglich hört sich das so an:

"Führt eine Maßnahme nach §2,1 zum Wegfall von Arbeitsplätzen oder zu einer Änderung von Anforderungen, oder treten sonstige Voraussetzungen für eine Abgruppierung ein, so hat der Arbeitgeber, soweit möglich, dem betroffenen Arbeitnehmer einen gleichwertigen und (!) zumutbaren Arbeitsplatz im Betrieb mit der bisherigen Eingruppierung anzubieten.
"

Offener läßt sich kaum noch formulieren, daß es um nichts anderes als um die Einzelheiten bei der Durchführung der Abgruppierung geht. Erstens werden deren "Voraussetzungen" und damit die Abgruppierung selbst als betriebliche Notwendigkeit festgeschrieben. Zweitens wird es den betrieblichen *Möglichkeiten* anheimgestellt, den Betroffenen einen anderen Arbeitsplatz zu offerieren,, dessen "Gleichwertigkeit" die Gewerkschaft durch den kleinen Zusatz "und zumutbar" selbst offen in Frage stellt. Damit möglichst wenige das Angebot einer direkten Abgruppierung oder eines "zumutbaren" Ersatzarbeitsplatzes ausschlagen, hat die Gewerkschaft extra ausgehandelt, daß 'Sozialleistungen für Arbeiter, die sich nicht freiwillig fügen, dem Betrieb nicht zuzumuten sind:

"Nimmt ein Arbeitnehmer ein solches zumutbares Angebot ... nicht an, w stehen ihm ab dem Zeitpunkt, in dem der neue Arbeitsplatz eingenommen wird ... Ansprüche nach § 5 nicht zu."

Für die, denen es nicht paßt, gibt es schließlich das Kündigungsrecht! Die Schritte, durch die aus der "Sicherheit der Eingruppierung" die *gesicherte Abgruppierung* wird, sind in diesem Tarifvertrag mustergültig vorgegeben.

Erster Schritt: Alles hat seine Grenzen !

"Ein Arbeiter kann höchstens um zwei Lohn-/Arbeitswertgruppen, ein Angestellter höchstens um eine Gehaltsgruppe abgruppiert werden."

Erneut beweist die Gewerkschaft, daß nichts so gut vor der Abgruppierung schützt wie die Festlegung ihres Umfanges, der ziemlich genau der unternehmerischen Praxis entspricht. Als Verbot in einen Tarifvertrag geschrieben, nimmt sich das natürlich ganz gewaltig aus, zumal wenn es den Unternehmern "mühsam abgerungen" werden mußte.

Zweiter Schritt: Ohne Fleiß kein Preis!

Damit die Abgruppierung "ihren Schrecken verliert", hat die Gewerkschaft außer der Abgruppierung auch noch eine „Verdienstsicherung bei Abgruppierungen“ erkämpft, die in einem „Verdienstausgleich für die Dauer von 18 Monaten“ besteht. Durch ihn werden die betrieblichen Ansprüche auf ein billiges Arbeitsvieh mit den Erwartungen der Arbeiter, nicht umstandslos größere Lohneinbußen schlucken zu müssen, zu schöner Harmonie gebracht, ohne daß letztere sich der Illusion hingeben könnten, sie bekämen ihren alten Verdienst weiter:

"Der Verdienstaustausch wird (für den Akkordler) wie folgt errechnet: Differenz zwischen tariflichem Akkordrichtsatz der bisherigen Lohn-/Arbeitswertgruppe zuzüglich des im Durchschnitt der letzten drei abgerechneten Monate erzielten Akkordmehrverdienstes

Und tariflichem Akkordrichtsatz der neuen Lohn-/Arbeitswertgruppe zuzüglich des Betrages, der sich aus dem in den letzten drei abgerechneten Monaten durchschnittlich erzielten Akkordverdienstgrad, bezogen auf den Tariflohn der neuen Lohn/Arbeitswertgruppe errechnet."

Der Trick dieser Regelung liegt darin, daß nicht einfach die Differenz zum alten Lohn bezahlt wird, sondern der Verdienstaustausch auf den neuen Lohn so *bezogen* wird, daß unabhängig von den neuen, erschwerten Akkordbedingungen der alte Lohn für die 18 Monate nur herausspringt, wenn der Betroffene auch am neuen Arbeitsplatz die alten Prozente schafft. Der Verdienstaustausch stellt nämlich einfach eine fixe Summe dar; und selbst die ist nicht sicher. Denn die Unternehmer versuchen natürlich, die am neuen Arbeitsplatz notwendig sinkenden Akkordprozente - auch bei gleicher oder sogar steigender Arbeitsverausgabung - auf die Ausgleichszahlung anzurechnen. Dafür hat die Gewerkschaft durchaus Verständnis, weswegen sie im Vertrag die Ausgleichszahlung als *Mindestregelung* festlegt und zugleich ihre *Aufhebung* mitliefert:

"Solange ein Verdienstaustausch zu zahlen ist, ist ... der Verdienstgrad ... auf den Tariflohn der neuen Lohn-/Arbeitswertgruppe ... mindestens in der Prozenhöhe zu zahlen, wie die im Durchschnitt der letzten 3 abgerechneten Monate vor Beginn der 18-Monats-Frist der Fall war. Wenn der Arbeitnehmer seine Leistung nach der Abgruppierung vorwerfbar zurückhält, vermindert sich sein Verdienst entsprechend. "

Selbst die Ausgleichszahlung muß sich der Arbeiter also erst noch durch seine Leistung verdienen, so daß die Abgruppierung aufs Glückliche mit einer dauerhaften Leistungssteigerung verbunden ist. Die Mehrleistung, die am alten Arbeitsplatz zu ein paar Mark mehr führte, wird durch diese Regelung zum Erfordernis, um am neuen Arbeitsplatz nicht allzu viele Punkte einzubüßen und damit neben dem normalen niedrigeren Lohn auch noch am *"Verdienstaustausch"* Einbußen hinzunehmen. Daß hier der Betrieb etwas zuschießen würde, ist also eine Lüge. Die meisten Arbeiter dürfen sich bereits vor Ablauf der 18-Monats-Frist an einen niedrigeren Lohn gewöhnen, auch wenn sie dem Betrieb mehr als ihre alte Arbeit zuschießen. Die Gewerkschaft läßt sich eben nicht nachsagen, daß sie eine Strategie des *"reinen Forderns"* betreibt.

Dritter Schritt. Fleiß auch ohne Preis!

Wer getreu dem Ideal einer *"vernünftigen Rationalisierung"* die Strategie der Unternehmer anerkennt, die Neugestaltung von Arbeitsplätzen zum Mittel der Leistungssteigerung und Lohnsenkung zu machen, der hält es auch mit der gerechten Bewertung der zerstörerischen Umstände am Arbeitsplatz, deren Verbesserung zwar nichts mit einer Erleichterung der Arbeit, aber viel mit ihrer geringeren Bezahlung zu tun hat. Deswegen hat die Gewerkschaft auch zugestanden, daß aus der Fortzahlung dann nichts wird, wenn *"die Veränderungen von Anforderungen (am neuen Arbeitsplatz) auf eine Verminderung der Belastung aus Umgebungs-/Umwelteinflüssen (!) zurückzuführen sind."*

Die Humanisierung der Arbeitswelt durch die Unternehmer kostet halt ihren Preis!

Vierter Schritt: Nicht langsam, sondern stetig nach unten!

Nach der Galgenfrist von 18 Monaten geht es zügig bergab mit dem Lohn. Allerdings gibt der Tarifvertrag dem ein ganz anderes Aussehen. Loderer, Steinkühler und Konsorten setzen psychologisch äußerst geschickt auf die grundlegende Differenz zwischen einer Lohnsenkung und einer negativen Anrechnung von Lohnerhöhungen:

"Nach Ablauf der Frist kann die erste Erhöhung des Tariflohns ... auf den Verdienstaussgleich (voll) angerechnet werden. Alle nachfolgenden Erhöhungen des Tariflohns ... können bis zu 50% auf den Verdienstaussgleich angerechnet werden."

Die Tarifrunden erhalten für den Arbeitsmann also eine ganz neue tiefere Bedeutung: Je geringer die Lohnerhöhungen ausfallen - die Chancen dafür stehen gut! -, desto länger dauert es, bis die Ausgleichszahlung abgestottert und der Arbeiter bei seinem neuen Lohn angekommen ist. Die IG Druck beweist, daß dasselbe Spielchen auch andersherum geht. Sie hat im RTS-Vertrag von 1978 ausgehandelt, daß

"die Ausgleichszulage bei Änderung des Tarifentgelts im gleichen Prozentsatz wie die Grundvergütung verändert wird."

Als Ausgleich dafür wird dann aber auch anders gekürzt. Nach dem ersten Lohnabschluß

"wird die Ausgleichszulage wie folgt gekürzt: Beim 2. Abschluß um 20 Prozent, beim 3. Abschluß um 25 Prozent, beim 4. Abschluß um 33 1/3 Prozent, beim 5. Abschluß um 50 Prozent und beim 5. Abschluß um 100 Prozent des jeweils noch gültigen Restbetrages."

Erst ein paar Pfennige hochgerechnet, dann ein paar Pfennige mehr wieder heruntergerechnet, das ist einer der Vorzüge dieses , »Meilensteins in der deutschen Tarifgeschichte"! Der IG Druck-Vorsitzende Loni Mahlein scheut sich nicht, diese Errungenschaft entsprechend zu verkaufen. Seiner maßgeblichen Meinung nach erhalten die Betroffenen ein Gehalt,

„das in seiner Höhe dem bisherigen Tariflohn entspricht. Dieses Gehalt wird auch in Zukunft nicht abgebaut, sondern ist Grundlage für die künftigen Gehaltserhöhungen."

So kann man die Tatsache auch ausdrücken, daß die Ausgleichszulage nach sechs Jahren spätestens den Lohnerhöhungen zum Opfer gefallen ist.

d. Rationalisierungsschutz Nr. 4: Produktive Humanisierung

Die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gewissenhaftigkeit bei den Bestimmungen bezüglich der "unumgänglichen" Entlassungen und der Gerechtigkeit beim Lohnabbau vervollständigt die Gewerkschaft durch das nahezu bedingungslose Entgegenkommen bei dem tarifvertraglichen Umgang mit dem Kernstück der Rationalisierung, der Steigerung der Intensität der Arbeit. Nicht nur , daß auch in jeder der diesbezüglichen Regelungen

die unternehmerische Kalkulation mit der verbilligten Mehrleistung ihres Ausbeutungsmaterials die anerkannte *Grundlage* des gewerkschaftlichen Einsatzes bildet. Das umstandslose Bekenntnis zur Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist auf dem Felde der hier anstehenden *"Humanisierungsstrategien"* auch der Garant dafür, daß die Ideologie, es gelte *"unnötige"* Opfer zu vermeiden, praktisch zu einer nahezu bedingungslosen Mitgestaltung (bei der Okonomisierung der Ausbeutung führt. Hier ruht und rastet die Gewerkschaft nicht, Bestimmungen auszuhandeln, welche *"die Zwänge, die durch die arbeitsorganisatorischen Maßnahmen verursacht werden, für den Menschen erträglich machen (sollen)"* - jedenfalls für die Unternehmense nnenschen.

Verteilzeiten fürs Kapital

Die Erfolge der Kapitalisten bei ihrem Bemühen, die Poren des Arbeitstages immer dichter zu füllen, haben bekanntlich zu der Notwendigkeit geführt, die Arbeit immer wieder kurzfristig zu unterbrechen, um sie aushalten zu können. Sie haben aber auch zu den Versuchen der Kapitalisten geführt, diese Notwendigkeit zu einer weiteren Quelle der Intensivierung zu machen. Unsere Gewerkschaft, der erträgliche Zwänge über alles gehen bringt deshalb bei den Verhandlungen über die Pausen volles Verständnis für das Bedürfnis der Unternehmer auf, nicht nur *trotz* der Pausen, sondern *mit* ihnen die arbeitenden Menschen erträglich, d.h. einträglich einzusetzen. So bildet der Tarifvertrag der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden einen Meilenstein auf dem Weg zu einer Integration die *"menschlichen Bedürfnisse"* der Arbeiter in die kapitalistische *"Arbeitsorganisation"*.

"Alle Leistungslöhner erhalten mindestens fünf Minuten Erholungszeit in der Stunde" und "mindestens drei Minuten für ihre persönlichen Bedürfnisse. "

Die Anerkennung des an den Bandtakt, und die Zeitvorgaben bzw. Stückzahlen gefesselten Arbeitsviehs als Mensch mit persönlichen Bedürfnissen, die er stündlich auf Kommando zu erledigen hat, stellt für sich schon eine Zumutung dar. Mit dieser Regelung werden nicht Zwänge erträglich; sondern, wenn überhaupt, aushaltbar gemacht. So daß sich an den Zwängen, den Taktzeiten und Stückzahlen, die laufend gesteigert werden, nichts ändert, steht in demselben Tarifvertrag:

"Bestehende Takte dürfen grundsätzlich nicht aufgeteilt werden",

beginnt eine Bestimmung, um mit der Klärung der Modalitäten der Aufteilung fortzufahren:

"Ihre weitere Aufteilung wird jedoch zulässig, wenn Arbeitgeber und Betriebsrat dies im Hinblick auf den technischen Fertigungsstand und (!) ökonomische Zwänge für geboten halten."

Das ökonomische Gebot, durch die Veränderung des technischen Fertigungsstandes die Takte anzuziehen und mehr aus der Arbeitsstunde herauszuholen, wann gilt es nicht! Der ökonomische Zwang der Konkurrenz zur Senkung der Lohnstückkosten, wann gibt es ihn nicht! Die Gewerkschaft überläßt hier getrost den Streit um die Taktzeiten der

Entscheidung des Betriebsrats. Der weiß am besten, was die Belegschaften dem *"technischen Fortschritt"* und der *"Gesundheit des Unternehmens"*, von dem bekanntlich das *"Wohl der Arbeiter abhängt,"* schuldig sind; denn der ist für die einvernehmliche Regelung solcher Fragen im Interesse des Betriebsfriedens zuständig.

Angesichts dieser Erlaubnis zur Verkürzung der Taktzeiten stellen sich die *"fünf Minuten Erholungszeit"* als purer Anspruch auf Grenzen der Belastung dar. Ist diesem Anspruch im Tarifvertrag Genüge getan, erfüllt die Gewerkschaft auch das Verlangen der Unternehmer, daraus für sie keine Nachteile erwachsen zu lassen, also mit den Pausen nach eigenem Interesse zu manövrieren: *"Arbeitsunterbrechungen können gegen Erholungszeiten aufgerechnet werden"*, die Unterbrechungen der Produktion können auch *"auftragsbezogen"* eingerichtet werden, weswegen dem Arbeiter *"die Dauer der Erholungszeit und die Art der Gewährung bekanntzugeben"* sind. Was übrig bleibt von der *"Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde und vier Minuten"* ist also die Verdichtung des Arbeitstages und der Zwang, die Pause zu gebrauchen, wenn es dem Betrieb von seiner Arbeitsorganisation angezeigt erscheint. Wen wundert's, daß dort, wo die Erholungsminuten gewährt werden, die Stückzahlen nicht nur gehalten, sondern meistens sogar überboten werden!

Daß im übrigen nur für Leistungslöhner" das Recht auf *"Ermüdungsausgleich"* reklamiert wird, gibt der Regelung ihre besonders humane Note. Der Zeitlöhner hat seine Arbeit zu ertragen, weil sie erträglich er ist als die des Akkordlers!

Die IG Druck hat sich bezüglich der Regelung der Bildschirmarbeit ebenfalls nicht lumpen lassen. Nach jahrelangem Lamento, daß nachgewiesenermaßen schon vier Stunden an diesen Geräten auf Dauer zu schweren gesundheitlichen Schäden führen, hat sie den Kapitalisten das Verbot abgerungen, Arbeiter länger als sechs Stunden *ununterbrochen* diese Tätigkeit ausführen zu lassen, und für diese Errungenschaft zugestanden, daß Pausen *"durch eine Steuerung des Arbeitsablaufs"* abgegolten werden können, wenn sie nicht aus *"arbeitsorganisatorischen Gründen"* ganz gestrichen werden „müssen“. Das nennt sich *"Unterbrechung der Arbeit an Bildschirmgeräten"* und ist nichts weiter als die Erlaubnis, an den neuen Arbeitsplätzen 8 Stunden und mehr arbeiten zu lassen mit den ohnehin produktionsbedingten Unterbrechungen durch Arbeitsvorbereitungen usw. Dafür hat sich die IG Druck, die schon seit geraumer Zeit mit den eindeutigen Ergebnissen der wahrlich nicht gerade zimperlichen Arbeitswissenschaft hausieren geht, tarifvertraglich ausbedungen, über die *"Pausen- und Arbeitszeitregelung"* nach Maßgabe künftiger *arbeitsmedizinischer* Erkenntnisse "erneut zu verhandeln. Fürwahr, ein Jahrhundertwerk!

Bereicherung durch Abwechslung

Der Einbruch wissenschaftlicher Objektivität in die Resultate der Tarifaufinandersetzungen ist allerdings nicht neu. Bereits der 73er Metallvertrag von Nordwürttemberg/Nordbaden hat sich die bahnbrechende Erkenntnis der Arbeitswissenschaft zu eigen gemacht, daß das eigentliche Übel der Bandarbeit im *Mangel an wechselnden* Anforderungen liegt. Deswegen einigte man sich so programmatisch wie unverbindlich darauf, daß

"bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit im Hinblick auf die arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse die Arbeitsgestaltung vorrangig darauf gerichtet zu sein (hat), die Abwechslungsarmut der Beschäftigung durch Aufgabenerweiterung und Aufgabenbereicherung in ihren ungünstigen Auswirkungen auf den Menschen abzumildern."

Wie durch mehr Aufgaben (-"erweiterung" und -"bereicherung") die ungünstigen Wirkungen der kapitalistischen Arbeitsorganisation auf die Arbeitsmoral abgemildert werden können, hat die Arbeitswissenschaft zur vollsten Zufriedenheit der Unternehmer und offenbar auch der Gewerkschaft erforscht. Fehlzeiten und Ausfälle lassen sich vermindern, indem die Arbeit in Gruppen organisiert wird, die Teile des Arbeitsablaufs selbst gestalten dürfen und sich selbst um die rechtzeitige Anlieferung von Material, das reibungslose Ineinandergreifen der Operationen und die Pauseneinteilung kümmern müssen. Der mit größerer "Selbstverantwortung" geführte Kampf gegen die „Verarmung“ der Beschäftigung verläßt sich allerdings keineswegs auf den guten Willen der Humanisierungsoffer, sondern macht die Verantwortung für das fließbandmäßige Zusammenspiel der Mitarbeiter in der Gruppe zu einer Frage des Lohns. Das Ergebnis, die Bereicherung des Betriebs durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, ist daher alles andere als das Resultat einer besseren Arbeitsmoral dankbarer Menschen; vielmehr entspringt besagte Moral aus den neugestalteten Arbeitszwängen, deren Einrichtung die Gewerkschaft vor- und nachrangig der Kalkulation der Unternehmer überläßt.

Stahltypische Arbeitszeitverkürzung

Aufgrund dieser Anerkennung betrieblicher Erfordernisse ist die IG Metall im letzten Stahlstreik vom "Jahrhundertvertrag" zur „Jahrhundertforderung“ vorangeschritten. Daß in den Stahlbetrieben noch über das gängige Maß hinaus ausgebeutet wird, das Schichtarbeitssystem eine bis zu 60-stündige Arbeitswoche bei schwerster Arbeit unter widrigen Arbeitsumständen beinhaltet und die Stahlbetriebe eine Unzahl von Geschafften, die freiwillig kündigen, ein Heer von Frührentnern und eine insgesamt geringere *Lebenserwartung*“ produzieren, weiß die Gewerkschaft und führt sie beständig im Munde. Doch ließ sie bei ihrem „Einstieg in die 3 5-Stunden-Woche“ keine Zweifel darüber aufkommen, daß sie daran nichts zu ändern gedenkt. Das fällt wie üblich unter die technischen Zwänge, wobei auch die Gewerkschaft damit nicht den Hochofen meint, der partout nicht ausgehen will, sondern die Kosten für Abkühlen und Neuanheizen, die für das deutsche Stahlkapital unzumutbar sind. Auch in dem Produktionsbereich, in dem die Arbeitsorganisation so augenscheinlich dem ökonomischen Nutzen Rechnung trägt, um dessentwillen sie so eingerichtet wird; wo diese Anwendung der Technik so augenscheinlich die Gesundheit der Arbeiter ruiniert, ist der optimale Einsatz der Arbeiter durch das Kapital die unumstößliche Voraussetzung für die Gewerkschaft, wenn sie die Folgen zur Sprache bringt. Die paar Freischichten für Schichtarbeiter - zudem säuberlich gestaffelt nach Alter und Ausmaß der Schichtbelastung - sind deswegen auch nicht einmal eine Errungenschaft, die die Arbeit leichter *aushaltbar* macht; Kompensation sind sie nicht für die Zerstörung des Arbeiters, sondern für den ausdrücklichen *Verzicht* auf eine Beschränkung dieser schlechtbezahlten Knochenmühle. Deswegen hat die Gewerkschaft es auch nicht einmal für nötig befunden, die Verteilung dieser Freischichten tariflich zu regeln, so daß die Arbeiter noch froh sein können, wenn sie überhaupt in ihren Genuß

kommen, bzw. von ihnen etwas haben. Auch hier fordern schließlich die betrieblichen Notwendigkeiten ihren allseits anerkannten Tribut.

e. Rationalisierungsschutz Nr. 5: Vorbeugende Rationalisierungshilfe

Ganz im Sinne dieser Notwendigkeiten hat die IG Druck in ihrem Manteltarifvertrag (Anhänge) von 1977 als „*vorbeugenden Rationalisierungsschutz*“ das glatte Gegenteil ausgehandelt. In den „*quantitativen Mindest-besetzungsvorschriften*“ und der „*Mehrstellenbegrenzung*“, die laut Bildungsleitfaden des DGB für 1977 den „*wachsenden Rationalisierungsdruck und damit die Überlastung der vorhanden (oder verbleibenden) (i. Orig.!) Arbeitskräfte abzublocken*“ versuchen, erfährt die bereits durchgesetzte verstärkte Arbeitsbelastung ihre nachträgliche Anerkennung seitens der Gewerkschaft :

"An den Buchdruckrotationsmaschinen sind zu beschäftigen:

an 1 Druckeinheit 1 Drucker

an 2 Druckeinheiten 2 Drucker

an 3 Druckeinheiten 3 Drucker.

Die Besetzung weiterer Druckeinheiten wird durch Betriebsvereinbarung geregelt."

Darüber hinaus stellt sie dem Druckkapital den Freibrief aus, über diese „*Mindestbesetzungsvorschriften*“ hinauszugehen:

"die zusätzliche Bedienung von zwei Buntdruckwerken oder Eindruckwerken je eingesetztem Drucker an einer Rotationsmaschine ist zulässig..."

"Vorbeugend" ist an diesem Vertragswerk nur die Tatsache, daß die Gewerkschaft mit der kräftigen unternehmerischen Inanspruchnahme ihrer Zurückhaltung in Sachen Reglementierung des "*technischen Fortschritts*" rechnet und entsprechend entgegenkommend „*qualitative Besetzungsvorschriften*“ fixiert hat, die ihren Willen "*präventiv*" bekräftigen, die schon in Gang befindlichen und absehbaren Rationalisierungen nicht zu stören:

„Werden neue Maschinensysteme, die aus der technischen Weiterentwicklung entstehen, eingeführt, finden auf Ersuchen einer der Tarifvertragsparteien Gespräche statt, um nach Vorliegen von technischen Erfahrungen (!) und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten in der Bundesrepublik (!) erforderlichenfalls (!) zu tariflichen Vereinbarungen zu kommen.“

Abgesehen von der obligatorischen sozial planmäßigen Klausel, bei den verbleibenden rationalisierten Arbeitsplätzen die alten Fachkräfte nicht ganz zu vergessen -

"Bei der Einführung neuer Technik sind geeignete Fachkräfte der Druckindustrie vorzugsweise zu beschäftigen." -,

bekannt sich die Gewerkschaft damit zu ihrer Praxis, Vereinbarungen erst dann anzustreben, wenn das Kapital die ihm genehme Besetzung vorgenommen hat, die die "technische Weiterentwicklung" profitabel macht. Mit der gleich dreifachen Einschränkung ihrer Verhandlungsansprüche ("nach Vorliegen unter Berücksichtigung erforderlichenfalls") legt sie sich außerdem darauf fest, den Tarifstreit über die Folgen des jeweils praktisch schon entschiedenen Streits so zu führen, daß beim Abschluß die Vereinbarungen schon längst wieder veraltet sind. Was könnte im übrigen den zynischen Charakter dieser kapitalfreundlichen Demonstration gewerkschaftlicher Aktivität in Sachen Rationalisierung besser kennzeichnen als die Tatsache, daß die Gewerkschaft nach dreijährigen Ab-und-zu-Gesprächen über die neuen Spartenanhänge und nach mehrmaliger Aufforderung zu „Erfahrungsberichten“ durch die Mitglieder im Tarifvertrag über Lohn und Urlaub vom April 79 versprochen hat, das leidige Thema Rationalisierung im Druckbereich bis zum Juni 79 sang- und klanglos zu erledigen! Zur Einstimmung der Mitglieder jammert sie gleichzeitig darüber, daß sich die Unternehmer nicht nur nicht an die alten Bestimmungen gehalten haben, sondern auch den zu erwartenden kräftig vorgearbeitet haben und sie jetzt schon „unterlaufen“, Auch die brutale Wahrheit über den Unwert der "Rationalisierungsschutzabkommen" hinsichtlich des Schutzes der Opfer taugt also - richtig verpackt - zur Unterstützung des Zwecks, den diese Abkommen verfolgen: den bleibenden Anspruch der Gewerkschaft auf sozial- und wirtschaftspolitische Mitsprache im Namen der deutschen Arbeiterschaft zu repräsentieren.

2. Von der Realität zur "Wirklichkeit" des Rationalisierungsschutzes

Es gehört zum Wesen einer ‚gütlichen‘ Einigung eines Interessenstreits, also zur vertraglichen Regelung, welche Rechte und Pflichten beide Seiten gegeneinander haben, daß beide Seiten versuchen, den Vertrag möglichst günstig für sich anzuwenden, jede Unklarheit auszunutzen und sich vor dem Kadi über seine Durchführung zu streiten. Wer dabei besser wegkommt, hängt einerseits vom Inhalt des Vertrages ab, also von den Machtmitteln, die jede Seite einzusetzen fähig oder willens war, ihn in seinem Sinne zu gestalten. Andererseits von dem Willen und den Möglichkeiten; diese Machtmittel auch bei der Durchführung des Vertrags ins Feld zu führen. Dies gilt insbesondere für Tarifverträge, die nur fixieren, wie weit die Arbeiter sich durch die Arbeit ruinieren lassen müssen, bzw. wie weit das Unternehmerinteresse am Profit auf die Lebensbedürfnisse ihres Arbeitsmaterials Rücksicht zu nehmen hat. Die gewerkschaftliche Macht der Arbeiter steht hier gegen die ökonomische Macht der Unternehmer, die ihnen aus der Verfügung über die Arbeitsmittel erwächst und die sie immer soweit einzusetzen gewohnt sind, wie die Arbeiter es sich gefallen lassen. Daß dagegen Verträge von Haus aus nur ein beschränktes Hilfsmittel, sind, weil sie mit der Berechtigung von Ansprüchen auch ihre Grenzen festlegen und damit dem Konflikt eine geregelte Verlaufsform geben, bei der diejenigen immer draufzahlen, die um ihre Existenz rechten, weiß die Gewerkschaft - und sie findet es in Ordnung. Sie drängt so sehr auf eine ‚gütliche‘ Regelung, daß sie von sich aus in den Verträgen den Unternehmern für ihr Geschäft Tür und Tor öffnet und sich zur Einhaltung eines Vertragsfriedens verpflichtet,

der der Gegenseite den rücksichtslosen Einsatz ihrer ökonomischen Machtmittel erlaubt. Der brutalen Praxis der Rationalisierung hat sie damit auf doppelte Weise vorgearbeitet: Durch die Vertragsbestimmungen selbst und durch den darin zum Ausdruck gebrachten Willen, ihre unternehmerische *Anwendung* mit derselben Rücksichtnahme zu behandeln.

Verträge, welche die paar Verbote sogleich durch "*Ausnahmeregelungen*" mit Generalcharakter aufheben („*falls nicht betriebliche Notwendigkeiten...*"); welche immer zu spät abgeschlossen werden und einer bereits mehr oder weniger vollzogenen Entwicklung den gewerkschaftlichen Schlußsegen erteilen; welche sich ganz auf der Linie ohnehin bestehender staatlicher Kündigungs- und Sozialplanvorschriften bewegen; welche die umstrittenen "*Definitionen*" der neuen Arbeitsbedingungen bewußt nicht festlegen und dem praktischen Streit überlassen - solche Verträge sind nur der *Form* nach Vorschriften, Verbote und Gebote. Ihrem *Inhalt* nach sind sie eine einzige Einladung, die mannigfachen "*Ausnahmen*" zur gewöhnlichen Praxis zu machen und die "*offengelassenen*" "*Fragen*" im Unternehmersinn zu entscheiden. Wenn die Druckunternehmer Teile der Textfassung juristisch auslagern und damit der *Geltung* des Tarifvertrags entziehen, andererseits das "*rechengesteuerte Textsystem*" sehr weit auslegen und damit für alle möglichen Unternehmensbereiche anderen Manteltarifbestimmungen vorteilhaft aus dem Wege gehen, dann ist das erlaubte Ausnutzung der Freiheiten, die der Vertrag bietet. Wenn in der Metallindustrie , *Arbeitsunterbrechungen gegen Erholungszeiten aufgerechnet wurden*", Arbeitstakte aus dem "*schwerwiegenden ökonomischen Grund*", daß "*man sich sonst leider gezwungen sehe, Arbeitnehmer zu entlassen*", verkürzt wurden, die Berechnung des Durchschnittsverdienstes bei der "*Alterssicherung*" um die „*freiwilligen, übertariflichen Lohnbestandteile*" gekürzt wurden, dann werden nicht Vertragsbestimmungen „*eigenmächtig interpretiert*" und "*außer Kraft gesetzt*", sondern *benutzt*.

Das gewerkschaftliche Gejammer, daß die Unternehmer die Verträge "*unterlaufen*" und "*umgehen*,"- und die geheuchelte Verwunderung darüber, daß sie immer "*Betriebsnotwendigkeiten*" und "*ökonomische Gründe*" ins Feld führen und sich an bestimmte Regelungen überhaupt nicht zu halten versuchen, ist angesichts dessen reiner Hohn. Denn die Gewerkschaft ist sich ja im Klaren darüber, daß alles erlaubt ist, was nicht verboten ist; sie möchte durch den trostlosen betrieblichen Alltag nur nicht ihre Vertragsleistung in Zweifel gezogen sehen und an seiner mitgestalteten Brutalität *ihre eigene Bedeutung* demonstrieren. Angesichts dieser Beschwerden können die Kapitalisten nicht nur darauf *hoffen*, daß ein so willfähriger Vertragspartner ihrer *Anwendung* des Vertrags keine Steine in den Weg legt. Sie können sich darauf *verlassen* , daß es höchstensfalls zu juristischen Streitereien kommt: Die Gewerkschaft gibt ihnen nämlich genügend Winke mit dem Zaunpfahl, daß für sie mit dem *Vertragsabschluß* auch die *Sache* erledigt ist und sein soll - unbeschadet der Folgen für die „*Verhandlungsobjekte*". Wenn etwa der fortschrittliche Franz Steinkühler drei Jahre nach Abschluß des Lohnrahmentarifvertrags II in Nordwürttemberg/Nordbaden ausplaudert, daß er für die Leute nur Unannehmlichkeiten gebracht hat, dann erklärt er es für eine Selbstverständlichkeit, daß die Gewerkschaft drei Jahre dem Treiben der Unternehmer zugesehen hat. Und die Art und Weise, wie er dies vorbringt, gibt dem Willen Ausdruck, dies weiterhin zu tun:

Es war "von vornherein damit zu rechnen, daß die Arbeitgeber jede Chance, die sich ihnen bieten würde, jede Möglichkeit der juristischen Auslegung nutzen würden, um den Tarifvertrag zu unterlaufen. Unsere Einschätzung war von Anfang an realistisch. Daß allerdings eine derartige Häufung der Streitfälle auftreten würde, wie sie dann in der Tat aufgetreten ist, haben auch wir nicht erwartet."

Die freche Lüge, mit der Steinkühler die tarifvertraglichen *Möglichkeiten* für das Kapital zu *Anschlägen* auf den Tarifvertrag verdreht, die selbst seine " *realistische Einschätzung*" übertroufen haben, ist der gelungene Auftakt für die gängige gewerkschaftliche Agitation, die aus den unerfreulichen Resultaten der Tarifverträge noch *Gewerkschafts"kapital"* schlägt. Mit der *Trennung* der Verträge von ihrer Anwendung eröffnet sich die Gewerkschaft die *Gelegenheit*, sich von der beiderseits geregelten Rationalisierung zu distanzieren und zugleich die regelnden Paragraphen als Erfolg zu feiern.

Dem zynischen Lob der Fortschrittlichkeit des Vertragswerkes an und für sich - ein "*Humanisierungs-Meilenstein*" (Steinkühler), ein "*Pflock gegen Unternehmerwillkür*" (Mahlein), die "*Durchsetzung einer gewerkschaftlichen Forderung von 1958*" (Herb) - folgt die geheuchelte Klage, an seiner Wirklichkeit seien die Unternehmer schuld, weil sie sich nicht an die einzig vernünftige, gewerkschaftliche Auslegung hielten. Diese Auslegung ist also *nicht* vertraglich fixiert und für sie macht die Gewerkschaft auch nachträglich keinen Finger krumm.

Statt dessen hält sie sie als Ideal hoch und schafft *sich* skrupellos das Rationalisierungsproblem endgültig vom Hals, indem sie die praktische Durchführung der Bestimmungen vertrauensvoll den Betriebsräten in die Hände legt: die sollen gefälligst das vielgepriesene "*Vertragswerk mit Leben füllen*":

„Unsere Betriebsräte werden mit Phantasie und Einfallsreichtum in der Lage sein. Personalrichtlinien zu entwickeln (!), die Abgruppierungen verhindern können. Der Tarifvertrag gibt ihnen die rechtlichen Möglichkeiten hierzu in die Hand."

Es mangelt also Leuten wie Steinkühler nicht an Phantasie, die tariflich besiegelten Abgruppierungen zu einer mangelnden Ausnutzung der vertraglichen Möglichkeiten durch Betriebsräte und Belegschaften zu machen. Der gekonnte Trick, den Tarifvertrag in tote Buchstaben (= erlaubte und geduldete betriebliche Praxis) und lebendigen Geist (= agitatorische Distanzierung von dieser Praxis) zu zerlegen, macht diejenigen zu den Alleinverantwortlichen, denen die Gewerkschaft die 'Ausfüllung' des Tarifvertrags *überantwortet* und deren vorgeschriebene betriebsfriedliche *'Möglichkeiten'* zum Sozialplan sie durch den Vertrag *bestätigt* hat. An diese Möglichkeiten sollen sie sich aber auch halten und dadurch die *Geschlossenheit* der Gewerkschaft demonstrieren. Die Betriebsratsschelte, die Steinkühler in seinem Bericht über die "*Erfahrung bei der Umsetzung des LRTVII*" übt-

"Nicht wenige unserer Betriebsräte wurden durch die Arbeitgeberargumente verunsichert." (arme Betriebsräte!) *"Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß auch einige Betriebsräte und die Beschäftigten in einigen Betrieben bereit gewesen wären, diese vermeintlich vorteilhaften Angebote (die Pausen in Lohn umzurechnen) der*

Arbeitgeber zu akzeptieren."—,

singt deswegen auch das Lob derjenigen Betriebsräte, die den „*Auslegungs*“-Streit mitmachen und z.B. darauf achten, daß eine Verrechnung von Arbeitsunterbrechungen mit Pausen *nur* durchgeführt wird, wenn die Unterbrechungen *"regelmäßig"*, *"nach einer Belastung auftreten"* und *"erholungswirksam"* sind. Die großartigen Tariferfolge kürzen sich damit auf eine gewerkschaftliche Regelung der Rationalisierung im Geiste des Betriebsverfassungsgesetzes zusammen, auf eine Austragung des Streits gemäß den Notwendigkeiten des Betriebs und unter Beachtung des Betriebsfriedens. Dazu gehört die Abwehr von allzu offensichtlichen Schikanen - etwa wenn das Warmlaufen der Maschinen zu Arbeitsbeginn als Pause berechnet wird -, weil durch solche Unternehmerpraktiken die Gewerkschaft bloßgestellt wird. Die Betriebsräte sind also nicht nur die Erfüllungsgehilfen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, sondern zugleich die Institution, an deren betrieblichem Zusammenwirken mit den Unternehmern die Gewerkschaft immer wieder ihre besseren Absichten beweist, sei es durch demonstrative Zustimmung zu ihrem Einsatz gegen die Willkür der Unternehmer, sei es durch geheuchelte Distanzierung von ihrer angeblichen mangelnden Einsicht in die Jahrhundertbemühungen der Gewerkschaft.

3. Rationalisierungsschutz = geregelter Rationalisierungsfortschritt

Der unerschütterliche Stolz, mit dem die Gewerkschaften die Resultate ihrer *„qualitativen Tarifpolitik“* als Erfolge feiern, und die Argumente, mit denen sie diesen Stolz rechtfertigen, weisen die westdeutschen Gewerkschaften als Gesinnungstäter aus. Sie lassen sich keineswegs von Illusionen in verhängnisvolle Niederlagen treiben; sie versagen nicht vor der selbstgestellten Aufgabe, den Arbeitern das Lohnarbeiterdasein erträglicher zu gestalten; sie täuschen sich nicht über die Dringlichkeit eines raschen und rücksichtslosen Widerstands gegen die unaufhörlichen Angriffe des Kapitals auf ihr lebendes Ausbeutungsmaterial; und erst recht ist es nicht ihre unzureichende Stärke, an der noch die besten Absichten scheitern. Gewerkschaftler, die auf *„Humanisierungs“-Kongressen* den *"weit über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus beachteten Lohnrahmentarifvertrag II"* als Beispiel ihrer fortschrittlichen tarifpolitischen Neuorientierung vorzeigen, die mit dem OCR-Vertrag für das Druckgewerbe beispielhafte *"Tarifgeschichte geschrieben"* haben wollen und den *„Einstieg in die 35-Stunden-Woche“* der Stahlarbeiter als vorbildliche Etappe der *"Sozialgeschichte"* feiern, „vertuschen“ nicht peinliche Niederlagen. Sie haben keine erlitten, weil sich für sie Sieg und Niederlage nicht an der Bedeutung der Verträge für die Mitglieder bemessen. Sie scheuen sich ja auch nicht, den Mitgliedern knallhart mitzuteilen, daß ein paar Freischichten nicht die 35-Stunden-Woche bringen, Besetzungs- und Abgruppierungsregelungen weder *den Arbeitsplatz* noch einen *"entsprechenden"*, was Lohn und Leistung betrifft, sichern. Mit seltener Offenheit verkünden sie aller Welt, daß sie ihre Aufgabe darin sehen, das Lohnarbeiterdasein für die Wirtschaft *"vernünftig"* zu gestalten. Und wenn sie jahrelang in aller Stille oder mit öffentlichen Klagen über die *"Verzögerungstaktik"* der Unternehmer eine Verhandlungsrunde nach der anderen absolvieren, gleichzeitig gar nicht billige Aussperrungsklagen durch sämtliche Instanzen

führen und um Aufsichtsratssitze buhlen, dann verstehen sie unter Zumutungen der Unternehmer deren mangelnde Bereitschaft, die Gewerkschaft als gesellschaftstragende Kraft gebührend zu berücksichtigen und ihre Rationalisierungs- und Lohnvernunft zu honorieren. Und was die Stärke der Gewerkschaft angeht, machen sie keinen Hehl daraus, daß die Mitglieder sich für sie stark machen sollen und nicht umgekehrt. Bei den Verhandlungen und Abschlüssen geht es zwar dem Inhalt nach um die Probleme der Arbeiter, die ihnen die ökonomische Rechnung der Gegenseite aufbürdet. Gestritten aber wird in Form der Auseinandersetzung um diese Probleme um etwas ganz anderes - jedenfalls von Seiten der Gewerkschaft -, nämlich darum, wieweit für den Fortschritt der Wirtschaft für die bleibende Funktionstüchtigkeit seiner Opfer Sorge getragen werden muß. Während die Unternehmer sozialpolitische Argumente nur im Munde führen, um ihren wirtschaftlichen umso besser zum Zuge zu verhelfen, streitet die Gewerkschaft mit wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Argumenten um die Berücksichtigung ihrer sozialpolitischen Bedenken. Wer aus der Lohnsenkung eine Frage der "Besitzstandswahrungs" macht, durch die Rationalisierung die "Erhaltung der Arbeitsfähigkeit" gefährdet sieht und für "Mobilitätsgarantieren" eintritt, bei Entlassungen das Problem der "Arbeitslosigkeit" auf den Tisch bringt, der bewertet seine Aufgaben und Erfolge auch dementsprechend:

"Bei der Bewertung des Ergebnisses spielen die beschäftigungspolitischen Faktoren die primäre Rolle."

kommentiert Herb das Stahlergebnis. Allerdings ist auch das noch eine Lüge, sowohl was den Zweck, als auch was das Ergebnis gewerkschaftlicher Bemühungen betrifft. Denn der Streit um ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Bedenken ist ja nicht Wirtschafts- oder Sozialpolitik - die treibt schließlich der Staat -, sondern nur die Dokumentation des Anspruchs, daß es sozialstaatlicher zugehen sollte. Und wenn schon Sozialpolitik nicht Arbeitsplätze sichert oder schafft, sondern diejenigen, die an ihnen arbeiten oder auch nicht, dafür billig tauglich erhält, dann besteht der gewerkschaftliche Beitrag in der konstruktiven *Ergänzung* dazu: Sie sorgt dafür, daß die staatlichen Interessen, und mit ihnen die *"der Wirtschaft"* zur Geltung kommen. Wirtschaftspolitisch gesehen sorgt sie für eine Minimierung der Kosten, die das lebende Arbeitsmaterial verlangt, indem sie dessen Ansprüche davon abhängig macht, daß der ökonomische Zweck der Rationalisierung im Interesse des Wirtschaftswachstums nicht in Frage gestellt wird. Sozialpolitisch gesehen garantiert sie den für diese Kostensenkung erforderlichen sozialen Frieden, indem sie ihre Mitglieder vertraglich darauf verpflichtet, die Rationalisierung über sich ergehen zu lassen. Die Selbstlosigkeit, die sie den Arbeitern verordnet, entspringt dabei einem ganz und gar nicht selbstlosen gewerkschaftlichen Eigen-Interesse.

Bei ihrer *"qualitativen Tarifpolitik"* sind die Sorgen der Arbeiter für die Gewerkschaft nur die (mehr oder weniger) willkommenen Anlässe, sich als die Sachwalterin des *"Faktors Arbeit"* in der Ökonomie politisch verdient zu machen. Ihr Erfolg besteht darin, sich als Gewerkschaft um die Stabilität der Wirtschaft zu kümmern, soweit es in ihrer Macht steht - in Aufsichtsräten, im Kanzlerjet und im Europaparlament ebenso wie auf dem dafür lange nicht so geeigneten Feld der tariflichen Auseinandersetzungen. Die gesellschaftliche Anerkennung als staatstragende Gewerkschaft zu erhöhen ist ihr Ziel, und dafür besorgt sie ungerührt die Reglementierung der Arbeiteransprüche, um sie politisch zu

repräsentieren.

IV. Arbeitskämpfe für eine nationale Gewerkschaftsmacht - Metall-, Druck- und Stahlstreik 1978/79

Die IG Metall ist nach diesem Arbeitskampf geblieben, was sie vorher war: eine selbstbewußte und funktionsfähige Interessenvertretung der organisierten Arbeitnehmer, ein Motor des sozialen Fortschritts und eine gesellschaftsverändernde Kraft. (Eugen Loderer)

Wenn die westdeutschen Gewerkschaften zur Durchsetzung dieser Tarifpolitik Arbeitskämpfe führen, dann ist alles auf den Kopf gestellt. Allein die selten harmonische Übereinstimmung des jeweils letzten Unternehmerangebots vor dem Streik mit dem endgültigen Abschluß beweist, daß hier nicht um die Abwehr unzumutbarer Unternehmerabsichten gestritten worden ist. Die Mitglieder, welche mehr oder weniger bereitwillig die streikbedingten Lohneinbußen auf sich nehmen; mögen sich der Hoffnung hingeben, die gemeinsame Arbeitsverweigerung brächte ihnen etwas; im Ergebnis stellt sich noch allemal heraus, daß *sie* am Ende nicht mehr erreicht haben als den zusätzlichen Preis, den sie für den Streik zu zahlen hatten. Sie führen zwar den Streik, aber den Gewinn hat die Gewerkschaft, die ihn anleiert und anleitet. Und dieser Gewinn ist kein materieller, sondern - wie es sich für diese Gewerkschaften gehört - gesellschaftlicher Natur. Die im Motto zitierte Erfolgsmeldung Eugen Loderers nach dem Metallstreik ist ja kein peinlicher Ausrutscher, sondern wirklich das Motto aller Arbeitskämpfe. Wo die Gewerkschaften angesichts von *"brachliegendem Kapital, das keine Anlagemöglichkeiten findet (das Ärmste!), und brachliegender Arbeitskraft (so eine Schandel)"* sich um die Früchte ihrer verantwortungsvollen Anstrengungen betrogen sieht, da führt sie in Form einer solidarisch streikenden Mitgliedschaft ihre Stärke ins Feld und fordert auf diese Weise von der Gegenseite den gebührenden Respekt und Gemeinsamkeit bei der *"Lösung gesellschaftspolitischer Probleme"*. Während nach landläufiger Auffassung Streik die ultima ratio zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen ist, ist er für die um gesellschaftliche Anerkennung ringende Gewerkschaft die ultima ratio zur *Demonstration ihrer politischen Ansprüche*. In den Anschlägen des Kapitals auf die Arbeiter haben die hiesigen Gewerkschaften schon lange Anschläge auf *sich* entdeckt. Nicht die Existenz der Arbeiter, sondern die gesellschaftliche Position der Arbeitervvertretung im Modell Deutschland ist bedroht. Und das läßt sich die mächtigste Organisation in diesem Staate, die aus der Betroffenheit ihrer Mitglieder den sehnlichen Wunsch und das Recht auf Mitsprache ableitet, nicht gefallen. Wo sie fürchtet, durch ihre Beiträge zur Rationalisierung innerhalb und außerhalb der Betriebe das Gesicht zu verlieren, da läßt sie ihre Mitglieder antreten und zeigt aller Welt, daß an ihr kein Weg vorbeiführt. Der Basis

beweist sie, daß sie sich nicht alles gefallen läßt; den Unternehmern, daß sie zwar die Bedürfnisse der Proleten, nicht aber das Selbstbewußtsein der Gewerkschaft mit Füßen treten dürfen.

Wahrlich ein schwieriges Unterfangen, das die ganze rücksichtslose Taktik gegen die Mitglieder, die ganze rücksichtsvolle Taktik gegen die Unternehmer, die ganze Heuchelei "und die ganze Schleimerei erfordert, derer unsere eingefleischten Gewerkschaftspolitiker fähig sind. Denn der Kampf um die Beteiligung der national- und selbstbewußten Gewerkschaften am wirtschaftlichen und politischen Fortschritt unseres Landes muß ja nicht nur an mehreren Fronten gleichzeitig, sondern auch mit gefährlichen Waffen und auf einem nicht übermäßig günstigen Terrain ausgetragen werden. Auf dem Territorium der Interessen, denen sie ihre Macht verdankt/fühlt sich die Gewerkschaft durchaus nicht so wohl wie in den höheren Gefilden der Humanisierungstagen, Aufsichtsratssitzungen und Politiker-Unternehmer-Gewerkschafter-Konzerte. Dort kann sie sich mit der Macht, die ihr die Mitglieder verleihen, ohne die Ansprüche, die daran geknüpft sind, als "*Motor des sozialen Fortschritts*" am wirtschaftlichen und politischen Geschehen beteiligen und im Namen der Arbeiter Verantwortung demonstrieren und tragen. Auch das Kampfmittel der Arbeitsverweigerung, das den Unternehmern ökonomischen Schaden zufügt und den sozialen Frieden stört, ist eine zweiseitige Geschichte in den Augen von Funktionären, die darum nachsuchen, als vernünftiger Partner in Sachen Fortschritt geachtet und beachtet zu werden. Diese Beachtung der autorisierten Arbeitervertretung ist allerdings gerade bei ökonomischen Verhandlungen nicht leicht zu kriegen, in denen man gar nichts durchsetzen will. Die Unternehmer nehmen das Entgegenkommen freudig zum Anlaß, grundsätzlich jede Forderung abzulehnen, im Betrieb rücksichtslos vorzugehen und bei den Verhandlungen auf stur zu schalten, so daß das Ansehen der Gewerkschaft die unbequeme Demonstration verlangt, daß man sich nicht einfach übergehen läßt. So werden die vielgeplagten Repräsentanten der deutschen Arbeiterschaft zu Kämpfern - und das gleich an drei Fronten.

Den *Mitgliedern*, deren Ansprüche man in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung verwalten, also nicht durchsetzen, sondern sozialfriedlich erledigen und dadurch für sich nutzen will, muß gezeigt werden, was sie an ihrer Gewerkschaft haben, auch und gerade wenn es sich für sie materiell nicht auszahlt. Als ob die gewerkschaftlichen Unterhändler bei Unternehmern und Politikern in die Schule gegangen wären, beweisen sie, daß die Macht sich prächtig zur Erpressung derjenigen eignet, denen sie sich verdankt. Darauf bauend, daß die von ihnen mitverantworteten Arbeitsbedingungen Gründe genug schaffen, sich von ihrer Verweigerung etwas zu versprechen, benutzen sie das Monopol, anerkannte Arbeiterinteressenvertretung zu sein, dazu, die Mitglieder eine Niederlage für sich und einen Erfolg für sie erstreiken zu lassen. Einerseits schüren sie Erwartungen und mobilisieren sie gegen die Unternehmer; zugleich lassen sie aber diese Erwartungen im Verlauf des Streiks durch die Gegenseite zurückweisen und bringen *sich* als die eigentlich Betroffenen ins Spiel. So werden die Arbeiter "reif" für eine "*qualitative Tarifpolitik*" Und den materiellen Schaden, den die Arbeiter von einem Streik erleiden, der mit einem vernichtenden Abschluß endet, führt man noch als Beweis dafür an, daß die Proleten ohne Gewerkschaft, d.h. Streikgeld, aufgeschmissen wären. Das Brutale solcher *solidarischer Kämpfe* besteht, was seine Träger angeht, also darin, daß diese sich im wörtlichen Sinne an einem Ergebnis abkämpfen dürfen, welches in seinen verheerenden Grundzügen von

vornherein feststeht und um dessen grundlegende Korrektur es gar nicht geht. Die Lösung des 'Konflikts' zwischen einem *Arbeitskampf* und der gewerkschaftlichen Absicht, sich als *positive* Kraft zu profilieren, fällt an *dieser* Front so gemein wie einfach aus:

Beim und mit dem Streit um ihre Belange wird den gewerkschaftlich aktivierten Objekten der Tarifaueinandersetzung beigebracht, daß sie auch mehr nicht sind, weil bei dieser Auseinandersetzung um höhere Ziele gerungen wird als die Durchsetzung von mehr Lohn, einen sicheren Arbeitsplatz und angenehmere Arbeit; zugleich wird ihnen gegenüber der Schein aufrechterhalten, die Abservierung ihrer Hoffnungen sei, weil erkämpft, das Bestmögliche gewesen.

Damit ist der Kampf an den beiden anderen Fronten zwar noch nicht gelaufen, wohl aber in die richtigen Bahnen gelenkt. Den *Unternehmern* wird die Stärke der Gewerkschaft vorgeführt, was nicht heißt, daß sie eingesetzt wird. Ihnen soll klargemacht werden, daß ihr "*Herr-im-Haus-Standpunkt*" ihnen mehr schadet als die partnerschaftliche Zusammenarbeit. Dazu gehört die Rücksichtnahme bezüglich des ökonomischen Drucks, die laufend beteuerte und bewiesene Bereitschaft zu Abstrichen von den ohnehin nicht radikalen Forderungen. Die gewerkschaftliche Sorge, daß der Streit nicht zum offenen Klassenkampf ausartet, erlaubt der *Gegenseite*, ihn rücksichtslos zu führen, worauf sich die Gewerkschaft um so bereitwilliger zeigt, gegenüber ihren Mitgliedern jede Rücksicht fallen zu lassen. Schließlich ist inzwischen schon längst die dritte Front ins Wanken geraten, an der die Gewerkschaftsstreiter um ihr Ansehen kämpfen - die *Öffentlichkeit*. Hier soll den konstruktiven gewerkschaftlichen Vorstellungen von einer humanen Arbeitswelt Beachtung verschafft werden, den *reaktionären Kräften* bewiesen werden, daß die Gewerkschaft auf ihre Rechte pochen darf, weil sie ihre nationalen Pflichten erfüllt. Mit dem Streik rückt die Gewerkschaft ins Zentrum der öffentlichen Beachtung - und das gefällt ihr ausnehmend gut. In den Zeitungen steht gleich auf der Titelseite, wie hart um einen gerechten Ausgleich gerungen wird, und der gespannten Nation dürfen Steinkühler, Herb und Mahlein ihre übernächtigten *Gesichter* und sorgenvollen Mienen präsentieren. Da läßt sich aller Welt mitteilen, wie sehr sich die laufend verkannte und öffentlich unterrepräsentierte Organisation der Arbeiter um das Problem der "*Vollbeschäftigung*" und die *„soziale Sicherheit*" verdient macht. Da läßt sich ohne Rücksicht darauf, daß die Öffentlichkeit die Schuldfrage längst entschieden hat, die eigene Unlust zum Streik beteuern und öffentlich erklären, daß die öffentliche Störung noch längst keine Gefährdung des sozialen Friedens darstellt, wenn sie von einer verantwortungsbewußten deutschen Gewerkschaft herrührt, die sich eilfertig von "*Auswüchsen*" in den eigenen Reihen distanziert. Wegen der peinlichen Bemühung um Verständnis in der Öffentlichkeit, neigt sich diese Demonstration, daß man eine eigenständige und für das Allgemeinwohl notwendige tarifautonome Institution ist, allerdings spätestens dann ihrem Ende zu, wenn die Politiker, mit denen Gewerkschaftler durch die Welt reisen, mit besorgtem Unterton erklären, daß sie die Tarifautonomie sehr schätzen, den bedingungslosen sozialen Frieden aber auch.

Das Motto Eugen Loderers enthält also neben der etwas umständlichen Ausdrucksweise für den geaellschaftaerhaltenden Zweck der Gewerkschaftsmacht nur eine kleine Lüge. Sie ist nicht das *geblieben*, was sie vorher war, sondern sie hat sich als das *bewährt*, also Fortschritte gemacht - und zwar auf allen drei Gebieten. Die Repräsentation der

Arbeiterinteressen hat sich erfolgreich von diesen Interessen freigemacht und unter den Opfern der Rationalisierung für etwas mehr Gewöhnung an ihre laufend sich verschlechternden Lebensbedingungen gesorgt. Bekanntlich befördert nichts so sehr die Willfährigkeit des Ausbeutungsmaterials wie der Zwang zu verschärfter Konkurrenz der Arbeiter, der aus einem für sie katastrophalen Streik resultiert. Die auf ihre Führungsrolle in Sachen Arbeitskampf so stolze Druckgewerkschaft erlaubt es sich inzwischen, ohne alle Umstände Lohn, Urlaub und Spartenanhänge zur Zufriedenheit der Unternehmer mit einem Schlag zu erledigen, lapidar festzustellen, daß dies kein Einstieg in die 35-Stunden-Woche sei, *und* gleichzeitig auszuposaunen, daß man sich auch durch den schändlichen Tabu-Katalog der Unternehmer das Recht auf die 35-Stunden-Wochen-Einstiegs-Forderung nicht nehmen lasse. Daß Lohnerhöhungen über 5% mitten im schönsten Boom nicht zu verantworten sind, ist längst zur offiziell vertretenen Meinung auch in Gewerkschaftskreisen geworden. Inzwischen sind höhere Ziele erreicht: Der Urlaub ist bis 1983 für alle festgeschrieben und in die 35-Stunden-Woche wird garantiert nicht vor diesem Zeitpunkt "eingestiegen". Dafür ist sie aber auf der öffentlichen Tagesordnung und - im Europaprogramm der SPD. So findet die *"gesellschaftsverändernde Kraft"* der Gewerkschaft bleibende Anerkennung, während der soziale Fortschritt in den Betrieben unbehelligt seinen Gang nimmt und seinen Preis fordert. Im selben Maße, wie die Gewerkschaft ihren Mitgliedern materielle Forderungen abgewöhnt, erfreut sie sich einer öffentlichen Beurteilung, die alle Mutmaßungen, es handle sich bei den Meinungs- und Politikmachern nicht gerade um Arbeiterfreunde, Lügen straft - jedenfalls was ihre Freundlichkeit gegenüber der *Arbeiterorganisation* betrifft. Zeitungen, die die Unternehmer warnen, die gewerkschaftlichen Vorleistungen in den diesjährigen Tarifrunden nicht durch *Preistreiberei* zunichte zu machen! Ein Kanzler, der nicht nur genüßlich die westdeutsche Streikstatistik mit denen der europäischen Nachbarländer vergleicht, sondern Streikkritiker *Kleinbürger*" schimpft und die Streiks "seiner" Gewerkschaften als Zeichen der Ordnung lobt! Und selbst die hartgesottensten Gewerkschaftsgegner, die Unternehmer, können den Bemühungen der Gegenseite um ein freundliches soziales Klima ihre Anerkennung nicht versagen - nichtöffentlich und mit geheuchelter Verwunderung versteht sich! Druckunternehmer begründen die Abwälzung der unvermeidlichen Restkosten der unterbliebenen Tarifauseinandersetzung gegenüber ihren verehrten Kunden mit folgenden schönen Worten:

*"Sehr geehrte Herren,
die Lohnrunde 1979 hat uns wider Erwarten einen zumindest für uns doch etwas überraschend akzeptablen Ausklang gefunden. Den unmäßigen Forderungen der letzten Jahre, die mit Streiks gekoppelt waren und uns Druckern sehr viel Geld gekostet haben, folgt diesmal eine endlich verhaltenere Gangart unserer Gewerkschaft... Wir bitten Sie aber für die Folgerechnungen die Ihnen noch zugehenden neuen Sätze zu akzeptieren und bitten Sie weiter, sich noch einige Tage zu gedulden, da wir, überrascht von dem unerwartet schnellen Einigungstermin der Tarifparteien, einigen Angestellten ein paar Tage Urlaub gewährt haben. Vielen Dank für Ihr Verständnis."*

Der Kunde bezahlt die Folgerechnung, die Schreiber streichen sie ein, und die Drucker, die das gewerkschaftliche Verständnis für die harte Gangart von *"uns Druckern"* viel Geld und Gesundheit kostet, kehren nach ein paar schnellen Urlaubstagen an ihren wohlhaltenen Arbeitsplatz zurück, um dort ihre unmäßigen Folgekosten tagtäglich zu entrichten. Die

Unternehmer wissen schon, warum sie diese verhaltenen Dankbezeugungen an die Adresse der Gewerkschaft nicht in aller Öffentlichkeit zu Protokoll geben. Das ist *ihre* Rücksichtnahme auf den Stolz der Gewerkschaft. Allzuviel des Lobs von ihrer Seite könnte die so erfolgreich einseitige Zusammenarbeit mit unseren Gewerkschaften nur stören. Denn die hat an der bleibenden Unzufriedenheit der Unternehmer noch allemal die beste Grundlage, um ihre Erfolge gebührend zu feiern. Und diese Genugtuung verweigern ihr nicht einmal die Unternehmer. Sie hat es verdient! Schließlich ist die laufende Verbesserung des "sozialen Klimas" durch den Widerspruch eines durch und durch verantwortlichen Arbeitskampfes keine alltägliche Leistung. Unsere Gewerkschaften schaffen es, weil sie verstehen, diesem Widerspruch die ihm gemäßen Verlaufsformen zu geben, die sich als Katalog der

Leitsätze fortschrittlicher Gewerkschaftspolitik für die richtige Führung von Arbeitskämpfen

aufzählen lassen, weil sich die Gewerkschaft an sie noch treuer hält als die Unternehmer an ihren Tabu-Katalog. Wir haben ja eine deutsche Einheitsgewerkschaft und keine deutsche Einheitsunternehmerschaft!

1. Leitsatz. Die Verhandlungen erst platzen lassen, wenn es das Ansehen der Gewerkschaft gebietet.

Der Zeitpunkt, an dem deutsche Gewerkschaften ihre Verhandlungen mit dem Kapital abbrechen und sich zu einem Streik entschließen, hat nichts mit einem plötzlichen Festfahren oder Scheitern der Verhandlungen zu tun. Jahrelanges tatenloses Zusehen und bis zu drei Jahre dauernde "Spitzengespräche" verbieten nicht nur, von einem Scheitern der Verhandlungen zu reden, weil man es auf einen sachlichen Erfolg niemals angelegt hatte. Sie sind auch der Garant dafür, daß der Arbeitskampf auf keinen Fall eine Beeinträchtigung der unternehmerischen Rationalisierungsmaßnahmen zur Folge hat. Die sind längst besiegelt und vollzogen. Sie erlauben es aber der Gewerkschaft, das unverschämte moralische Gejammer anzustimmen, die brutale Demonstration des eigenen ungebrochen guten Willens zu liefern, auf die es *ih*r ankommt. Der Chef der IG Druck etwa brüstet sich vor Mitgliedern und Öffentlichkeit mit dem Verdienst, 10 Jahre lang die Unternehmer beim "technischen Fortschritt" nicht gestört zu haben:

"Bereits in den sechziger Jahren ... hatte die IG Druck und Papier ... die Entwicklung erkannt und vor den sozialen Folgen der Umstellung gewarnt. Wie berechtigt damals die gewerkschaftlichen Mahnungen waren, zeigt sich dieser Tage."

Unkenntnis läßt sich Mahlein also nicht vorwerfen, wenn er seine Vorleistungen anführt, um das moralische Recht auf eine zuvorkommendere Behandlung seiner wertigen Person zu beanspruchen:

Den Kern der Tarifforderungen, um die es 1978 ging, hat die IG Druck "bereits im Sommer 1975 vorgelegt. Ein Jahr lang haben sich die Unternehmer und Verleger geweigert,

überhaupt Verhandlungen aufzunehmen. Erst zum Jahreswechsel 1976/77 kam es zu Verhandlungen... Schon bald zeigte sich, daß die Unternehmer bereit waren, die unsozialen Konsequenzen einfach mit Geld abzudecken. (So einfach will es die Gewerkschaft den Unternehmern nicht machen!) *Angesichts der starren Haltung der Unternehmer* (von den sechziger Jahren bis 1977!) *schien seit dem Sommer 1977 ein Streik unausweichlich*", den die IG Druck mit vielen neuen Verhandlungsanläufen dann immerhin noch bis 1978 hinauszögerte. Schließlich war es dann die offenkundige Sturheit der Unternehmer gegen die Wünsche der gewerkschaftlichen Unterhändler, sich wenigstens den *Anschein* eines Entgegenkommens zu geben, der für die Gewerkschaft den Streik *"unausweichlich"* machte. Wenn es nach endlosem Verzögern durch die Gewerkschaft schließlich zum Streik kommt, steht zweierlei fest: Erstens wer der Sieger ist, zweitens wer der moralische Sieger ist. Denn solche Streiks sind nichts anderes, als eine *moralische* Veranstaltung - mit dem obligatorischen Preis für diejenigen, die als Beweismaterial dafür dienen dürfen, daß ihren Vertretern mehr Respekt gebührt.

Auch die IG Metall ist im Stahlbereich nicht müde geworden, auf einen 50-jährigen Arbeitsfrieden hinzuweisen., eine Tradition, die ihrer würdig ist. Schließlich hat sie die Verpflichtung zum nationalen Wiederaufbaubeitrag, den ihr das Montanmitbestimmungsgesetz 1951 auferlegt und honoriert hat, vorbildlich ausgefüllt. Als Gewerkschafter haben sie Ende der 60-er Jahre die *"wilden"* Streiks kräftig mitabgewürgt; als gewerkschaftliche Aufsichtsräte haben sie wirtschaftsbewußt die Einführung neuer Verhüttungs- und Walzverfahren mit tausenden Entlassungen und Kontischicht mitbestimmt. Und da sollen sie kein Recht haben, bei der Verwaltung der unübersehbaren Opfer ein Wort mitzureden!

Allerdings gehört zur Wahrung des gewerkschaftlichen Ansehens auch die Bereitschaft, sich mit der rein agitatorischen Bewältigung der unzumutbaren *"Unternehmersdiktate"* zu begnügen, solange sich von einer weniger aufwendigen Erledigung der zur Verhandlung stehenden , *Nachfragen"* ein geringerer Schaden für den Ruf der Gewerkschaft erwarten läßt. Nichts zu erreichen, ist ja durchaus nicht dasselbe, wie nichts zu gelten. So hat sich die IG Druck erst nach mannigfachen Versuchen, die von ihr selbst laufend angeprangerte , *Beseitigung eines ganzen Berufsstandes"* sozialfriedlich zu bewältigen, zu einer demonstrativen Besinnung auf die hochgelobte *Kampfkraft und Kampfbereitschaft unserer Mitglieder"* entschlossen. Nicht die offenkundige Härte der Unternehmerpraktiken allein bewog sie, ihre Macht zur Schau zu stellen, sondern das Trara, das sie selbst darum gemacht hat , daß sich an dieser Frage die Geltung der Gewerkschaft entschiede - und der langfristige Nutzen, den sie sich deswegen von einer *"gewerkschaftlichen Offensive"* versprach. Zur praktischen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Mitgliedern und zu der öffentlichen Darstellung gewerkschaftlicher Bedeutung gehört auch die Demonstration gegenüber der eigenen Basis, daß ihre Funktionäre sich nicht einfach unterbuttern lassen - jedenfalls dann nicht, wenn sie mit großen Sprüchen bei der Basis Erwartungen geschürt haben, die sich ausnutzen lassen. Diese wichtige Unterabteilung des ersten Leitsatzes lautet also:

Erst dann streiken, wenn man den Mitgliedern Stärke beweisen will.

Das ist alles andere als Durchsetzung des Willens der Basis; es ist seine gewerkschaftliche Korrektur. Die IG Druck hat dies geradezu klassisch vorgeführt: Erst hat die Tarifkommission nach ihren jahrelangen Verhandlungsverschleppungen auf dem Höhepunkt ihrer gewerkschaftlichen Kampagnen gegen die *"Unternehmerwillkür"* ohne große Umstände und mit knapper Mehrheit mit den Unternehmern Leitsätze über den zukünftigen Tarifvertrag festgelegt, die praktisch alle Unternehmerwünsche zur Zufriedenheit erfüllten. Nach Unmutsäußerungen in einigen Betrieben stimmte dieselbe Tarifkommission einen Tag später mit demonstrativer Einstimmigkeit gegen diese Leitsätze und verkündete: *"Unsere Antwort kommt jetzt aus den Betrieben."* Nicht erst das von den Leitsätzen kaum unterschiedene Streikresultat verdeutlicht, daß der *„Sinneswandel“* der Funktionäre nicht in neuen Einsichten über die Leitsätze oder in neuen Absichten bezüglich der Mitglieder gründete. Den in ihrer Existenz bedrohten Setzern wurde nur die Gelegenheit gegeben, sich im Namen der Gewerkschaft zu einem Ergebnis durchzuringen, dessen Grundzüge die Gewerkschaft mit den Leitsätzen schon vorgeschrieben hatte. Sich selbst durften sie den opfervollen Beweis liefern, daß ihre Gewerkschaft sie nicht einfach ihrem Schicksal überlassen hat, und dabei der Gewerkschaft zu dem Erfolg verhelfen, eine kleine, aber feine zu sein, was ihre Bedeutung für sozialen Fortschritt, Pressefreiheit und Demokratie angeht.

Auch die IG Metall schätzt den Streik als Mittel der moralischen Erziehung zur Gewerkschaftssolidarität. Sie läutete den 78-er Arbeitskampf in Baden-Württemberg mit ordnungspolitischen Argumenten ein:

"Gewerkschafter mit Leib und Seele wird man nicht durch das Zahlen des Beitrags oder durch Schulung. Man wird es im gewerkschaftlichen Kampf."

Die organisierte Gegenwehr gegen die ökonomische Macht der Unternehmer dient also der Arbeiterorganisation, die an der ökonomischen Macht der Unternehmer politisch partizipieren möchte, als Instrument, die Arbeiter für diese Politik tauglich zu machen - und sei es auch nur, daß sie sich zu der Ansicht bequemen, zur Versicherung gegen Arbeitskämpfe sei eine Mitgliedschaft immer noch gut. Deswegen werden kräftige Sprüche gemacht, die aus der Gewerkschaftszugehörigkeit eine Charakterfrage machen: *„Nur gemeinsam sind wir stark!“* *„Solidarität mit einer starken Gewerkschaft!“* Denn für die Gewerkschaft sollen die Arbeiter sein, aber aufgrund der Einsicht, daß sie für sie dazusein haben und nicht umgekehrt. Deswegen fehlt wie bei jeder Moral auch selten der Hinweis auf die Zwänge, die eine bedingungslose Bereitschaft zur Gewerkschaftstreue geboten erscheinen lassen sollen und die in die Gestalt des Nutzens eingekleidet werden, den es nicht gibt. Und im Verlauf des Streiks wird spätestens nach der ersten Aussperrung der Kampf um einen *gerechten Abschluß*, bei dem mancher noch allzusehr an die Verbesserung seiner Lage denken mag, durch den Kampf gegen die *"Anschläge auf die Tarifautonomie"*, gegen den ökonomischen *"Machtmißbrauch"* der Unternehmer, also für die Behauptung der Arbeiterorganisation ersetzt.

Die demonstrative Rücksichtnahme auf die besonders hart von der Rationalisierung betroffenen Setzer, Metaller und Stahlarbeiter ist also kein Zugeständnis der

Gewerkschaften. Sie verdankt sich der rücksichtslosen Kalkulation, daß durch die unternehmerischen Praktiken die Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmer in Mitleidenschaft gezogen werden könnte - und der Rechnung, daß sich aus der Not der Mitglieder Gewerkschaftstugend machen läßt: Je größer das Ausmaß der Not, desto williger sind die Betroffenen bereit, *jeden* Kampf gegen die Unternehmer mitzumachen, desto gleichgültiger sind sie gegenüber der kräftig geschürten heimlichen Gewißheit, daß viel nicht zu erwarten ist. So machen die Gewerkschaften regelrechte Rangskalen auf, in denen sie aus dem Ausmaß der Existenzbedrohung auf den Grad der Mobilisierbarkeit für ihre Politik schließen. Agitatorisch gewendet hört sich das zum Beispiel so an:

"Die Maschinensetzer waren schon immer der harte Kern in einer kämpferischen Gewerkschaft."

Dieser Ökonomie der Gewerkschaftspolitik entspringt der

2. Leitsatz: Günstige Bedingungen wahrnehmen; dort streiken, wo die Rationalisierungsfolgen am brutalsten sind.

Aus dem erstgenannten Leitsatz folgt, daß es für dieses Prinzip keineswegs gesamtgewerkschaftlicher Lagebesprechungen und offizieller DGB-Order bedarf. Wenn der DGB angesichts der in allen Branchen stattfindenden Krisenbewältigung durch Rationalisierung das Thema *"Humanisierung der Arbeitswelt"* an die erste Stelle der gewerkschaftlichen Tagesordnung setzt, dann lassen sich IG Metall und IG Druck ihren Streik nicht einreden; sie lassen es sich aber auch nicht zweimal sagen, daß sie für diese *"Humanisierung"* streiken sollen. Wenn nach der offiziellen Beendigung der Zeit, wo die Gewerkschaften noch reine Maschinen waren, statt Lohnforderungen die Politik des *"Einstiegs in die 35-Stunden-Woche"* aufs Tapet gebracht wird, dann bietet die IG Metall selbstbewußt ihren Stahlbereich an, um die 35-Stunden-Woche dort mit einem Streik zur *"Jahrhundertforderung"* machen zu lassen. Und angesichts dieses Signals kommt die IG Druck wie andere, traditionell weniger *"kämpferische"* Gewerkschaften von ganz allein drauf, für diesmal auf eine Mobilisierung zu verzichten. Auch die zum 2. Leitsatz gehörige Unterdevise:

Die günstigen Bedingungen erhalten; dem Streik die richtige Richtung geben,

wird in allen Fällen ohne Befehl von oben befolgt, weil sich nur mit ihr die einzelgewerkschaftliche Position innerhalb der deutschen Einheitsgewerkschaft stärken läßt. Und die Mitglieder sollen immer noch wissen, daß es *ihre* Gewerkschaft war, für die sie - stellvertretend für alle anderen - die Köpfe hinhalten durften. Die *"Ausgangs(!)forderung"* der IG Metall beim Stahl -

"Verkürzung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, auch durch Freizeitausgleich" -

ist ein Meisterstück dieser gewerkschaftlichen Kunst, aus den Sorgen der Mitglieder Anlässe für deren Einsatz in Sachen *..qualitative Tarifpolitik"* zu machen. Die Forderung

nimmt nämlich das Bedürfnis der Stahlarbeiter nach einer Verkürzung ihrer wöchentlichen Arbeitszeit auf, die im Tarifvertrag durchschnittlich 40 Wochenstunden beträgt, in den Stahlbetrieben deshalb bis auf 60 Wochenstunden ausgedehnt werden konnte. Zugleich läßt sie keine Zweifel darüber aufkommen, daß *nicht* die 35-Stunden-Woche gefordert wird - sie wird als „Ziel“ aufs Programm gesetzt. Ebenso unmißverständlich wird signalisiert, daß die Konti-Schichten nicht angerührt werden sollen, so daß auch der *„Freizeitausgleich“* kein Ausgleich wird. So setzt man die Hoffnung auf Arbeitserleichterung durch Arbeitszeitverkürzung für die Propaganda einer sozial- und beschäftigungspolitischen Konzeption ein, und bereitet zugleich den Augenblick vor, an dem von dieser Hoffnung rein gar nichts mehr übrig bleibt.

Auch zur Demonstration eines weiteren Kernstücks der neuen Tarifpolitik eigneten sich die Stahlkocher besonders. Die Forderung nach der *„35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“*, deren zweiter Teil ja nicht mehr als eine lästige rhetorische Pflichtübung ist, mußte vom Tisch, wollte man nicht dem leidieen üblichen Verdacht gegen die Gewerkschaft neue Nahrung geben. Was eignet sich dafür besser, als die Manteltarifverhandlungen so lange schleifen zu lassen, bis sie mit der Lohntarifrunde, die traditionell die Signale für die Metallbereiche setzen muß, zusammenfiel. Denn Signale müssen zwar *„typisch“* sein, aber gerade deswegen auch in die *„tarifpolitische“* und vor allem in die *„konjunkturelle“* Landschaft passen. Mit einer nie dagewesenen Reallohnsenkung wurde also klargestellt, daß auch der *„volle Lohnausgleich“* in die programmatischen Debatten und Resolutionen, nicht aber in die Tarifpolitik gehört. In der gebietet ein Blick auf die *„Beschäftigungssituation“* in den *„gesundgeschrumpften“* Stahlbetrieben, die Löhne *„stabilitätsgerecht“* zu senken. Heutzutage rechnen die Gewerkschaften wie die Unternehmer auch schon vor den Tarifrunden die Manteltariferrungenschaften gegen Lohn auf, um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, und nicht mehr erst nachher. Eine allmähliche Arbeitszeitverkürzung als Jahrhundertforderung, die Vermeidung von weiterer Lohnkostenbelastung für die boomenden Stahlbetriebe und die Gelegenheit für die Unternehmer, die produktionsgerecht eingerichteten kümmerlichen Freischichten zur Intensivierung zu nutzen - einem solchen sozialpolitischen Programm mehr Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen, ist doch wohl einen sechswöchigen Streik wert!

Um die Ehrlichkeit dieses Programms zu untermauern, das schließlich in Form von Forderungen auftritt, die mit den allzeit nicht sozialpolitisch, sondern schlicht ökonomisch eingestellten Unternehmern erst noch kämpferisch abgestimmt werden müssen, ist es allerdings erforderlich, sich strikt an einen weiteren Leitsatz zu halten:

3. Leitsatz: Vernünftig streiken; den Schaden für die Wirtschaft gering halten.

Ein Arbeitskampf, der den Konsens über die prinzipiellen wirtschaftlichen *„Notwendigkeiten“* nicht aufkündigt will, weil er sich dem Streit über die Ausgestaltung dieser Notwendigkeiten bezüglich des *„Wirtschaftsfaktors Arbeit“* verdankt, findet als *Stellvertreterstreik* und *Schwerpunktstreik* statt. Nicht aus Rücksichtnahme gegenüber den Arbeitern, für die der Streik kein Zuckerschlecken ist; nicht aus der

Effektivitätsüberlegung, die aufgestellten Forderungen durchsetzen zu können, ohne in allen Tarifgebieten antreten zu müssen. Daß die Streiks der IG Metall zumeist auf ein Tarifgebiet beschränkt geblieben sind, unabhängig davon, ob sich der Gegner beeindrucken ließ; daß es gerade nicht die größten Tarifbezirke sind, die stellvertretend antreten müssen; daß sich der größte Tarifbezirk, Nordrhein-Westfalen, derzeit überlegt, ob er sich nicht teilen soll, um seinen Mitgliedern auch einmal die Gelegenheit zum verantwortungsvollen Streik zu verschaffen - dies alles verdankt sich einer anderen Überlegung: Es ist die Frage nach dem Schaden für *"unsere Wirtschaft"*, den unsere Gewerkschaft nicht vor der Öffentlichkeit verantworten möchte. Deswegen gestaltet sie den Arbeitskampf zu einer einzigen kämpferischen Demonstration, wie sehr *sie*, im Unterschied zu den Unternehmern, selbst noch beim unfriedlichen Gebrauch ihrer Macht der deutschen Wirtschaft und dem dazugehörigen Sozialfrieden dient. Dafür ist sie bereit, von sich aus das Mittel untauglich zu machen, dessen sie sich bedient; also auch, die Abstriche von ihren mageren Forderungen hinzunehmen, die ihre offenkundige *Kampfunwilligkeit* beim Arbeitskampf nach sich zieht. Das kostet sie zwar einiges von ihrem wohlangelegten Gewerkschaftsvermögen, weil die unvernünftigen Unternehmer diese Verantwortung als Einladung zur Härte auffassen, eröffne ihr aber das weite Feld der verständnisheischenden öffentlichen Beschwerden - und die Möglichkeit, eine bis in jede Kleinigkeit nach den Prinzipien der *"Wirtschaftlichkeit"* ausgetüftelte Streikstrategie anzuwenden. Das Tarifgebiet entscheidet sich nach einer Besinnung auf die regionalen Unterschiede im Gewinnniveau: Die Metallindustrie in Baden-Württemberg steht vergleichsweise besser da als die in Nordrhein-Westfalen; also ist hier den Unternehmern nach Ansicht der Gewerkschaft ein zeitweiliger Arbeitsausfall eher zuzumuten. Und wenn die Rücksichtnahme auf die innergewerkschaftliche Konkurrenz der Tarifbezirke, die Unlust oder Lust der regionalen Vereine, die schließlich auch beachtet sein wollen, dieses Kalkül nicht immer erlaubt, oder gar die Streikwilligkeit der Mitglieder über die Stränge zu schlagen droht, wird eben auch mal abgewechselt - oder im Notfall in den nichtbestreikten Bezirken *verhandelt* und noch während des laufenden Streiks abgeschlossen. So geschehen 1973 in Nordrhein-Westfalen, das sich dadurch als gewerkschaftlicher Streikbrecher für das Unterwesergebiet betätigte. Außerdem gilt es auch die Betriebe sorgfältig und schwerpunktmäßig nach ihrer ökonomischen Potenz auszuwählen, wobei das nicht mit wirtschaftlicher Größe zu verwechseln ist; ein Streik bei VW oder gegen den ganzen Springer-Konzern z.B. trifft zwar sicher nicht den unpotentesten, ist aber doch unter Umständen ein allzu unangenehmes Fanal der Verantwortungslosigkeit. Im übrigen muß man sich auch hier wegen des gewerkschafts- oder allgemeinpolitischen Symbolcharakters bestimmter Betriebe oder wegen einer allzeit gewerkschaftstreuen Belegschaft oder wegen eines allzu selbständigen Betriebsrats einige Abweichungen von der Generallinie leisten. Dabei ist allerdings zumeist eitel Harmonie zu erzielen, wie die IG Druck am Fall Springer bewiesen hat, den sie als Hauptverantwortlichen für die starre Haltung der Unternehmer und als politisches Symbol der Presseknebelung symbolisch bestreikte, d.h. so gut wie gar nicht.

Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsvernunft teilt sich deshalb auch die unternehmerische Landschaft für die Gewerkschaft in Punkte, an denen man streikt, und Punkte, an denen man nicht nur schlicht weiterarbeitet, sondern *dafür* arbeitet, daß der Streikschaden an den anderen Punkten möglichst gering gehalten wird. Die Arbeit gewinnt also eine neue, originelle Qualität, die von Seiten der Kampforganisation gebührend

ausposaunt wird. Im Stahlstreik hat die IG Metall z.B. alles in ihrer Kraft Stehende getan, um durch ihn keine Engpässe in der so wichtigen und so schön prosperierenden Autoindustrie entstehen zu lassen. Dabei werden die Erpressungsversuche der Gegenseite, die über Engpässe jammert und gleichzeitig durch Vor- und Nacharbeiten die Quantität und Intensität der Arbeit steigert, in Kauf genommen - ja unterstützt. Auch in den bestreikten Betrieben selbst ist alles getan worden, damit die Öfen *nicht* ausgehen. Die IG Druck achtete ebenfalls peinlich darauf, daß die vielbeschworene "*Freiheit der Presse*" keinen Schaden nimmt - vor allem nicht in den profitablen Samstagsausgaben. Niemand sollte wegen des Streiks auf die tägliche Lektüre der Antistreikhetze verzichten müssen. So ließ die IG Druck auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfes 1978 ganze sieben Betriebe bestreiken und entschuldigte sich selbst dafür noch ununterbrochen in den von ihr herausgegebenen Streikbrecherzeitungen.

Überdies besitzen Punktstreiks den Vorzug, daß sich mit ihnen die Gegenmaßnahmen der Unternehmer vorprogrammieren lassen, an denen der Gewerkschaft so viel liegt. Aussperrungen folgen auf dem Fuße, und bieten vielfältige Möglichkeiten, den ungebrochenen, ja gesteigerten Arbeitswillen zu demonstrieren, der an der rückständigen klassenkämpferischen Einstellung der Unternehmer scheitert. Um den Arbeitskampf ökonomisch zu entschärfen, also als Druckmittel unbrauchbar zu machen, und ihn *dadurch* zu dem gewünschten politischen Gefecht zu machen, bedarf es der strikten Beachtung eines weiteren Leitsatzes:

4. Leitsatz: Die streikende und arbeitende Basis demonstrativ im Griff behalten.

Denn man muß ja mit den Mitgliedern den Beweis antreten, daß man die Macht, die man hat, nicht einfach benutzen will. Die Mitglieder müssen also, aktiv sein, Streikbereitschaft *und* Arbeitswillen zeigen, wobei das eine wenig, das andere umso mehr zum Einsatz kommt. Kurz, sie müssen alle Winkelzüge der beschriebenen Gewerkschaftstaktik mit *sich* vollziehen lassen, ohne nach dem Nutzen für sich zu fragen, ja ohne überhaupt gefragt zu sein. Zunächst einmal muß ein überzeugendes Urabstimmungsergebnis *für* den Streik her. Auf Basis dessen lassen sich dann die Befürchtungen der Öffentlichkeit, die "*Basis könne aus dem Ruder laufen*", widerlegen. Wenn jemand die Proleten im Griff hat, dann ist es innere Gewerkschaft und sonst keiner. Gerade dann, wenn sie die Ordnung stört, bewährt sie sich als Ordnungsmacht. Die Basis streikt, wann und wo gestreikt werden soll, und sie muß arbeiten, wann und wo gearbeitet werden soll. Und bedingungslose Gefolgschaft ist gerade dann verlangt, wenn die Gewerkschaftstaktik kleinere Umgruppierungen an der Streikfront erfordert und Streikende zurück in die Betriebe müssen, um zu arbeiten oder sich aussperrern zu lassen. Häßliche Szenen in den Betrieben haben zu unterbleiben, weil die Gewerkschaft nach dem Erlöschen der Friedenspflicht den Mitgliedern eigene Friedensverpflichtungen auferlegt. Statt dessen dürfen die Streikenden auf Kommando von den Betriebstoren weg in die Fußgängerzonen ausschwärmen und erbosten Bürgern die guten Absichten der Gewerkschaft beibringen. Nur keine selbständigen Solidaritätsstreiks anleiern, das paßt nicht in die Streiklandschaft und widerspricht der Gewerkschaftssolidarität! überhaupt ist nicht Eigenständigkeit gefragt, sondern gehorsame Gefolgschaft, wenn man als Manövriermasse der Gewerkschaftspolitik

verschlissen wird. Aber aktiv muß man sein, wann, wo und wie die Gewerkschaft es verlangt. Das nennt sich Disziplin, was nicht die Selbstverständlichkeit meint, das gemeinsam verfolgte Streikziel auch mit vereinten Kräften durchzusetzen, sondern die Selbstdisziplinierung des eigenen Interesses am Arbeitskampf. Gewerkschaftlich organisierter Streikbruch wird da zur anerkannten Leistung:

"Es ist verständlich, daß die Kolleginnen und Kollegen, die von der Organisation noch(!) nicht zum Arbeitskampf aufgerufen worden sind, ungeduldig sind'... Solidarität heißt auch (meint: nur!) Disziplin, wenn man noch nicht zum Streik aufgerufen ist."

So lobt die IG Metall ihre ordnungsstiftende Kraft gegenüber den Stahlkochern, die während des Streiks Überstunden ableisten und sich zum schnelleren Arbeiten antreiben lassen durften. Zu vernünftigen Arbeits- kämpfen gehört eben das Ertragen verschärfter Ausbeutung zu einem Zeitpunkt, wo man gerade die Zustimmung zur Verweigerung der Arbeit wegen dieser laufenden Verschärfungen schriftlich gegeben hat.

Wo angesichts des zynischen Umgangs der Gewerkschaft mit der Einsatzbereitschaft der Basis die rechte Begeisterung nicht aufkommen will, wo im Verlauf des rücksichtslosen Streikzirkus' sich Enttäuschung breit macht, da wird verlangt, daß die Mitglieder gefälligst ihre Vorbehalte aufgeben und sich bis zu ihrer bitteren Niederlage einsetzen. Wenn es um sie nicht geht, aber mit ihnen gehen soll, dann müssen gerade sie sich gefälligst zu der Einsicht bequemen, daß die Gewerkschaft von ihnen alles verlangen darf, sie von ihr aber nichts:

"Wir müssen das Streikbewußtsein(!) unserer Mitglieder ändern. Streik muß als politische Handlung ins Bewußtsein eingehen und nicht als passiv in der Freizeit erlebte Arbeitsverweigerung."

Und das gilt nicht nur für die Streikenden selber, sondern auch für die Ausgesperrten, die nicht einfach *nicht* arbeiten sollen, sondern die *"Ungerechtigkeit der Aussperrung"* aktiv, am besten durch beharrliches Herumstehen vor dem Betrieb, vorführen sollen. Zur Aufrüstung der angeschlagenen Moral der Basis werden auf den Streikversammlungen große Reden geschwungen. Mahlein, Steinkühler, Herb & Co. eilen vom Verhandlungstisch herbei und klopfen den *"Kollegen"* auf die Schulter. Solche Versammlungen sind ja schon lange keine Lagebesprechungen mehr, auf denen gemeinsame Schritte und Maßnahmen beraten und beschlossen werden, auf denen erklärt wird, was ansteht und wie man es am besten erreichen kann. Sie sind verlogene Feierstunden, Repräsentation des Gewerkschaftsgeistes nach innen *und* vor allem nach außen. Deswegen wird auch viel geredet und von kritischen Kulturmachern vorgesungen, wie schön doch eine vereint kämpfende Arbeiterorganisation ist. Wer meint, sich die politische Bildung durch seine Funktionäre sparen zu können und das Gejammer gegen Aussperrung und unternehmerische Anschläge auf die Organisation der Arbeiter für überflüssig hält; wer die Opfer, die er bringt, nicht auch noch feiern und besingen lassen will, dem wird handgreiflich bedeutet, daß sie notwendig sind und daß *er* dabei notwendig ist: Die IG Druck zahlte das Streikgeld erst und nur nach solchen Veranstaltungen aus. So erzwingt man die Anwesenheit der Massen, die man einschwören und die man vor allem der Öffentlichkeit präsentieren will. Denn wie alles dienen ja auch diese Stunden dem obersten

5. Leitsatz: Den moralischen Sieg sicherstellen

Durch die kalkulierte Bescheidenheit der eigenen Kampfmaßnahmen ist dieser Sieg schon so gut wie errungen. Die Unternehmer lassen sich ja nicht lumpen, den ökonomischen Kampf durch Aussperrungen zu verschärfen. Die Aufgabe der Gewerkschaft besteht jetzt nur noch darin, sich diese günstige Gelegenheit nicht durch Maßnahmen zu vermasseln, die der Kalkulation der Gegenseite einen Strich durch die Rechnung machen. Man muß sie nutzen, indem man aus der Frage des Gebrauchs der jeweiligen Macht eine der *Berechtigung* zu diesem Gebrauch macht. Aus den staatlichen Reglementierungen des Arbeitskampfes', den man nicht einmal im Rahmen des offiziell Erlaubten zu führen gewillt ist, werden so lauter verteidigungswerte Errungenschaften; die staatliche Erlaubnis, daß die Unternehmer ihre Verfügung über die Produktionsmittel zur Brechung des Streiks einsetzen, mag man dagegen gar nicht leiden. Wenn sie benutzt wird und die Unternehmer dabei kaltlächelnd Produktionsausfälle in Kauf nehmen, die die Gewerkschaft nicht verantworten will, dann ist das *Machtmißbrauch*. Erstens, weil es der Wirtschaft schadet, die auf dem ausgiebigen Einsatz eines gewissen *"gesellschaftlichen Guts"* beruht:

"Wer Inhalt, Sinn, Wert und Umfang der menschlichen Arbeit zerstört, vernichtet gesellschaftliches Gut",

lautet das Motto der IG Metall über dem Tarifergebnis von 1978. Zweitens, weil es ein Angriff auf die Rechte der Verwalterin dieses Guts ist. Die Unternehmer haben es mit ihren ökonomischen Gegenmaßnahmen auf die *"Zerstörung der Gewerkschaften"* als politischer Instanz abgesehen. So verlagert sich der Kampf in die Sphären, die die Gewerkschaft liebt. Die praktische Wirkung der Aussperrung als Arbeitskampfmittel der Gegenseite wird vom mächtigen Mann aus Stuttgart nur noch angeführt, um an die Macht zu appellieren, die Inhalt, Sinn, Wert und Umfang der Lohnarbeit zu schätzen und zu erhalten weiß - den Gesetzgeber:

"Mit der Aussperrung soll die Streikwirkung zunichte gemacht werden. Wer von Parität spricht, muß deshalb (!) die Aussperrung verbieten."

Verhindern will dieser Mann also nichts, nicht einmal den vielbeschworenen Anschlag auf die *„Tarifautonomie“*; anklagen will er, und die hochgeschätzten vorhandenen und nichtvorhandenen Rechte verbal einklagen, deren vorhandene und nichtvorhandene Pflichten die Gewerkschaften über Gebühr erfüllen. Mit dem Realismus treuer Staatsdiener feiern unsere Gewerkschaften inzwischen die verfassungsgerichtliche Festlegung der Mitbestimmung als Erfolg und ernten die Früchte ihrer Streiks mit Aussperrungsklagen, die zumindestens in einigen unteren Instanzen als berechtigt anerkannt werden.

Solche Kampagnen wollen vorbereitet sein, nach innen und nach außen. Also wird aus den Streiks nach den ersten sehnsüchtig erwarteten Aussperrungen, die ja bei den Schwerpunktstreiks so sicher sind wie das Amen in der Kirche, agitatorisch *und* praktisch ein Kampf gegen die Aussperrung. Streiken für das Recht auf Streiks, ist die Kehrseite besagter Wirtschaftsvernunft, die die Kampforganisatoren auszeichnet. Und dieses Recht beansprucht man, weil man am liebsten das Streiken völlig überflüssig machen und bloß

noch konstruktiv für das Allgemeinwohl wirken würde, wenn die Unternehmer nur ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen Wirtschaftswachstum aufgeben würden:

Die Unternehmer sollen nicht "meinen, eine Million Arbeitslose genüge, um Arbeitnehmer und ihre Organisationen so gefügig zu machen, daß bald (!) Unternehmer allein bestimmen können, was 'gut' für das 'Allgemeinwohl', die arbeitenden Menschen also (!) ist."

Wenn es um nichts mehr geht als die Verteidigung des eigenen Anspruchs auf mehr Recht zur verantwortlichen Mitwirkung beim Einsatz der "arbeitenden Menschen" für das Allgemeinwohl, wird der Kampf erst so richtig schön und kämpferisch - jedenfalls auf den Rednerpulten. Die Mitglieder werden mit Sprüchen angemacht, in denen sie nur noch als williges Arbeitsvieh vorkommen -

"Wir lassen nicht zu, daß man unsere Kollegen, die dem Daimler das Geld erarbeiten, aus dem Betrieb jagt. Deshalb streiken wir, bis wir erreicht haben, was wir fordern" -

wobei wohlweislich so getan wird, als käme ihr Interesse dabei ebenfalls zum Zuge. Auf der anderen Seite wird praktisch dafür gesorgt, daß es zielsicher den Bach runtergeht, ohne daß deswegen die Streikkosten- geringer werden. Denn unter dem Gesichtspunkt des Streits um die Zuständigkeit für die eine Million Arbeitslose erhält das Verhältnis von ausgesperrten zu streikenden Arbeitern eine eminent moralische Bedeutung. Hier wird gezählt, «um aufzurechnen: Nur wenn die Zahl der Ausgesperrten die der Streikenden genügend weit übersteigt, läßt sich die Gegenseite als Scharfmacher und "Vergifter des sozialen Klimas" anprangern. Die Unternehmer, die auf das "soziale Klima" pfeifen, erweisen sich der gewerkschaftlichen Angebote zum Zuschlagen würdig und entscheiden fröhlich über die Gangart. Im Stahlstreik sind sie gleich dazu übergegangen, in den *bestreikten* Betrieben auszusperrn, also die begrenzten Arbeitsverweigerungen umstandslos zu *ihrem* Kampfmittel gegen die Gewerkschaftsforderungen zu machen.

An diesem Punkt, wo der Erfolg für *beide* Seiten feststeht, müssen für eine zufriedenstellende Beendigung des Streiks nur noch die paar Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die in der ökonomischen Natur des Verhandlungsinhalts liegen. Ein Abschluß muß her, der jetzt allerdings ziemlich leicht zu erzielen ist, weil es um ihn ja nur noch der Form nach geht. Jedoch liegen gerade darin auch die paar verbleibenden spezifischen Schwierigkeiten, weil die Unternehmer nach der gewerkschaftlichen Befolgung der bisherigen Leitsätze in Formfragen nicht gerade guten Willens sind. Also ist es auch hier wieder an den Gewerkschaften, sich zu besinnen, und zwar auf den

6. Leitsatz: Den Streik zu einem schnellen und würdigen Abschluß bringen

Zunächst einmal muß man die Unternehmer wieder an den Verhandlungstisch streiken, was nicht sonderlich schwer ist, da man von ihm so recht nie aufgestanden ist, selbst wenn die Unternehmer ihn mal kurzfristig demonstrativ verlassen haben sollten. Ein Weilchen zeigt die Gewerkschaft pro forma eine gewisse Unnachgiebigkeit, was das öffentliche Verhandeln angeht. Hinter den Kulissen sondiert man weiter fleißig gemeinsam mit den Unternehmern die Lage und legt öffentlich neue Verhandlungsangebote vor, die die Erwartungen hinsichtlich materieller Resultate dämpfen. Der Öffentlichkeit und den

Mitgliedern wird eifrig demonstriert, daß man zu einem Abschluß beinahe um jeden Preis bereit ist, nur nicht um den der mangelnden Anerkennung als mitgestaltender Kraft. Für dieses Anliegen wird noch einiges getan. Wenn schon längst die Standpunkte angenähert sind, weil sie von Haus aus nicht sonderlich weit voneinander entfernt waren, dann beweist man aller Welt noch einmal, wie sehr die Fronten verhärtet sind. Wo die IG Metall z.B. im Stahlstreik lauthals verkündete, daß in ihren beschäftigungspolitischen Ambitionen, bei denen es um "das Prinzip" geht, so schnöde Angelegenheiten wie der "Urlaub auf Mallorca" nicht eingeschlossen sind, entdeckten die Unternehmer das Bedürfnis der Arbeiter nach mehr Urlaub als ihr Mittel, um die Frage der Arbeitszeitverkürzung für die nächsten Jahre eindeutig zu klären. Das will sich die Gewerkschaft nicht umstandslos bieten lassen, und so steht Prinzip gegen Prinzip, und beide Seiten bringen mit dem Ruf nach dem *Schlichter* zum Ausdruck, daß es so nicht weitergehen könne. Die eine Seite in der Gewißheit, daß der die Gewerkschaft noch einmal an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung erinnern werde und sie selbst die paar "Korrekturen" lässig vertragen kann. Die andere Seite mit dem Willen, unter Leitung eines "neutralen" politischen Repräsentanten sich ganz tarifautonom die letzten Zugeständnisse "abringen" zu lassen. Von der Notwendigkeit, zu einem Ende zu kommen, das "noch einmal von beiden Seiten einige Abstriche verlangt", hört man nun aus berufenem Munde tagtäglich über Funk und Fernsehen - und von der entsprechenden Bereitschaft von Seiten der Gewerkschaft, ihren Teil dazu beizutragen. Die längst gefundene „*Einigungsformel*“ gewährleistet, daß man noch ein Weilchen hart um ihr "konkretes Gesicht" ringen kann. Da wird noch ein Tag Urlaub für 1982 für die unter 43 1/2-jährigen dazugelegt und dafür eine Freischicht für die Schichtarbeiter gestrichen; da wird noch schnell ein Zehntel Lohn weniger wegen ein paar Mark mehr beim Weihnachtsgeld ausgeglichen; da wird noch schnell der Verbleib des Wörtchens "geeignet" durch die Einfügung einer Pseudoklausel an anderer Stelle gesichert, usw. usw.; da wird unter Umständen auch noch einmal ein Einigungsvorschlag beschlossen und dann abgelehnt - und alles unter tatkräftiger Mitwirkung eines Arbeitsamt-Präsidenten oder Helden von Mogadischu. In besonders schwierigen Fällen bereitet die Gewerkschaft, wenn der Hauptschauplatz längst die täglichen Schlichtungsverhandlungen sind, das endgültige Ende durch eine letzte Ausweitung des Streiks vor, durch die noch einmal bewiesen wird, daß die Gewerkschaft wirklich ihr Letztes getan hat. Zum Schluß rechnet niemand mehr mit einem anderen Ergebnis als dem, das schon von Anfang an feststand, so daß die interessierte Öffentlichkeit, unter die auch die Gewerkschaftsmitglieder gezählt werden, - möglichst in den frühen Morgenstunden, nach 20-stündigem zähen Abschlußbringen - von den durch ihre aufreibende Verantwortung gezeichneten Repräsentanten Farthmann, Stingl, Wischnewski, Dürr, Mack, Steinkühler, Herb und Mahlein die Rückkehr des sozialen Friedens verkündet bekommt. Wenn schon die Arbeiter an die Maschinen zurückgekehrt sind, äußern alle drei Fraktionen ihre mehr oder weniger große Zufriedenheit: Es wird wieder gearbeitet, das Wie ist geregelt, "die Probleme des technischen Fortschritts" sind wieder nachhaltig im öffentlichen Bewußtsein verankert - und durch die erstreikte Niederlage gesichert, daß es im nächsten Jahr bei den Verhandlungen über Arbeitslohn und Arbeitsleistung leichter sein wird, zu einem rundum befriedigenden Ergebnis zu kommen. Die Urabstimmungsmechanismen sorgen als krönender Abschluß dafür, daß auf jeden Fall die erforderliche Anzahl der Stimmen für die Beendigung des Streiks zustandekommt (falls überhaupt noch eine Abstimmung veranstaltet wird); und aus einem ordentlichen Anteil an Nein-Stimmen läßt sich ein Mittel

zur Fortsetzung der Gewerkschaftspolitik machen. Die 40 % Nein-Stimmen nach dem Stahlstreik werden als letzter Beweis präsentiert, daß Opfer gebracht worden sind, die Respekt verdient haben. So läßt sich noch aus der notwendigen Unzufriedenheit mit dem Abschluß in der Öffentlichkeit eine Werbung für das staatstreue Programm der Arbeitervertretung machen. Die hat nicht nur eine nachhaltige Lösung der "*sozialen Probleme*" der Rationalisierung bewerkstelligt, sondern das zu einem Preis, wie er billiger für die Gesellschaft nicht zu haben ist: mit einem Streik, der selbst denen, die mit ihren Existenzsorgen das Problem der Rationalisierung sind, den Preis des Fortschritts annehmbar gemacht hat.

Damit dieser Erfolg genossen werden kann, werden auf die Schnelle die letzten Aufräumarbeiten unter den Mitgliedern erledigt. Wer nicht unaufgefordert an die Arbeit zurückkehrt, wer - wie erboste Setzer - die nachträglichen Gewerkschaftsfeiern unter Studierten mit Fragen nach gewerkschaftlichen Streikverboten und Ausschlüssen von "*Rädelsführern*" stört, bekommt die ganze Ordnungsmacht seiner Interessenvertretung zu spüren. Denn nun ist die Zeit gekommen, unbehelligt von den verdoppelten Mitgliedersorgen mit der täglichen Ausbeutung in den Betrieben, die moralischen Früchte der anstrengenden Wochen zu ernten. Ab jetzt gilt rücksichtslos der

7. Leitsatz: Den Erfolg für die Gewerkschaft auskosten.

Als vergangener ist der Arbeitskampf für die Gewerkschaft nämlich zum erstenmal ein Genuß ohne Reue. Er läßt sich *feiern*, und mit ihm die Gewerkschaft. Sein Verlauf läßt sich mit Aussperrungsklagen zu einer jahrelangen Kampagne für das *Recht* auf Tarifautonomie verlängern und *veredeln*. Er läßt sich in den kommenden Tarifrunden als Grund dafür anführen, daß *nichts* zu erwarten ist, weil nicht schon wieder gestreikt werden kann. Er läßt sich als *Drohung* gegen Enttäuschte und als *Werbung* neuer Mitglieder ins Feld führen: eine Streikversicherung braucht es auf jeden Fall. Und er läßt sich deswegen auch in klingende Münze umsetzen: Die Zahlungsmoral der Mitglieder wird gefordert, gewerkschaftliche Sozialleistungen werden gestrichen und Überlegungen folgender Art angestellt:

"Die Ig Metall wird über die Höhe der Streik und Aussperrungsunterstützung nachdenken müssen."

Streiksondergroschen und *Beitragserhöhungen* machen jedenfalls für die Organisation die finanziellen Verluste erträglich und erhalten ihr genügend Beitragsgelder für höhere Aufgaben.

Kann man Arbeiter noch besser einsetzen als in einem Arbeitskampf, in dem ihre Interessen genauso auf der Strecke bleiben wie beim Arbeiten?